LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN **Plenarprotokoll 9/87**

9. Wahlperiode 14. 12. 1983

87. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 14. Dezember 1983

Mitteilungen des Präsidenten 4881 A

Verpflichtung des Abg. Rademaker SPD 4881 A

Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung 4881 C

Fragestunde

Drucksachen 9/2991, 9/2996, 9/2997 4882 A

Beschäftigung von Ehepaaren im öffentlichen Dienst

Mündliche Anfrage 338 (Dringliche Anfrage) der Frau Abg. Ridder-Melchers SPD 4882 A

Dr. Schnoor, Innenminister 4882 C

Rau, Ministerpräsident 4883 C

Veröffentlichung „Flick: Erfolge blieben aus" in der Wochenzeitung „Der Spiegel" – Nr. 50 – vom 12. Dezember 1983

Mündliche Anfrage 339 (Dringliche Anfrage) des Abg. Daners CDU 4884 A

Dr. Haak, Justizminister 4884 A, 4885 C

Rau, Ministerpräsident 4885 A, 4886 A

Zinsanhebung für öffentliche Mittel im sozialen Wohnungsbau

Mündliche Anfrage 330 des Abg. Riscop CDU 4886 C

Dr. Zöpel, Minister für Landes- und Stadtentwicklung 4886 D

Kohle und Kernenergie

Mündliche Anfrage 331 des Abg. Uhlenberg CDU 4887 C

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr 4887 D, 4891 C

Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 4888 B, 4890 A

Rau, Ministerpräsident 4889 C, 4892 C

Auswirkungen des französischen Energieprogramms auf Nordrhein-Westfalen

Mündliche Anfrage 332 des Abg. Wendzinski SPD 4893 A

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr 4893 B

Aktuelle Stunde

Thema: Auswirkungen des Bundesbahnkonzepts auf die Verkehrsstruktur und die Verkehrspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der SPD gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung 4897 C

Aigner SPD 4897 C

Dreyer CDU 4899 C

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr 4901 A, 4912 A

Schultz SPD 4904 C

Hardt CDU 4905 C

Frau Ridder-Melchers SPD 4907 A

Schumacher (Kall) CDU 4908 C

Hemmer SPD 4909 C

Dr. Pohl CDU 4910 C

Rohe SPD 4913 C

Köhler CDU 4914 D

Kröhan SPD 4916 D

Wahl eines Mitglieds des Landesrechnungshofs

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 9/2977 4917 D

Ergebnis 4918 A

Gesetzliche Regelung für das Kabelpilotprojekt Dortmund

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 9/634

Beschlußempfehlung des Hauptausschusses
Drucksache 9/1969

In Verbindung damit:

Gesetz über die Durchführung eines Modellversuchs mit Breitbandkabel (Kabelversuchsgesetz NW – KabVersG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 9/1772

Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses
Drucksache 9/2990
zweite Lesung 4918 A

Büssow SPD 4918 B
Geismann CDU 4923 B
Rau, Ministerpräsident 4926 D
Dr. Pohl CDU 4931 A
Wendzinski SPD 4934 D

Ergebnis 4937 D

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1983 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1983)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 9/2976
erste Lesung 4938 A

Dr. Posser, Finanzminister 4938 A
Frau Thoben CDU 4939 A
Wilczok SPD 4941 A

Ergebnis 4942 C

Gesetz zur Änderung des Sauerland/Paderborn-Gesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 9/2941
erste und zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 9/2974
erste Lesung 4942 D, 4949 A

Mernizka SPD 4943 A
Knipschild CDU 4943 D
Müller (Mülheim/Ruhr) SPD 4946 A
Köhler CDU 4947 C

Ergebnis 4949 A

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 9/1390 (Neudruck)
zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 9/2909

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
Drucksache 9/2993
zweite Lesung 4949 B

Ostrop CDU 4949 C
Gorlas SPD 4950 B
Voetmann CDU 4951 A
Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 4952 A

Ergebnis 4952 B

Verfassungsgerichtliches Verfahren

Antrag der Fraktion der GRÜNEN im Deutschen Bundestag auf Feststellung, daß die Bundesregierung dadurch gegen Artikel 44 GG verstoßen und den Bundestag in seinen sich hieraus ergebenden Rechten verletzt hat, daß sie sich weigerte, sämtliche Akten herauszugeben, die der 1. Untersuchungsausschuß des 10. Deutschen Bundestages – Flick-Ausschuß – in einem Schreiben seines Vorsitzenden an den Bundeskanzler vom 20. Juni 1983 angefordert hatte
– BvE 11/83 –

Vorlage 9/1447

Beschlußempfehlung des Justizausschusses
Drucksache 9/2978 4952 C

Ergebnis 4952 C

Anzeigesache gegen einen Abgeordneten

Beschlußempfehlung des Justizausschusses
Drucksache 9/2994 4952 D

Ergebnis 4952 D

Beschlüsse zu Petitionen
– Übersichten 39 und 40 – 4952 D

Entschuldigt waren für den 14. Dezember 1983:

Dr. Krumsiek, Minister für Wissenschaft und Forschung (für den Nachmittag)

SPD: Bäumer

CDU: Elfring

A) Beginn: 10.00 Uhr

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 87. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie recht herzlich willkommen.

Ich begrüße unsere Gäste auf der Tribüne und insbesondere die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich drei Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Der Landeswahlleiter hat mit Schreiben vom 2. Dezember 1983 mitgeteilt, daß als Nachfolger des verstorbenen Abg. Dr. Baberg Herr Josef Rademaker, Aue 1, Bocholt-Lowick, mit Wirkung vom 1. Dezember 1983 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen geworden ist.

Ich darf Herrn Rademaker bitten, zu mir zu kommen, damit ich die nach § 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehene Verpflichtung vornehmen kann.

(Abg. Rademaker SPD wird verpflichtet.)

Herr Rademaker, ich heiße Sie als Mitglied des Landtags herzlich willkommen. Sie sind uns kein Unbekannter. Wir freuen uns, daß Sie wieder unter uns sind. Es wird Ihnen
B) sehr leicht fallen, im Kreise schon bekannter Kollegen, aber auch - da bin ich sicher - im Kreise der neueingetretenen Kollegen wieder Ihre Pflicht zu tun. - Herzlichen Glückwunsch, Herr Rademaker, und alles Gute für Ihre Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat mir mit Schreiben vom heutigen Tage folgendes mitgeteilt:

> Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich heute Frau Ingeborg Donnepp gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Landesverfassung aus ihrem Amt als Justizminister entlassen habe.
>
> Als Nachfolger habe ich Herrn Dr. Dieter Haak unter Entbindung von seinem Amt als Minister für Bundesangelegenheiten zum Justizminister ernannt.
>
> Zum Minister für Bundesangelegenheiten wurde von mir Herr Günther Einert ernannt.
>
> Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie diese Mitteilung dem Landtag bekanntgeben würden, und bitte, die Vereidigung nach Artikel 53 der Landesverfassung für die heutige Landtagssitzung vorzusehen. (C)

Demzufolge bitte ich Sie, Herr Minister Einert, zu mir zu kommen, damit ich Ihre Vereidigung nach Artikel 53 der Landesverfassung vornehmen kann.

(Minister Einert wird vereidigt.)

Herzlichen Glückwunsch, Herr Minister!

(Minister Einert: Danke schön!)

Sie sind uns ja durch viele, viele Jahre als Abgeordneter kein Unbekannter. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie mit der gleichen Aktivität, mit der Sie Ihr bisheriges Fraktionsamt wahrgenommen haben, jetzt auch ein Regierungsamt ausüben werden, und wünsche Ihnen im Interesse unseres Landes für Ihre künftige Arbeit alles Gute und viel Erfolg.

(Minister Einert: Herzlichen Dank, Herr Präsident! - Lebhafter allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir ein Wort des Dankes an Frau Kollegin Donnepp!

Sie war die erste Frau, die im Jahre 1975 das Amt eines Ministers für Bundesangelegenheiten übernahm und von 1978 bis heute als (D)
erste Justizministerin in der Bundesrepublik Deutschland ein schwieriges Amt verwaltete.

Für Ihren unermüdlichen Einsatz, Frau Kollegin Donnepp, möchte ich Ihnen im Namen des Hauses danken.

Mit den besten Wünschen aller Kolleginnen und Kollegen - auch nachträglich zu Ihrem gestrigen Geburtstag - wünsche ich Ihnen viel Freude und Erfolg - -

(Anhaltender lebhafter Beifall - Zahlreiche Landtagsabgeordnete applaudieren Frau Donnepp, die ihren Abgeordnetenplatz eingenommen hat, stehend.)

- Ich war noch gar nicht fertig; nun kommt doch erst das Wichtigste!

(Heiterkeit)

Ich wünsche Ihnen jetzt, Frau Abgeordnete, viel Erfolg in unseren Reihen, losgelöst vom Regierungsamt, und hoffe, der Landtag möge

(Präsident van Nes Ziegler)

(A) von Ihrem Sachverstand und Ihrem Fleiß in den kommenden Jahren profitieren. - Herzlich willkommen wieder in den Reihen der Abgeordneten!

(Erneuter allgemeiner Beifall)

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

Fragestunde

Drucksachen 9/2991, 9/2996 und 9/2997

Mit Drucksache 9/2991 liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 330 bis 337 vor.

Weiterhin erhielten Sie mit den Drucksachen 9/2996 und 9/2997 die Mündlichen Anfragen 338 und 339 als Dringliche Anfragen.

Gemäß Nr. 2 Abs. 3 der Richtlinien für die Fragestunde rufe ich zunächst diese Dringlichen Anfragen auf, und zwar als erste die

Mündliche Anfrage 338
(Dringliche Anfrage)

der Frau Abg. Ridder-Melchers von der Fraktion der SPD:

Beschäftigung von Ehepaaren im öffentlichen Dienst

(B) Nach Pressemeldungen vom 7. Dezember 1983 soll der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel erklärt haben, daß er es für ungerecht hält, daß "in Zeiten großer Arbeitslosigkeit bei einem Ehepaar beide Partner im öffentlichen Dienst gut verdienen und bei einem anderen beide arbeitslos sind. Wenn es keine verfassungsrechtlichen Probleme gäbe, würde ich ab sofort nur noch einen Teil eines Ehepaares einstellen."

So weit das Zitat von Oberbürgermeister Rommel in der "Westdeutschen Zeitung".

Abgesehen davon, daß Oberbürgermeister Rommel diesen Vorschlag wohl kaum als ernsthaften Beitrag zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere zum Kampf gegen die überdurchschnittlich hohe Frauenarbeitslosigkeit, gemeint haben kann, halte ich im Interesse der angesprochenen Personengruppen in Nordrhein-Westfalen und wegen möglicher Verunsicherungen, insbesondere weiblicher Beschäftigten, in anderen Bereichen eine Klarstellung für zwingend erforderlich.

Wie beurteilt die Landesregierung diesen Rommel-Vorschlag - bezogen auf seine Absichten, mögliche Konsequenzen und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und seine Struktur? (C

Ich bitte den Herrn Innenminister um Beantwortung.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Stuttgarter Oberbürgermeister soll laut Presseberichten geäußert haben, er würde in Zeiten großer Arbeitslosigkeit, wenn bei einem Ehepaar beide Partner im öffentlichen Dienst gut verdienen und bei einem anderen beide arbeitslos sind, wenn es keine verfassungsrechtlichen Probleme gäbe, nur noch einen Teil eines Ehepaares einstellen.

Der Stuttgarter Oberbürgermeister hat also selbst zum Ausdruck gebracht, daß verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Die verfassungsrechtlichen Bedenken sind so gravierend, daß auch de lege ferenda eine solche Überlegung nicht realisiert werden könnte.

Präsident van Nes Ziegler: Eine Zusatzfrage der Frau Abg. Ridder-Melchers!

Frau Ridder-Melchers SPD: Herr Minister! Sie sagen selbst, daß dieser Rommel-Vorschlag nicht verfassungskonform ist. Ich frage Sie deshalb: Welche Absichten könnten Herr Rommel verfolgt haben? (D

(Heiterkeit bei der CDU)

Können Sie sich vorstellen, daß dieser Vorschlag als Aufruf verstanden werden oder gemeint sein könnte, diese Ziele nicht offen, sondern verdeckt, unterschwellig durchzusetzen und so den Verdrängungsprozeß von Frauen auch aus dem öffentlichen Dienst zu verschärfen?

(Zurufe - Unruhe)

Dr. Schnoor, Innenminister: Frau Kollegin, ich halte es nicht für sehr glücklich, daß Herr Rommel diese Äußerung getan hat. Wenn sein Vorschlag verfassungsrechtlich möglich wäre und realisiert würde, dann würde dieser Vorschlag eindeutig zu Lasten der Frauen gehen - auch noch zu Lasten der Frauen, die den öffentlichen Dienst anstreben, und das würde insofern auch noch unter den Frauen eine Diskriminierung derjenigen bedeuten, die sich für den öffentlichen Dienst bewerben.

Die Landesregierung hält solche Überlegungen, wie sie angestellt werden, für völlig

(Minister Dr. Schnoor)

A) abwegig. Sie würden dazu führen, daß die Frauen wieder an den Kochtopf verbannt würden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Oberbürgermeister Rommel solche Absichten hat.

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. Meuffels!

Meuffels CDU: Herr Minister, worin sehen Sie denn die Dringlichkeit dieser Frage? Meinen Sie, daß Herr Rommel jetzt in Stuttgart vor Angst zittert und wartet, was da kommt, und demütig verspricht, in Gedanken nicht mehr zu sündigen?

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abgeordneter! Die Dringlichkeit der Anfrage hat nicht der Herr Minister zu beurteilen, sondern das obliegt nach unserer Geschäftsordnung den drei Präsidenten, und die haben gesagt: Es ist ein aktueller Anlaß. Danach richtet sich die Dringlichkeit.

Bitte, Herr Minister, zum Rest der Frage!

Dr. Schnoor, Innenminister: Die Dringlichkeit, Herr Kollege, sehe ich darin - entschuldigen Sie, Herr Präsident! -, daß durch eine Klarstellung im Landtag mögliche Unruhe unter den Beschäftigten vermieden werden soll.

(Lachen bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

B) Präsident van Nes Ziegler: Noch eine Zusatzfrage von Frau Abg. Ridder-Melchers!

Frau Ridder-Melchers SPD: Herr Minister! Da ja die CDU-Kollegen hier im Landtag diese Äußerung von Herrn Rommel selbst als "Flop" oder als unrealistisch darstellen, frage ich die Landesregierung: Da die Frauenarbeitslosigkeit besonders hoch und auch die Ausbildungsplatzsituation besonders schwierig ist - ist die Landesregierung ihrerseits im Gegensatz zu dem Rommel-Vorschlag bereit, wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit und der Ausbildungsplatznot der Mädchen zu unternehmen oder nicht?

(Zurufe von der CDU)

Dr. Schnoor, Innenminister: Frau Kollegin, die Überlegungen, die Herr Rommel angestellt hat, zielen ja auf den öffentlichen Dienst. Im öffentlichen Dienst sind, in weiten Teilen jedenfalls, die Frauen ausgesprochen unterrepräsentiert. Es ist das Bemühen der Landesregierung, dafür zu sorgen, daß der Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst größer wird. Die Bemühungen, die wir dazu anstellen, sind nicht sehr einfach zu realisieren. Ich erinnere beispielsweise an die Bemühungen, die ich eingeleitet habe, im Bereich der Schutzpolizei auch Frauen einzustellen. (C)

(Ostrop CDU: Ins Landeskabinett!)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abg Weiss!

Weiss CDU: Herr Minister! Sie haben davon gesprochen, daß die Frauen unterrepräsentiert sind. Bezieht sich das auch auf die Landesregierung und auf die Minister?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident van Nes Ziegler: Die Frage wird vom Herrn Ministerpräsidenten beantwortet.

Rau, Ministerpräsident: Ich beantworte die Frage, Herr Kollege Weiss, mit Ja. Ich finde es sehr schade, daß wir für eine bestimmte Phase jetzt keine Frau im Kabinett haben. Ich werde alle politischen Schritte tun, damit sich die Frauen in diesem Lande wieder repräsentiert fühlen können.

(Weiss CDU: Wie geht das denn?)

- Das sage ich dann, wenn ich die Schritte tue. Ich füge aber hinzu - weil wir ja durch jedes Zusammentreten hier auch einen Beitrag zur Landesgeschichte leisten, Herr Weiss -, daß wir zwanzig Jahre lang ohne Frauen im Kabinett waren, nachdem Frau Teusch ausgeschieden war. Das galt sowohl für die Jahre der Regierung Meyers als auch für die Jahre der Regierung Kühn, bis dann zum Glück Frau Donnepp kam. Im übrigen glaube ich - - (D)

(Weiss CDU: Sie können sich nicht entschuldigen!)

- Ich will mich gar nicht entschuldigen, Herr Weiss; ich will nur den Sachverhalt darstellen.

Im übrigen glaube ich, das Thema, ob beide Eheleute im öffentlichen Dienst tätig sein können, habe eine weit, weit wichtigere Bedeutung als die Frage nach der personellen Zusammensetzung einer Regierung. Ich möchte jedenfalls nicht nur eine Alibifrau haben, wie wir das in manchen anderen Regierungen erleben.

(Beifall bei der SPD)

(A) Präsident van Nes Ziegler: Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Mündliche Anfrage 338 erledigt. Ich rufe die

Mündliche Anfrage 339
(Dringliche Anfrage)

des Herrn Abg. Daners von der Fraktion der CDU auf:

Veröffentlichung "Flick: Erfolge blieben aus" in der Wochenzeitung "Der Spiegel" - Nr. 50 - vom 12. Dezember 1983

Die Wochenzeitung "Der Spiegel" hat in ihrer Ausgabe Nr. 50 (Seiten 19 ff.) vom 12. Dezember 1983 unter der Überschrift "Flick: Erfolge blieben aus" aus den Akten des Strafverfahrens gegen den Bundesminister für Wirtschaft Dr. Otto Graf Lambsdorff, insbesondere über die Anklageschrift, berichtet.

Wie beurteilt die Landesregierung diesen Vorgang?

Ich bitte den Herrn Justizminister um Beantwortung.

Dr. Haak, Justizminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es trifft zu, daß das Wochenmagazin "Der Spiegel" am 12. Dezember 1983 ein weiteres Mal aus amtlichen Schriftstücken des Strafverfahrens gegen Dr. Friderichs und andere zitiert hat, und zwar teilweise wörtlich. (B)

Zitiert wird aber - das möchte ich ausdrücklich klarstellen - nicht aus der Anklageschrift gegen Dr. Graf Lambsdorff, sondern aus der am 29. November 1983 gegen Dr. Friderichs, Dr. Riemer, von Brauchitsch und Nemitz erhobenen Anklage. Bevor diese Anklageschrift am 5. Dezember 1983 den Betroffenen zugestellt worden war, war keine Zeile in der Öffentlichkeit erschienen.

Es ist in diesem Verfahren auffällig - wie es der Untersuchungsausschuß für einen Teilbereich des Ermittlungsverfahrens bereits einstimmig festgestellt hat -, daß Dinge an die Öffentlichkeit dringen, nachdem die entsprechenden Schriftstücke die Justiz verlassen und die Betroffenen bzw. ihre Anwälte erreicht haben.

Meine Damen und Herren, nach § 353 d des Strafgesetzbuches ist es strafbar, Anklageschriften oder andere amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens ganz oder in wesentlichen Teilen im Wortlaut öffentlich mitzuteilen, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind.

Da im vorliegenden Falle zureichende Anhaltspunkte für die Annahme bestehen, daß durch die Veröffentlichungen der Straftatbestand verwirklicht worden ist, hat noch am 12. Dezember 1983 die Staatsanwaltschaft Bonn die notwendigen Unterlagen zur Prüfung eines solchen Strafvorwurfs an die für den Erscheinungsort des Wochenmagazins zuständige Staatsanwaltschaft Hamburg gemäß § 7 Absatz 2 der Strafprozeßordnung abgesandt. (C

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß bereits wegen früherer Veröffentlichungen in den Zeitschriften "Der Spiegel" und "Stern" in gleicher Weise verfahren worden ist und daß die Staatsanwaltschaft Hamburg deshalb bereits gegen Verantwortliche dieser beiden Zeitschriften Anklage erhoben hat. Wir haben gestern abend über die Presse erfahren, daß in dem vorliegenden Komplex die Staatsanwaltschaft in Hamburg die Ermittlungen eingeleitet hat.

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. Daners!

Daners CDU: Herr Minister, ich hatte ausdrücklich in meiner Anfrage - ich wiederhole sie deshalb - um eine Antwort darüber gebeten, wie die Landesregierung diesen neuerlichen Geheimnisbruch bewertet.

Dr. Haak, Justizminister: Meine Damen und Herren, ob der Tatbestand so zu bewerten ist, wie Sie das in Ihrer Frage tun, kann sicherlich weder von Ihnen noch von mir beurteilt werden. Aber die Beurteilung der (D
Landesregierung ergibt sich doch in klarer Form daraus, daß die Staatsanwaltschaft in Bonn die zuständige Staatsanwaltschaft in Hamburg um Prüfung gebeten hat, ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden kann.

Dies ist in meinen Augen eine ganz klare, richtige und zutreffende Beurteilung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Abg. Daners!

Daners CDU: Herr Minister, nachdem der Untersuchungsausschuß einstimmig beschlossen und die Landesregierung aufgefordert hatte, Vorkehrungen zu treffen, daß ähnliche Vorfälle unterbleiben: Welche Maßnahmen hat die Landesregierung getroffen, und wie beurteilen Sie den Erfolg dieser Maßnahmen im Hinblick auf den neuerlichen Gehimnisbruch?

(Frau Jammes SPD: Sind die Anwälte inhaftiert worden?)

A) Präsident van Nes Ziegler: Die Frage wird ebenfalls vom Herrn Ministerpräsidenten beantwortet.

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Daners, ich habe die Beantwortung dieser Frage übernommen, weil ich es nicht gut finde, Herrn Kollegen Haak, der sein Amt noch keine halbe Stunde innehat, eine Frage zu stellen, die sich auf die Amtszeit von Frau Kollegen Donnepp bezieht.

Deshalb antworte ich wie folgt. Die Landesregierung hat dankbar zur Kenntnis genommen, daß der Untersuchungsausschuß einstimmig festgestellt hat, in dem Verfahren wegen Vorteilsannahme, das sich später als ein Verfahren - in einem Falle - wegen Bestechlichkeit erwies, hätte keinerlei Induskretionen aus dem Bereich der Justiz stattgefunden.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Landesregierung bedauert, mißbilligt und verurteilt alle Angriffe auf Angehörige der nordrhein-westfälischen Justiz.

(Beifall bei der SPD)

Im Justizministerium sind alle nötigen Schritte unternommen worden, damit auch in Zukunft weder von der zuständigen Staatsanwaltschaft noch vom Generalstaatsanwalt noch im Bereich des Justizministeriums Indiskretionen in schwierigen Fällen wie in diesem, die ja die B) ganze Nation bewegen, vorkommen können - auch deshalb, weil der Eindruck einer Vorverurteilung auf jeden Fall vermieden werden muß.

Alle nötigen Schritte sind unternommen. Ich denke, es hat keinen Sinn, die innerhalb der Behörden getroffenen organisatorischen Entscheidungen öffentlich auszubreiten, weil das nämlich dazu führen könnte, daß denjenigen, die zu Indiskretionen neigen, durch die Veröffentlichung der Vorsichtsmaßnahmen ihre Arbeit erleichtert wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abg. Reinhard!

Reinhard (Gelsenkirchen) SPD: Herr Minister, durch die Presseveröffentlichungen in den letzten Tagen ist bei dem Bürger der Eindruck entstanden, als sei das, was im "Spiegel" jetzt veröffentlicht worden ist, aus dem Justizbereich dorthin gelangt. Ist das zutreffend?

Dr. Haak Justizminister: Dies trifft nicht zu. (C)
Bezüglich der früheren Veröffentlichungen in diesem Verfahren hat bereits der Untersuchungsausschuß des Landtages einstimmig festgestellt, daß weder gegen die Staatsanwaltschaft in Bonn noch gegen die Generalstaatsanwaltschaft in Köln noch im Verhältnis zum Justizministerium eine solche Annahme gerechtfertigt ist. Ja, der Untersuchungsausschuß hat in wichtigen Teilbereichen geradezu den selten möglichen positiven Beweis geführt, daß insbesondere zum Beispiel das Justizministerium als Quelle ausscheidet. Bei allen drei genannten Behörden waren und sind strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden.

Ich muß noch einmal darauf hinweisen, daß die Anklageschrift, aus der die Zitate stammen, seit dem 5. Dezember 1983, dem Datum der Zustellung an die vier Betroffenen, einer für die Justizbehörden nicht überschaubaren Zahl von Personen zugänglich ist. Meine Damen und Herren, stellen Sie bitte immer auf das Datum ab. Solange - und das waren manchmal Monate und Wochen - die Dinge bei den Justizbehörden vorbereitet und entworfen worden waren, ist nichts nach außen gelangt, sondern nur seit Zustellung an die Betroffenen am 5. Dezember. Der "Spiegel" hat nicht aus der Anklageschrift gegen Dr. Lambsdorff zitiert. Ich zitiere aber jetzt ohne eigene persönliche Bewertung das, was heute in der "Süddeutschen Zeitung" steht: "Seitdem das Bonner Landgericht Lambsdorffs Anwalt Egon Müller die Anklageschrift ausgehändigt hat, zirkulieren davon (D)
einige wenige Exemplare."

(Zurufe bei der SPD: Hört, hört!)

Wenn wir den Zeitpunkt beachten und den Untersuchungsausschuß mitberücksichtigen, dann ist die Sache klar. Wir sollten alle dafür sorgen, daß die Presse auch über Düsseldorf hinaus in Bonn und daß die Politiker auch im Deutschen Bundestag unseren Bericht des Untersuchungsausschusses im Landtag, der einstimmig zustande gekommen ist, einmal gründlich lesen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. Dr. Pohl!

Dr. Pohl CDU: Herr Ministerpräsident, selbst auf die Gefahr hin, von Ihnen gescholten zu werden: Da der Inhalt der Veröffentlichungen durch Vorabexemplare schon Tage vorher bekannt war und da nach der Strafverfahrensordnung bei Deliktsbegehung Deliktmittel beschlagnahmt werden können, frage ich Sie,

(Dr. Pohl CDU)

(A) hätte es nicht angesichts der auch von Ihnen hier wieder betonten Schutzfunktion gegenüber eventuell Vorverurteilten nahegelegen, das Ermittlungsverfahren gegen den "Spiegel" so zu beschleunigen, daß man auch die Überlegung eines Auslieferungsverbots hätte erwägen können?

(Beifall bei der CDU)

Rau, Ministerpräsident: Herr Kollege Pohl, das weiß ich nicht, und zwar deshalb nicht, weil ich den "Spiegel" am Sonntagabend gesehen habe und am Montag aus einer Äußerung der Bonner Staatsanwaltschaft erfahren habe, daß sie nach der Lektüre den Verdacht habe, daß hier aus solchen Anklageschriften zitiert werde. Noch am Montag hat die Bonner Staatsanwaltschaft oder der Generalstaatsanwalt - ich weiß nicht, wie das organisatorisch geht - die Hamburger Staatsanwaltschaft gebeten, das Verfahren zu übernehmen und eine entsprechende Prüfung durchzuführen. Diese Prüfung ist gestern mit dem Ergebnis zu Ende gegangen, daß die Hamburger Staatsanwaltschaft Ermittlungen einleiten und dann Anklage erheben will.

Für mich hat dieser Sachverhalt mit dem Wort "unverzüglich" zu tun. Hier ist ohne schuldhaftes Zögern gehandelt worden. Ich vermag nicht zu sagen, ob vor Auslieferung des "Spiegel" irgend jemandem in der Staatsanwaltschaft in Bonn oder in Hamburg der Verdacht kommen konnte, daß es sich hier um
(B) Zitate aus den vier Anklageschriften handelte. Das kann ich nicht beurteilen.

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Dr. Pohl!

Dr. Pohl CDU: Herr Ministerpräsident, darf ich Sie darauf hinweisen, daß Vorabexemplare bereits am Samstagmorgen der ARD zugestellt wurden und der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Köln am Samstagnachmittag gegenüber dem Deutschen Fernsehen den Verdacht der Verletzung von § 353 d StGB geäußert hat? Hätte es nicht unter diesen Umständen nahegelegen, den Sonntag zu benutzen, um die Ehre eines Betroffenen zu schützen?

(Beifall bei der CDU)

Rau, Ministerpräsident: Mir war nicht bekannt, daß Herr Schmitz schon am Samstag eine solche Erklärung abgegeben hat.

(Dr. Pohl CDU: Ich habe es gesehen!)

- Ich habe sie nicht gesehen. Ich könnte Ihnen erzählen, wo ich da war, da war es noch schöner. Ich weiß das nicht. Nur, ich (C
habe der Staatsanwaltschaft in Bonn nichts vorzuwerfen, und ich bin auch nicht sicher, ob mit einer Entscheidung am Samstag die Auslieferung noch hätte gehindert werden können; denn wenn ich das als Nichtjurist, Herr Pohl, richtig verstehe, muß man doch eine Güterabwägung vornehmen, und dazu bedarf es einiger Zeit. Wenn die Staatsanwaltschaft in Bonn und die in Hamburg nicht dazu gekommen sind, dann werde ich als jemand, der Vertrauen in die Justiz in beiden Ländern hat, annehmen, daß die alles ihnen angemessen Erscheinende getan haben. Dennoch bedaure ich den öffentlichen Eindruck, der entstanden ist. Aber ich bin froh darüber, daß es überhaupt kein Anzeichen dafür gibt, daß diese Indiskretionen aus dem Bereich der nordrhein-westfälischen Justiz kommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abg. Paus zu einer Zusatzfrage! -
Herr Paus zieht seine Wortmeldung zurück.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Mündliche Anfrage 339 erledigt.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 330

des Herrn Abg. Riscop von der Fraktion der CDU auf: (D

Zinsanhebung für öffentliche Mittel im sozialen Wohnungsbau

Ab 1. januar 1983 erhebt das Land Nordrhein-Westfalen Zinsen für öffentliche Mittel im sozialen Wohnungsbau. Dies hatte vorzeitige Ablösungen öffentlicher Baudarlehen zur Folge.

In welchem Umfang haben die Zinsanhebungen für öffentliche Mittel im sozialen Wohnungsbau zu erhöhten Darlehensrückzahlungen an das Land geführt?

Ich bitte den Herrn Minister für Landes- und Stadtentwicklung um Beantwortung.

Dr. Zöpel, Minister für Landes- und Stadtentwicklung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Riscop, zunächst muß ich um der rechtlichen Richtigkeit willen sagen, daß die Zinserhöhung keinen Einfluß auf die Ablösung öffentlicher Baudarlehen unter Gewährung eines Schuldnachlasses gemäß § 69 Zweites Wohnungsgesetz hatte,

(Minister Dr. Zöpel)

A) weil die Höherzinsung lediglich die bis zum 31.12.1969 bewilligten Baudarlehen betrifft und die Ablösung nur noch für die ab 1.1.1970 bewilligten Baudarlehen zulässig ist.

Ich gehe aber davon aus, Herr Kollege Riscop, daß sich Ihre Frage auf die außerplanmäßigen Rückzahlungen von Baudarlehen bezieht, die bis zum 31.12.1969 bewilligt worden sind. Die bis zum 30.11. dieses Jahres bei der Wohnungsbauförderungsanstalt eingegangenen außerplanmäßigen Rückzahlungen haben sich im Landeswohnungsbauvermögen gegenüber dem Vorjahr auf 476 Millionen DM in etwa verdoppelt. Im Landesvermögen, also bei den Wohnungsfürsorgemitteln, haben sie sich bis zum 30.11.1983 gegenüber dem Vorjahr um rund 50 % auf 24 Millionen DM erhöht. In den außerplanmäßigen Rückzahlungen für das Landeswohnungsbauvermögen sind auch solche auf Grund einer Kündigung durch die WFA von Aufwendungsdarlehen und Annuitätshilfedarlehen, für die eine Zinserhöhung nicht eingetreten ist, sowie für nach dem 31.12.1969 bewilligten Darlehen enthalten.

Genaue Angaben über die Höhe der freiwilligen Rückzahlungen von Baudarlehen, die von der Zinserhöhung betroffen sind, lassen sich erst nach Vorlage des Jahresabschlusses machen, also in den ersten Monaten 1984. Dies gilt auch für die Frage, inwieweit sich diese Rückzahlungen auf Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen aufteilen.

B) Nach den Gründen für die freiwillige außerplanmäßige Rückzahlung von Baudarlehen wird verständlicherweise nicht gefragt, weil dazu auch keine Auskunftpflicht bestehen würde. Aus der offenkundigen Steigerung der außerplanmäßigen Rückzahlungen ist jedoch der Schluß nicht unzulässig, daß diese auch durch die Zinserhöhung beeinflußt worden sein können.

Die Einnahmen der Wohnungsbauförderungsanstalt aus den vorzeitigen Rückzahlungen werden vollständig für die Wohnungsbauförderung verwendet.

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. Riscop!

Riscop CDU: Herr Minister, Sie sagten gerade, daß diese Mittel dem Wohnungsbauvermögen zugeführt worden sind. Sind diese Mittel zur Senkung des Kreditbedarfs verwendet worden, oder sind sie zusätzlich dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt worden?

(C) Dr. Zöpel, Minister für Landes- und Stadtentwicklung: Die jährlichen Leistungen für die Förderung des Wohnungsbaus beziehen sich immer auf die Summe der Mittel, die dem Landeswohnungsbau zur Verfügung stehen, und der Mittel, die im Rahmen der Haushaltsplanberatung in Abwägung mit anderen Prioritäten für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden können. Insoweit läßt sich die Frage, ob zusätzlich oder nicht zusätzlich, so nicht beantworten. Das Wohnungsbauvermögen hat sich dadurch erhöht, und aus dem Wohnungsbauvermögen können mehr Zahlungen geleistet werden als ohne diese Rückzahlungen.

Präsident van Nes Ziegler: Keine weiteren Fragen? – Dann ist die Mündliche Anfrage 330 erledigt.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 331

des Herrn Abg. Uhlenberg von der Fraktion der CDU auf:

Kohle und Kernenergie

Teilt die Landesregierung die Meinung, daß es den schriftlichen Beweis gibt, wonach die Atomwirtschaft in Nordrhein-Westfalen dabei ist, die Kohle in die Knie zu zwingen?

Ich bitte den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr um Beantwortung. (D)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung verfolgt mit großer Sorge Tendenzen, mit denen versucht wird, den Einsatz der deutschen Steinkohle bei der Verstromung in dem vertraglich abgesicherten Rahmen in Frage zu stellen. In diesem Zusammenhang sind auch die Äußerungen von Minister Matthiesen auf einen Brief aus der Kraftwerk-Union AG hin zu verstehen. Die Auseinandersetzung um diesen Brief scheint mir allerdings auf einem Mißverständnis zu beruhen. Die KWU als großes Unternehmen zur Errichtung von Kraftwerken vertritt folgenden Standpunkt und hat dies mir gegenüber in einem Fernschreiben gestern noch einmal bestätigt:

Braunkohle und Kernenergie in der Grundlast und Steinkohle in der Mittellast war, ist und wird die einzig richtige Perspektive für die Bundesrepublik Deutschland bleiben. Auf diesem Hintergrund haben wir den Jahrhundertvertrag begrüßt und freuen uns darüber, daß bis

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) auf verschwindend geringe Ausnahmen im politischen Raum nach wie vor alle hinter der Notwendigkeit dieses Jahrhundertvertrages stehen, den wir aus volkswirtschaftlichen Gründen für unabdingbar halten.

Meine Damen und Herren, für die Stromversorgung der Bundesrepublik sind unmittelbar jedoch nicht die KWU, sondern die Energieversorgungsunternehmen zuständig, die mit dem Bergbau den Jahrhundertvertrag zur Steinkohleverstromung abgeschlossen haben. Die Landesregierung geht davon aus, daß dieser Vertrag von allen Beteiligten eingehalten wird. Die Vertragsparteien haben sich in den letzten Wochen mehrfach in dieser Hinsicht geäußert. Auch die Bundesregierung steht ausdrücklich zum Jahrhundertvertrag. Die überwiegende Mehrheit der Bundesländer hat sich erst jüngst bei der Wirtschaftsministerkonferenz am 24. November d.J. erneut zu dem Vertrag bekannt. Allen Tendenzen, aus denen Zweifel an der Vertragserfüllung abgeleitet werden könnten, tritt die Landesregierung entschieden entgegen. Hierzu zählen auch Äußerungen, die auf eine Ausweitung der Kernenergie zu Lasten der Kohleverstromung gedeutet werden könnten.

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. Uhlenberg!

Uhlenberg CDU: Herr Minister, die Aussage von Herrn Minister Matthiesen, die Kernenergie strebe einen Verdrängungswettbewerb
(B) gegen die Kohle an, hat ein lebhaftes Echo gefunden. Auf Grund welcher Unterlagen und Informationen kommen Sie, Herr Minister Matthiesen, zu der in der Presse wiedergegebenen Äußerung, zumal die KWU ja Wert darauf legt, daß der von Ihnen zitierte Brief an den Vorsitzenden der Kommission für Umweltfragen beim SPD-Parteivorstand, Herrn Hauff, von der KWU nie geschrieben worden ist?

Präsident van Nes Ziegler: Herr Minister Matthiesen!

Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Abgeordneter, es ist leider das Mißverständnis eingetreten, daß der von mir zitierte Brief an den Abgeordneten Hauff gerichtet gewesen sei. Richtig ist, daß er an sein Büro gerichtet worden ist.

(Lachen bei der CDU)

Im übrigen komme ich zu dieser meiner Auffassung aus zwei Gründen. Bisher war der Lastwechsel lediglich für Schnellabschaltungen im Falle von Störfällen ausgelegt. Das Genehmigungsverfahren sah deshalb ausdrücklich eine begrenzte Anzahl von Abschaltungen für Kernkraftwerke vor. (C

Der Grund waren technische Probleme, vor allen Dingen auch bei den Brennstäben. Der Brief, aus dem ich zitiere, hat insoweit eine neue Qualität und ist insoweit ein neuer, bedeutsamer Vorgang, weil auf die Feststellung, daß sich Kernkraftwerke aus technischen Gründen nicht auch zum Einsatz in der unteren Mittellast oder gar Spitzenlast eignen, die KWU zum Ausdruck bringt, daß dies für die modernen Kernkraftwerke der KWU eben nicht zutrifft, daß sie im Gegenteil für den Mittellastbetrieb geeignet seien. Und wenn die KWU dann hinzufügt, daß seit langem diese modernen Kernkraftwerke für einen Lastwechselbetrieb ausgelegt seien und daß sie nur deshalb heute nicht im Mittellastbereich eingesetzt seien, weil es dafür allein wirtschaftliche Gründe gebe, dann muß ich allerdings sagen, daß ich besorgt bin, weil hier zum ersten Mal zugegeben wird, daß es bereits eine neue technische Qualität von Kernkraftwerken gibt, die sehr wohl in der Lage sind, im Mittellastbereich eingesetzt werden zu können. Daß es jetzt nicht geschieht, hat allein wirtschaftliche Gründe. Daraus leite ich sehr wohl die Gefahr ab, daß künftig die Steinkohle aus dem Mittellastbereich verdrängt werden kann. Wenn ich weiter dann hinzufügen darf, daß wir 14 000 Megawatt Kernenergie im Bau und in der Planung haben, und zwar bis zum Auslaufen des Jahrhundertvertrags, und die KWU sagt, (D
davon seien 10 000 Megawatt im Grundlastbereich vorgesehen, wir jedoch gleichzeitig wissen, daß diese 10 000 Megawatt im Grundlastbereich nur bei einem jährlichen Stromzuwachs von 3 % gemäß der dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung gebraucht werden, wir aber heute feststellen müssen, daß wir stagnierenden Stromverbrauch haben bzw. einen erheblich niedrigeren Zuwachs, dann befürchte ich Überkapazitäten, und dann habe ich die Sorge, daß die Kernkraft automatisch in den Mittellastbereich zu Lasten der Kohle drängt. Und hier sehe ich reale Gefahren für die Kohle und bleibe bei meiner Auffassung, daß die Kohle in der Vorrangposition bleiben muß und die Kernenergie zur Restbedarfsdeckung und daß dieses Verhältnis nicht umgedreht werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer weiteren Zusatzfrage Herr Uhlenberg!

A) Uhlenberg CDU: Herr Minister, es gibt wohl nicht nur Mißverständnisse in der Form, was diese Angelegenheit angeht, sondern es gibt sicherlich auch Mißverständnisse inhaltlicher Art. Ich möchte darauf hinweisen, daß die KWU die Fähigkeit für Lastwechsel während der Inbetriebnahme der Kernkraftwerke aus Sicherheitsgründen nachweisen muß. Ich frage Sie: Beabsichtigt die Landesregierung, mit dieser Attacke das sehr hohe Sicherheitsniveau der Kernkraftwerke herabzusetzen, um damit die Kernenergie insgesamt auch herabzusetzen?

Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Die Landesregierung beabsichtigt mit dieser "Attacke", wie Sie das genannt haben, überhaupt nicht die Absenkung des Sicherheitsstandards. Aber die Landesregierung ist in Nordrhein-Westfalen nicht nur befugt, sondern auch aus wirtschaftlichen und aus energiepolitischen Gründen berechtigt, immer wieder ihrer Sorge Ausdruck zu geben, daß durch den expansiven Ausbau der Kernenergie plus neuer technischer Entwicklung die Gefahr für die Kohle verstärkt werden kann, sie zu verdrängen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das für meine Person deutlich sagen: Wenn jetzt die KWU und andere auf Grund dieser öffentlichen Diskussion erklären, sie hätten dies gar nicht vor, mit der Kernenergie in den Mittellastbereich zu gehen, dann
B) begrüße ich diese Klarstellung, und wir werden in den nächsten Jahren aufmerksam beobachten, ob auch eine Geschäftspolitik entsprechend dieser Festlegung betrieben wird. Jede Aussage, die heute dahingehend getroffen wird, "Kernenergie für den Grundlastbereich, und der Kohle bleibt der Mittellastbereich vorbehalten", wird von der Landesregierung vorbehaltlos begrüßt und unterstützt. Wenn diese Debatte zu dieser Klarstellung geführt hat, dann muß ich sagen, sind wir schon einen Schritt weiter.

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abg. Wendzinski!

Wendzinski SPD: Ich frage die Landesregierung, wie sie zu der Aussage im "Blickpunkt Bayern", Nr. 2, herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, steht. Ich zitiere:

> Der Schwefelausstoß sank von 430 000 Tonnen 1976 auf voraussichtlich rund 140 000 Tonnen in diesem Jahr, was in erster Linie durch den verstärkten Einsatz der Kernenergie ermöglicht wurde. In ein bis zwei Jahren wird das Kernkraftwerk Gundremmingen seinen Betrieb aufnehmen und weitere Betriebseinschränkungen von Kohle- und Ölkraftwerken ermöglichen. (C)

Ich frage die Landesregierung: Wie sind die Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen dabei?

Präsident van Nes Ziegler: Herr Ministerpräsident!

Rau, Ministerpräsident: Wir sind mit allen Regierungen darin einig, daß Schwefelausstoß reduziert werden muß, und wir haben dazu entsprechende Initiativen ergriffen und entsprechende Vorschläge gemacht. Wir sind aber nicht der Meinung, daß Kohle durch Kernenergie ersetzt werden sollte. Die Haltung, die Herr Kollege Matthiesen hier dargestellt hat, ist in diesem Punkt die Meinung der ganzen Landesregierung, und ich beobachte mit großer Sorge die Tendenz in den süddeutschen Ländern, einen Angriff auf die Kohle zu starten, während wir, stellvertretend für die ganze Republik, eine Energiequelle vorhalten und mit finanzieren, die die einzige heimische und damit die einzige sichere Energie für die Bundesrepublik ist. Wer in diesen Tagen sieht, was in Kuwait geschieht, der sollte noch einmal daran denken, daß Ölschocks aus heiterem Himmel kommen können und daß wir dann Kohle brauchen.

(Dr. Schwefer CDU: Da brauchen wir Kernenergie.)

- Und die Kernenergie, Herr Schwefer, die wir haben. Da bin ich mit Herrn Späth einer Meinung. Der baut Wiehl nämlich auch nicht mehr, weil sich die Preisentwicklung beim Atomstrom sehr weit von dem entfernt hat, was die Lobbyisten der Kernenergie uns einmal über den billigeren Strom aus Kernenergie gesagt haben. (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Zu einer Zusatzfrage Herr Abg. von Unger!

von Unger CDU: Herr Minister Matthiesen, ich habe Ihre Antwort so verstanden, daß Sie aus Sorge um den Vorrang der Steinkohle erschrocken gewesen sind, gelesen zu haben, daß theoretisch die Kernkraftwerke auch im Mittellastbereich wegen ihrer technischen Auslegung arbeiten können. Darf ich Sie so verstehen, daß Sie das Vorhaben dieses Hauses, dieses Land auf ein höheres technologisches Niveau zu heben, dadurch konterkarieren, daß Sie gegen technischen Fortschritt sind?

(Lachen bei der SPD)

(A) Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Abgeordneter, ich bin überhaupt nicht gegen technischen Fortschritt, nur muß der technische Fortschritt natürlich auch auf die konkreten arbeitsmarktpolitischen Folgen für das Land Nordrhein-Westfalen hin geprüft werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen offen sagen - ich rede doch hier nicht über eine theoretische Frage - -

(Soénius CDU: Doch!)

Nein, ich rede zum Beispiel über die Erfahrungen, die wir in Frankreich machen. Dort gibt es jetzt schon Überkapazitäten im Kernenergiebereich, und dort gibt es laufende Kernkraftwerke im Mittellastbereich mit 3 500 Betriebsstunden im Jahr, und weil es dort Überkapazitäten gibt, versuchen die französischen Energieversorgungsunternehmen, diesen Überschuß an Strom aus Kernkraft aus dem Mittellastbereich an die Bundesrepublik Deutschland zu verkaufen. Die Landesregierung sieht die Aktivitäten Ihres Parteifreundes Späth in Baden-Württemberg in diesem Zusammenhang mit großer Sorge, weil jede Abnahme von Atomstrom aus Frankreich natürlich direkt oder indirekt auch die deutsche Steinkohle betreffen kann. Deshalb ist die Landesregierung über die Aktivitäten des Ministerpräsidenten Späth auch aus energiepolitischen Gründen nicht gerade glücklich.

(B)

Präsident van Nes Ziegler: Das leitet eigentlich schon zur nächsten Frage über. - Jetzt hat sich Herr Uhlenberg noch einmal zu Wort gemeldet.

Uhlenberg CDU: Herr Minister, vor dem Hintergrund Ihrer Äußerung, die Sie heute morgen hier abgegeben und in der Sie Ihre Vermutungen wiederholt haben, darf ich aus einer Pressemitteilung der KWU zitieren, die erklärt:

> Die Haltung der KWU zur Nutzung von Kohle und Kernenergie bei der Stromerzeugung ist unverändert: Kohle in der Mittellast, Kernenergie in der Grundlast.

Ich möchte weiter aus einer gemeinsamen Entschließung des Landtages vom 22. Juni 1983 zitieren, in der es heißt:

> Der Landtag sieht auch im Verbund mit der Kernenergie im Hinblick auf die Kohleveredelung einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der Kohlepolitik.

Ich frage Sie: Beabsichtigt die Landesregierung, den Boden der gemeinsamen Entschließung zu Kohle und Kernenergie durch Ihre Äußerung zu verlassen, und beabsichtigen Sie, Herr Minister Matthiesen, Ihre Brokdorf-Auseinandersetzungen mit anderen Mitteln hier in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen?

(Widerspruch bei der SPD)

Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Abgeordneter, für jedes Mitglied der Landesregierung - und damit spreche ich doch nur eine Selbstverständlichkeit aus - ist jede Entschließung des Landtages bindende Orientierung. Das gilt auch für mich. Ich möchte Sie jetzt wirklich einmal bitten - wir können uns ja andere Themen der Auseinandersetzung suchen -, Brokdorf einmal außenvor zu lassen, weil es für Sie ein schlechtes Argument ist. Brokdorf ist nämlich der Beweis für eine regionale Überkapazität auf dem Kernenergiesektor. Nicht von ungefähr ist man in Hamburg dabei, Überlegungen anzustellen, sich aus Brokdorf herauszulösen und den Brokdorf-Anteil zu verkaufen, weil man jetzt schon mit den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel nicht nur überschüssigen Strom hat, sondern mittlerweise auch den teuersten Strom in der Bundesrepublik Deutschland. Sehen Sie es doch einmal unter diesem Gesichtswinkel!

(Soénius CDU: Lesen Sie doch einmal den Geschäftsbericht der HEW!)

Ich füge noch einmal hinzu: Wenn diese Fragestunde heute morgen dazu beiträgt, daß alle Beteiligten sich verpflichten, nicht zuzulassen, daß die Kernenergie in den Mittellastbereich hineingerät, dann bin ich für meine Person und dann ist die Landesregierung von dem Ergebnis sehr befriedigt, weil wir dann einen aktiven Beitrag auch für den künftigen Schutz der deutschen Steinkohle geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abg. Detert!

Detert CDU: Herr Minister, wollen Sie Ihre aktiven Beiträge künftig durch Verunsicherung der Bevölkerung in allen Fragen der Energiepolitik betreiben?

(Widerspruch bei der SPD)

Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Wenn kritische Diskussionen in der Öffentlichkeit, Herr Abgeordneter, dazu beitragen, daß

(Minister Matthiesen)

A) große Unternehmungen verbindlich für die Zukunft sagen, was sie wollen und was sie nicht wollen, und wenn dies der deutschen Steinkohle und der Energiepolitik der Landesregierung dient, dann war diese Diskussion hilfreich, und dann werde ich sie auch künftig weiterführen, wenn sie solche hilfreichen Ergebnisse hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Frau Abg. Thoben!

Frau Thoben CDU: Herr Minister, seit Anfang der 70er Jahre - das dürfte Ihnen bekannt sein - wird aus dem Etat des Bundesforschungsministers auch die Weiterentwicklung des Fahrens von Kernkraftwerken im Lastwechselbetrieb bezuschußt, übrigens ebenfalls während der Ägide Ihres Genossen-Kollegen Hauff. Die KWU hat aus diesem Topf während dieser Jahre speziell für die Weiterentwicklung dieser Verfahren Mittel bekommen. Halten Sie die Verausgabung dieser Mittel auch für eine Maßnahme, um die Kohle aus der Mittellast zu verdrängen?

Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Nein, Frau Abgeordnete, das dient der Verstärkung der Sicherheit der Kernkraftwerke. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß die 70er Generation der Kernkraftwerke, bezogen auf den Lastwechsel, ausschließlich für schnelle Abschaltungen im Falle von Störfällen ausgelegt war, daß das Genehmigungsverfahren deshalb eine begrenzte Anzahl von Abschaltungen pro Kernkraftwerk für diesen Fall vorsah und daß das deshalb nötig war, weil es technische Probleme vor allen Dingen auch bei den Brennstäben gab.

B)

Mittlerweise gibt es aber, bestätigt durch diesen Brief, eine neue technische Generation von Kernkraftwerken, von denen ganz deutlich gesagt wird, daß diese Kernkraftwerke auch für einen dauerhaften Lastwechselbetrieb ausgelegt sind - siehe Frankreich -, und damit bekommt diese technische Dimension auch eine neue Gefährdungsdimension für die deutsche Steinkohle; denn bisher galt die Formel: Kernenergie für die Grundlast und Steinkohle für die Mittellast. Wenn diese Formel jetzt durchlöchert wird, ist die deutsche Steinkohle in Gefahr, und wenn das von den Energieversorgungsunternehmen nicht beabsichtigt wird - was ich nach den neuesten Erklärungen einmal unterstelle -, dann nehme ich das mit Zufriedenheit zur Kenntnis, weil dann ein Angriff auf die Kohle abgewehrt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abg. Ostrop! (C)

Ostrop CDU: Da Sie, Herr Minister Matthiesen, allein aus der Tatsache, daß die Kraftwerk-Union Kraftwerke im Lastwechselbetrieb baut und damit den Sicherheitsvorschriften nachkommt, die Konsequenz ziehen, daß damit ein Angriff auf die Kohle - übrigens von KWU und CDU, um Sie zu zitieren -, gefahren werden solle, "der die Kohle in die Knie zwingt", frage ich Sie oder den Herrn Ministerpräsidenten oder den gelegentlich auch für diese Fragen zuständigen Wirtschaftsminister,

(Beifall bei der CDU)

ob die Landesregierung aus diesem Umstand, daß KWU so baut und exportieren muß, eventuell die Konsequenz zieht, diese Möglichkeit des Lastwechsels einzuschränken oder nicht mehr zu fördern.

Präsident van Nes Ziegler: Herr Wirtschaftsminister!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Es ist klargestellt worden, Herr Kollege Ostrop, daß dieser Lastwechsel aus Sicherheitsgründen möglich sein muß, und es ist sehr gut, daß das technisch erreicht ist. Denn wir müssen sichere Kernenergie anbieten. Das ist überhaupt keine Frage. In Nordrhein-Westfalen ist ja im übrigen die Braunkohle derjenige Energieträger, der den wesentlichen Grundlastbereich trägt. Die Formel "Kernenergie in der Grundlast und Steinkohle in der Mittellast" wird also zugleich aus der Sicht der Elektrizitätswirtschaft dahin zu modifizieren sein. Das hat ja KWU auch in dem Fernschreiben an mich gestern noch einmal ausdrücklich zum Ausdruck gebracht. (D)

Ich glaube wirklich, daß es sich hier um ein Mißverständnis gehandelt hat. Ich habe klargestellt, wie sich hier der Kraftwerkshersteller verhält, und ich habe auch klargestellt, wie sich der Nutzer verhält, nämlich die deutschen Energieversorgungsunternehmen, vertreten durch die VDEW. Die eigentlich interessante Frage wird ja bei der nächsten Mündlichen Frage zu beantworten sein, nämlich ob auch alle Energieversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland durch ihre jeweiligen Landesregierungen im Stand gehalten werden, sich an den Jahrhundertvertrag zu halten oder nicht. Ich kann dies für Bayern ausdrücklich bestätigen. Die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder hat ganz eindeutig erbracht, daß Bayern hinter dem Jahrhundertvertrag steht, während Baden-Württemberg den Jahrhundertvertrag

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) aufkündigen möchte. Und da ist meines Erachtens die Zeit gekommen, wo ein klares Wort des Bundeskanzlers - jetzt als des Führers der CDU - bundesweit gesprochen werden muß. Denn die Verunsicherung geht ja im Augenblick von den süddeutschen Ländern aus.

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abg. Soénius!

Soénius CDU: Herr Minister Matthiesen, Sie stellen an die Energieversorgungsunternehmen die Forderung, sie sollten langfristige Festlegungen treffen. Ich frage Sie: Warum stellen Sie an diese Unternehmen höhere Anforderungen als an die eigene Landesregierung? Ich denke dabei etwa an die Dauerhaftigkeit der Aussagen im NWP 75 zu dieser Frage.

(Beifall bei der CDU)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Minister!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Abg. Soénius, Ihnen ist sicherlich das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935 bekannt, das diese Aufgabe der sicheren und kostengünstigen Energieversorgung den Energieversorgungsunternehmen mit dem regionalen Monopolanspruch, den diese Versorgungsaufgabe einschließt, zuweist. Es ist der Standpunkt der Landesregierung, daß es nicht Aufgabe des Landes sein kann - die Bundesregierung hat (B) ja auch davon abgelassen, daß es etwa die Aufgabe der Bundesregierung wäre -, Energiebedarfsszenarien den Energieunternehmen vorzugeben. Das muß jedes Energieunternehmen für sich selber auf einen Zeitraum von etwa 15 Jahren abschätzen. Das ist meine Rechtsauffassung dazu, und wir erwarten auch von den Energieversorgungsunternehmen, daß sie dies tun.

Das Anziehen von Szenarien, die jetzt fast 15 Jahre alt sind, erinnert natürlich etwas an eine Groteske. Nach der Zeit, in der wir atemlos hinter Energieknappheit herzuhetzen schienen, ist Gott sei Dank eine Situation eingetreten, in der wir diese Themen etwas entspannter diskutieren können. Machen Sie der Landesregierung daraus bitte keinen Vorwurf.

Präsident van Nes Ziegler: Frau Abg. Thoben!

Frau Thoben CDU: Offensichtlich bestehen die Mißverständnisse zwischen den beiden Schleswig-Holsteinern hier im Kabinett. Wenn der eine das genauso bewerten würden wie der andere, hätte bereits die Möglichkeit bestanden, das von seiten des Landwirtschaftsministers klarzustellen. Ich habe den Eindruck: Das geht voll zu Lasten der Zukunftschancen in unserem Land. Der Wirtschaftsminister fordert das Öffnen für neue Technologien. (C

Präsident van Nes Ziegler: Frau Thoben, fragen!

Frau Thoben CDU: Einverstanden! Nur: Ich muß das erläutern. Der Ministerpräsident beruft sich auf eine Pilotstudie zur Wachstumssituation. Meinen Sie nicht, daß die größte Gefährdung für den Standort Nordrhein-Westfalen das Beibehalten eines Ministers Matthiesen im Kabinett ist, was dann zu Umweginvestitionen führt?

(Beifall bei der CDU)

Präsident van Nes Ziegler: Die Frage beantwortet der Herr Ministerpräsident.

Rau, Ministerpräsident: Frau Kollegin Thoben, ich habe den Eindruck, daß die Fragestunde gezeigt hat, daß wir Matthiesen brauchen und Jochimsen brauchen.

(Lachen bei der CDU - Beifall bei der SPD - Fortgesetzte Zurufe von der CDU - Heiterkeit bei der CDU)

- Ja, nun mal langsam! Ich freue mich ja darüber, wenn Sie fröhlich sind. Aber ich finde es zum Beispiel ganz albern, wenn Sie zehn Fragen an Matthiesen stellen und in der elften dann reklamieren, daß Jochimsen nicht antwortet. Was soll das denn? (D

Wir haben vor einer falschen Energiepolitik gewarnt, und wir glauben, daß wir eine richtige Energiepolitik betreiben. Ich bin froh darüber, heute in der "Welt" zu lesen, daß die Aktivitäten des Herrn Kollegen Späth in Richtung Frankreich auch in der CDU zu Beunruhigung geführt haben. Ich bitte Sie dringend: Helfen Sie, das diese Beunruhigung noch größer wird.

Im übrigen bleibt es bei der gemeinsamen Entschließung des Landtags, zu der sich Herr Kollege Matthiesen ausdrücklich als auch ihn bindend bekannt hat. Aber es bleibt ebenso dabei, daß wir allen Versuchen wehren müssen, die Kohle aus der Stromversorgung herauszudrängen. Das ist die gemeinsame Linie der Landesregierung.

Präsident van Nes Ziegler: Keine weiteren Fragen: Dann ist die Mündliche Anfrage 331 erledigt.

Ich rufe auf die

Mündliche Anfrage 332

des Herrn Abg. Wendzinski von der Fraktion der SPD auf:

Auswirkungen des französischen Energieprogramms auf Nordrhein-Westfalen

Nach Angaben der Nachrichten-Agentur (afp) hat der baden-württembergische Ministerpräsident Späth CDU am 1. Dezember 1983 in Paris prinzipiell eine Erhöhung der französischen Stromlieferungen an Baden-Württemberg vereinbart. Es ist an einen zusätzlichen Stromimport von 400 bis 500 Megawatt in den neunziger Jahren gedacht. Damit würde Baden-Württemberg 20 bis 25 % seines Elektrizitätsbedarfs in Frankreich decken.

Wie Ministerpräsident Späth in Paris erklärte, würden dadurch baden-württembergische Kohlekraftwerke überflüssig. Nach Angaben Späths ist auch über die Möglichkeit einer Anhebung der finanziellen Beteiligung Baden-Württembergs an dem französischen Atomenergieprogramm gesprochen worden.

Heute stehen Baden-Württemberg bereits 320 Megawatt aus dem Elsässischen Atomkraftwerk Fessenheim zur Verfügung.

Wie wirkt sich die weitere Lieferung von Atomstrom aus Frankreich nach Baden-Württemberg auf die Kohleverstromung nach dem Jahrhundertvertrag und damit auf Nordrhein-Westfalen aus?

Ich bitte den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr um Beantwortung.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorbehalte des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth, gegen den sogenannten Jahrhundertvertrag zur Steinkohleverstromung stehen im Gegensatz zu den eindeutigen Erklärungen der deutschen Elektrizitätswirtschaft, des Steinkohlebergbaues und der Bundesregierung, die sich mit der Landesregierung zur Vertragserfüllung bekennen.

Die Elektrizitätswirtschaft nimmt nicht - zuletzt im Hinblick auf die von ihr zu gewährleistende sichere Stromversorgung - gegenüber Stromimporten aus Frankreich, die nicht einem Ausgleich in zeitlichen Verbrauchsspitzen dienen, eine kritische Haltung ein. Machen wir uns nichts vor: Wir wissen doch alle, worum es bei dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit geht. Da wird im Vorwahlkampf "Wyhl" - zumindest zunächst - aus dem Verkehr gezogen. Mit einem kurzen Abstecher nach Frankreich wird das Bekenntnis zur Atomenergie abgeleistet, das man sich in der Praxis nicht mehr einzulösen getraut. (C)

Dieses alles wäre nicht weiter tragisch, würde der baden-württembergische Ministerpräsident es damit nicht gleichzeitig unternehmen, meine Damen und Herren - darauf hat der Ministerpräsident soeben schon hingewiesen -, die Grundlagen einer sicheren Energieversorgung der Bundesrepublik, wie sie mit dem Jahrhundertvertrag gegeben sind, zu gefährden. Hier hätte die Bundesregierung längst eingreifen müssen. Wenn der Bundeswirtschaftsminister dazu derzeit nicht wirksam in der Lage sein sollte, so gibt es doch den Bundeskanzler, der schließlich über die Richtlinienkompetenz auch in Energiefragen verfügt.

Die Landesregierung geht davon aus, daß die im Rahmen des Jahrhundertvertrages vereinbarten Steinkohlemengen tatsächlich verstromt werden, und sie ist sich darin auch mit den Energieversorgungsunternehmen einig. Stellvertretend erinnere ich nur an die öffentlichen Äußerungen des Vorstandsmitgliedes des RWE, Günter Klätte, in der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 10. Dezember 1983: (D)

> Trotz geringeren Zuwachses des Stromverbrauchs muß der Jahrhundervertrag mit dem deutschen Steinkohlebergbau durchgehalten werden, denn es gibt keine Alternative dazu. Wir wollen auch nicht aus dem Vertrag heraus.

Die Landesregierung wird weiterhin allen Bestrebungen, die das Vertragswerk gefährden könnten, mit Entschiedenheit entgegentreten. Sie erwartet, daß sich durch die Aktivitäten von Ministerpräsident Späth für den Jahrhundertvertrag und für Nordrhein-Westfalen keine negativen Auswirkungen ergeben werden.

Vizepräsident Dr. Klose: Zusatzfragen? - Bitte schön, Herr Kollege Wendzinski!

Wendzinski SPD: Herr Minister, hängen die in den letzten Jahren verringerten Stromlieferungen auf der Basis Steinkohle nach Süddeutschland damit zusammen, daß in Bayern und Baden-Württemberg verstärkt Kernkraftwerke in Betrieb genommen worden sind?

(A) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, bitte!

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Kollege Wendzinski, sie hängen zunächst einmal damit zusammen, daß in Süddeutschland mehr Kohle verstromt wird - eine Politik, die wir immer für richtig gehalten und unterstützt haben, die natürlich auch ihre Probleme hat. Aber sie hängen auch mit dem Zuwachs bei der Kernenergie zusammen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Wendzinski, bitte!

Wendzinski SPD: Herr Minister, da Baden-Württemberg durch die Politik des Ministerpräsidenten Späth vorrangig eine rein landespolitische Wirtschaftspolitik betreibt, ohne die bundespolitischen Zusammenhänge und die bundespolitische Verantwortung zu sehen, frage ich Sie: Ist die Landesregierung in Zukunft bereit, verstärkt Produkte in Nordrhein-Westfalen zu kaufen, wenn es möglich ist, zum Beispiel bei der Autoindustrie auch aus Köln und nicht nur aus Bayern und Baden-Württemberg?

(Lachen bei der CDU)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Kollege Wendzinski, ich halte dieses nicht für eine Zukunftsperspektive für das Land Nordrhein-Westfalen,

(B) (Beifall bei der CDU)

genausowenig, wie ich es für eine für Baden-Württemberg halte. Ich halte es für einen Irrweg, den Ministerpräsident Späth geht, wenn er den Eindruck suggeriert, als ob die Bundesrepublik aus lauter Teil-Volkswirtschaften besteht, die selbständig Autarkie betreiben könnten, oder wenn er sich manchmal verhält, als ob er Baden-Württemberg zum 93. Departement der République Française machen möchte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Zur einer weiteren Frage erteile ich Frau Abg. Thoben das Wort. Bitte schön!

(Aigner SPD: Die erzählt wieder einen Roman.)

Frau Thoben CDU: Herr Minister Jochimsen, Sie haben soeben aus einer öffentlichen Erklärung von Herrn Klätte zitiert. In derselben Erklärung findet sich auch der Hinweis, daß es den EVU gar nicht möglich sei, aus dem Jahrhundertvertrag auszusteigen, weil die finanziellen Konsequenzen für das einzelne EVU so groß wären, daß sich das kein EVU leisten kann. Teilen Sie diese Einschätzung?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: In der Tat ist der Jahrhundertvertrag auf privatrechtlicher Grundlage zustande gekommen und enthält Pflichten und Rechte. Dazu gehören auch die finanziellen Konsequenzen, die ja dann noch durch die Finanzierungsregelungen, die insgesamt diesen Jahrhundertvertrag flankieren, abgesichert worden sind.

Aber ich darf noch einmal wiederholen - ich habe das soeben, Frau Kollegin Thoben, ausdrücklich in meiner Antwort ausgeführt -: Die Energieversorgungsunternehmen - ich schließe ausdrücklich die baden-württembergischen ein, die ja einen besonderen Eigentümer haben, der hier weithin Land Baden-Württemberg heißt - stehen ebenfalls zum Jahrhundertvertrag. Auch der baden-württembergische Ministerpräsident sagt ja nicht, daß er ihn aufheben will; er möchte ihn verändern. Ich sage nur - und das mit Blick auf die Verunsicherung der energiepolitischen Szene in der Bundesrepublik -: Das ist eine politische Führungsaufgabe und keine juristische.

Im übrigen habe ich die Stromvertragsabschlüsse mit Frankreich noch nicht sehen können. Da wird ja auch furchtbar viel Wind gemacht. Ich darf nur sagen: Die Energieversorgungsunternehmen müssen sich an dem Energiewirtschaftsgesetz und an dem dort festgelegten Versorgungsauftrag - "sicher und kostengünstig" - orientieren. Daran werden wir sie festhalten müssen. Natürlich ist das eine Sache, da es sich um ein Bundesgesetz handelt, bei der die Bundesregierung gefordert ist, auch wenn solche Gesetze von den Ländern durchgeführt werden, wie es unserem Staatsaufbau entspricht.

Das kann aber nicht bedeuten, daß sich die baden-württembergische Landesregierung aus diesem gesamten Zusammenhang herausbegibt. Es ist ein politischer Vorgang, gar kein rechtlicher; denn bisher ist weder die Kündigung des Jahrhundertvertrages begehrt noch ist sie sozusagen realisiert worden, sondern hier wird "gesippt", um die Landschaft insgesamt in der Bundesrepublik durcheinanderzubringen - zu Lasten Nordrhein-Westfalens und der hier zu leistenden großen Aufgaben der Sicherung der nationalen Kohleversorgung und der Umrüstung unserer Kohlekraftwerke in umweltfreundlichere Anlagen. Das ist ja der

(Minister Dr. Jochimsen)

A) Zusammenhang, den man hier ganz deutlich sehen muß, abgesehen von dem anderen Zusammenhang der konkurrierenden Energieträger, die sich in der Entwicklung befinden.

Deshalb die herzliche Bitte, daß auch Sie, Herr Kollege Worms und die Kollegen aus Ihrer Fraktion, mit dafür sorgen, daß im Rahmen der CDU auch auf Bundesebene deutlich wird, daß eine solche Diskussion, wenn sie sich weiter verselbständigt - wie es bisher der Fall ist, wenn das zu solchen Anfragen führt -, verheerende Konsequenzen für die Wirtschaftsstruktur dieses ganzen Landes und seine technologische Zukunft haben kann.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Schwefer, bitte!

Dr. Schwefer CDU: Herr Minister, Ihre Sorge um die Steinkohle in unserem Land müßte nach meiner Auffassung noch mehr von der Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der Industrie Nordrhein-Westfalens begleitet sein. Wenn Baden-Württemberg - das möchte ich vorweg sagen - in den Stand gesetzt wird, den Strom noch billiger zu erzeugen oder zu gebrauchen als Nordrhein-Westfalen, wird das ja für unsere Industrie erhebliche Auswirkungen haben. Ich frage Sie also: Wie groß bewerten Sie den Unterschied, der zu erwarten steht, bei billigerem Überschußstrom aus Frankreich in Baden-Württemberg zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes?

B) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Kollege Schwefer, ich erwarte dies so überhaupt gar nicht; denn Sie gehen von der Voraussetzung aus, daß gegenwärtig das Strompreisniveau in Nordrhein-Westfalen höher sei als anderswo. Das Gegenteil ist der Fall.

(Wendzinski SPD: Genau so ist es.)

Süddeutschland ist ja notorisch ein Hochpreisland, genauso wie es Norddeutschland gewesen ist, was durch den Ausbau der Kernenergie - das zeigen die jetzigen Erfahrungen - eher noch in dieser Richtung verstärkt wird.

Ich bitte doch alle, angelegentlich das zu lesen, was das den Vereinten Nationen nahestehende Institut zu der Atomenergiepreisentwicklung in den Vereinigten Staaten jetzt gerade ausgeführt hat. Ich glaube, wir leben in einer frommen Lüge, wenn wir meinen, daß hier Kostenvorteile, die Anfang der 70er Jahre bestanden haben, als bestimmte Sicherheitsvorkehrungen, bestimmte Entsorgungsregelungen und Entscheidungen darüber, wie man Kernenergie wirklich vernünftig anlegen kann, noch nicht getroffen worden waren, in die Gegenwart hochgerechnet werden können. (C)

Ich stimme gerne zu: Wer etwa Biblis A oder B hat, der ist in diesem Punkt relativ günstig dran. Aber wenn ich mir jetzt ansehe, was die neuen Kernkraftwerke - ich rede von Grohnde, Krümmel oder Gundremmingen -, die ans Netz gehen werden, an Einstandskosten verursachen, dann stelle ich fest, daß die im Grundlastbereich weit über dem Doppelten dessen liegen, was bisher für den Strom aus Atomenergie behauptet worden ist. Es heißt nämlich: in der Grundlast zwischen 10 und 11 Pfennig. Wenn man die Neubauten nimmt, die jetzt in der Pipeline sind - das sind ja zwei oder drei -, dann liegt der kalkulierte Einstandspreis eher in der Größenordnung des Doppelten des jetzigen Preises als darunter. Ich wollte nur Neugierige warnen, von bestimmten statischen Voraussetzungen aus hier Kostenvergleiche anzustellen.

Noch ein letztes Wort: Frankreich - hier ist eben mehrfach das Wort "Energieversorgungsunternehmen" gebraucht worden - hat ja nur ein Energieversorgungsunternehmen, die Electricité de France. Sie wird jährlich mit zweistelligen Milliardenbeträgen von Francs aus dem französischen Staatshaushalt subventioniert. Die Verschuldung dieses Unternehmens hat längst die 50-Milliarden-Grenze überschritten. Also, tun wir doch nicht so, als ginge es hier um billigen französischen Atomstrom gegen teuren deutschen Strom! (D)

Abgesehen davon gibt es die Frage, wie die sichere Versorgung wirklich gewährleistet werden kann. Diese Frage können wir in der Bundesrepublik, muß ich sagen, auch im Austausch mit den westlichen Nachbarn nicht uneingeschränkt positiv beantworten. Ich erinnere an die Erfahrungen mit den Niederlanden, als der VEW über Nacht die billige Erdgasversorgung weggenommen wurde, und zwar nicht auf privatrechtlicher, sondern auf staatsrechtlicher Grundlage durch einen Akt des niederländischen Parlaments. Ich warne also davor, etwa den Versorgungsauftrag des Energiewirtschaftsgesetzes hier kleinzuschreiben. Wir müssen für sichere und kostengünstige Energie sorgen.

Herr Kollege Schwefer, noch ein Wort: Das, was für Nordrhein-Westfalen die schwierige Belastung ausmacht - dies gilt für die Bundesrepublik insgesamt, wie der Fall Alkan in Ludwigshafen ganz deutlich zeigt -, ist, daß stromintensive Industriezweige Anfang der 60er und Ende der 70er Jahre hierhergelockt worden sind unter der Überschrift:

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) "Atomstrom wird immer nur billiger", man brauche nicht einmal mehr Zähler einzubauen; es sei viel zu teuer, das auch noch zu zählen; man könne das praktisch mit der Einkommensteuer abbuchen. - Diese Prämisse gilt jetzt nicht mehr. Das ist natürlich für unsere stromintensiven Wirtschaftszweige ein ganz schwieriger Vorgang des Übergangs, den wir zu begleiten versuchen und wobei ich es mir nicht leicht mache zu sagen, hier bestünden keine Probleme. Wo die Stromkosten 25 % der Kosten ausmachen, ist das in der Tat von erheblichem Gewicht. Aber: Dieses Problem stellt sich für die Bundesrepublik insgesamt; es stellt sich sogar außerhalb Nordrhein-Westfalens noch sehr viel dringlicher, was die Lösung des Problems nicht erleichtert, sondern nur zeigt, daß wir bestimmte Voraussetzungen, die wir für die wirtschaftliche Entwicklung vor zwanzig Jahren zugrunde gelegt haben, heute nicht mehr eingehalten sehen können.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Schwefer zu einer weiteren Zusatzfrage, bitte!

Dr. Schwefer CDU: Herr Minister, empfinden Sie nicht, daß Ihre Darstellung das von mir aufgezeigte Problem nicht auflöst, und zwar insofern nicht, weil die besondere Situation Baden-Württembergs, die ich als günstig bezeichnen möchte, natürlich durch ein solches Vorgehen des dortigen Ministerpräsidenten sich noch weiter im relativen Vergleich zu unserem Land verbessern würde? Und meinen Sie nicht zusätzlich, daß, wenn Sie recht hätten, ein Ministerpräsident sich um die Strompreishöhe in seinem Land besondere Sorgen machen muß, wenn der Strompreis so entschieden höher liegt als in Nordrhein-Westfalen? Und, meinen Sie nicht drittens, daß unser Land sich auf Dauer auch um die Probleme des Strompreises in anderen Bundesländern, wenn wir im Grunde genommen die Zulieferer sind, was die Kohle angeht, Gedanken machen müßte?

(B)

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Kollege Schwefer, ich kann Ihre drei Fragen mit Ja beantworten; die von Ihnen aufgezeigten Sorgen machen wir uns. Nur: Wir machen es uns nicht so einfach, indem wir so tun, als hätte Baden-Württemberg nicht stromintensive Industriezweige mit riesigen Problemen. Ich denke an Alusuisse in Singen, wo es enorme Probleme gibt, weil dort die Kosten sehr viel höher sind. Oder denken Sie an die Badischen Stahlwerke in Kehl, von denen ich aus der Zeitung entnehme, daß Baden-Württemberg diesen längst überholten, traditionellen Betrieb - ich hätte fast "Schuppen" gesagt -, was den Stahl angeht, auch noch staatlicherseits übernimmt, wobei ich mich wirklich frage, ob wir es uns nicht zu einfach machen, indem wir Baden-Württemberg so anmalen und Nordrhein-Westfalen so anmalen und dann zu dem Schluß kommen: Das eine ist modern und hat alle Zukunftschancen, und bei dem anderen liegen alle Probleme. (C

Ich will hier bekräftigen: Unsere Energiepolitik sieht nicht vor, daß Nordrhein-Westfalen möglichst die ganze Bundesrepublik mit Energie versorgen soll. Die Kohle hat eine Vorrangrolle zugewiesen bekommen, die durchgesetzt werden muß. Das liegt in nationalem Interesse einer sicheren Energieversorgung. Daß im Zusammenhang damit auch Kostenstrukturfolgen entstehen, ist klar. Aber unterscheiden wir doch dabei zwischen denen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Art.

Kurzfristig ist die Situation gegenwärtig noch nicht besorgniserregend. Mittelfristig wird sie außerordentlich kompliziert, wenn die Energieversorgungsunternehmen ihre Tarife sehr rasch, nämlich nach Auslaufen der Sonderverträge aus der Zeit Anfang der 70er Jahre, anheben. Ich werde dafür sorgen, daß das zumindest über einen fünfjährigen Zeitraum gestaffelt wird, so daß die stromintensiven Zweige nicht überfordert werden.

Nur: Wir müssen uns wirklich fragen, ob es langfristig richtig ist, daß sich Nordrhein-Westfalen, was es vorher nie gewesen und erst in den 60er und 70er Jahren geworden ist, als einen Standort begreift, der vorrangig Grundstoffindustrien außerhalb des Eisenbereiches aufweisen sollte. Ich möchte diese Industriezweige ungern verlieren. Nur: Standortvorteile verändern sich über Jahrzehnte, und darauf müssen sich die Unternehmen auch einstellen. (D

Ich halte es für einen richtigen und vernünftigen Weg, wenn Unternehmen wie z.B. Ruhr Zink fabelhafte Anstrengungen unternehmen, um die Kostensituation, die sie beispielsweise im Vergleich zu Australien und Kanada schlechter stellt, durch besonders moderne Technologie, durch Recyclierung, Wiederaufbereitung und Nutzung all der Produkte, die bei der Nichteisenerzeugung anfallen, aufzufangen. Gleichwohl kann ich dem Unternehmen die Entscheidung darüber, wie es sich in den nächsten zehn, zwanzig, dreißig Jahren orientieren soll, nicht abnehmen. Dasselbe gilt im übrigen für die Aluminiumindustrie. In diesem Bereich kann die Politik und schon gar nicht die Landes-

(Minister Jochimsen)

A) politik Garantien abgeben; denn sonst müßten wir ja in Subventionen einsteigen.

Der Versuch des Bundeskanzlers, bei Alkan in Ludwigshafen eine solche Zusage zu machen - dort sind Millionenbeträge zur Stromsubventionierung in Aussicht gestellt worden -, ist immer noch nicht durch Auszahlung aus dem Bundeshaushalt verwirklicht worden. Ich halte es auch - im übrigen gemeinsam mit dem Bundesminister für Wirtschaft - für keinen gangbaren Weg, als Staat in die Strompreissubventionierung einzusteigen; denn das wäre eine wachsende Aufgabe.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Frey!

Frey (Hambach) CDU: Herr Minister, wären Sie bereit, Ihr Blickfeld über Baden-Württemberg hinaus zu erweitern und in Ihre Betrachtungen auch das Land Hessen einzubeziehen, dessen Ministerpräsident sich bis vor kurzem, also bis zu seinem Ausflug ins "Grüne", unablässig rühmte, daß Hessen über billigen Strom, vor allem aber über den höchsten Stromanteil aus Kernenergie, verfüge und daß es dabei bleibe?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Kollege Frey, ist Ihnen entgangen, daß sich die Energiezuwachsraten beim Strom in den letzten Jahren sehr erheblich nach unten bewegt haben?

B) Ich kann nur festhalten: Ministerpräsident Holger Börner hat konsequent die Kohlevorrangpolitik an die erste Stelle gestellt

(Zustimmung bei der SPD)

und dann von Restbedarfsdeckung gesprochen. Und genau die Einschätzung des Restbedarfs steht bei abnehmenden Stromzuwachsraten, um es einmal milde auszudrücken, in Frage. Das ist exakt die Begründung für die jetzige hessische Haltung, für die ich volles Verständnis habe.

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Mündliche Anfrage 332 erledigt und die Fragestunde geschlossen.

Die Mündlichen Anfragen 333 bis 337 werden in der nächsten Sitzung, auf deren Tagesordnung eine Fragestunde vorgesehen ist, beantwortet.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf: (C)

Aktuelle Stunde

Thema: Auswirkungen des Bundesbahnkonzepts auf die Verkehrsstruktur und die Verkehrspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der SPD gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung in Verbindung mit Nr. 1 der Richtlinien für die Aktuelle Stunde

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abg. Aigner das Wort.

Aigner SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Beschluß des Bundeskabinetts zur Bundesbahn vom 23. des vergangenen Monats beinhaltet im wesentlichen vier Punkte.

Der erste Punkt: Die Bundesbahn wird sich auf ein Schrumpfnetz zurückziehen.

Der zweite Punkt: Vorhandene Verkehrsverbünde werden zerschlagen, weil die Verluste dort festgeschrieben werden.

Der dritte Punkt: Angestrebte Verbünde kommen nicht mehr zustande.

Und der vierte Punkt: Es wird keine neuen Verträge für den Ausbau von S-Bahn-Strecken mehr geben. (D)

Dieser Beschluß nennt sich nun ein Konzept für die Bundesbahn. Ich glaube, das einzig Konzeptionelle daran ist, daß die Bahn auf das Abstellgleis gefahren wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Dieser Beschluß ist nicht das Papier wert, auf das er gedruckt worden ist.

Daß die Bundesbahn objektiv in Schwierigkeiten ist, wissen wir alle. Wir wissen um die hohen Personal-, Streckenausbau- und Unterhaltungskosten. Wir wissen auch um die Kehrseite, nämlich daß bei der Personenbeförderung und beim Gütertransport sinkende Einnahmen zu verzeichnen sind, obwohl sich nach einem Bericht der "Neuen Rhein-Zeitung" von heute wohl eine Einnahmeverbesserung von 800 bis 900 Millionen DM ergeben wird.

In dieser Situation, meine Damen und Herren, braucht die Bundesbahn dringend ein konzeptionelles Paket an Hilfe, und das muß die

(Aigner SPD)

(A) Politik leisten. Da hätte sich der Bundesverkehrsminister einmal die Vorschläge der Abs-Kommission oder die der SPD-Bundestagsfraktion ansehen sollen: Hier gibt es schlüssige Vorschläge dafür, wie die Finanzstruktur der Bundesbahn und ihre Kreditwürdigkeit langfristig verbessert werden können.

Die Bundesbahn befindet sich in einem Würgegriff! Dieses Unternehmen hat überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr für Investitionen, wenn das greift, was jetzt läuft. Ich glaube, wenn man dann zugleich noch die unternehmerische Verantwortung in solch ein Konzept hineinschreibt, dann ist das doch ein Witz! Da kann man nicht mehr von unternehmerischer Verantwortung reden, weil sie gar nicht wahrgenommen werden kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Bürger unseres Landes und die Wirtschaft brauchen die Bahn - unbestritten! Die Bahn ist umweltfreundlich, energiesparend, sicher, schnell und - wenn sie dazu noch vernünftig betrieben wird - preiswert. Deshalb darf die Bahn mit ihrer Infrastruktur nicht etwa nur deshalb aufgegeben werden, weil in Bonn mit dem Geld etwas anderes gemacht werden soll.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Der Beschluß des Bundeskabinetts ist verkehrs- und wirtschaftspolitisch ein Armutszeugnis. Er versetzt der Bahn den Todes- (B) stoß.

(Zustimmung bei der SPD)

Mehr als radikales Sparen ist Herrn Dollinger in dieser Situation nicht eingefallen. Er hat sein - ich will es einmal so nennen - "Verkehrsmäntelchen" an der Garderobe des Finanzministers abgegeben.

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

Der Herr taugt höchstens noch zum subalternen Beamten bei Herrn Stoltenberg. Beide zusammen haben es geschafft, ihre Verantwortung für die Bahn abzugeben.

Man kann kein Unternehmen sanieren, in dem man sich vom Produkt, vom Personal und vom Markt abkoppelt; das kann nicht funktionieren. Dann verkrüppelt man nämlich die Bahn und trennt sich von ihr; das ist es, wozu diese Bundesregierung jetzt auf dem Wege ist.

Wir sagen dazu nein. Wir sagen: Die Bahn muß bleiben. Allenfalls muß sich die Bundesregierung von ihrem Bundesverkehrsminister trennen; denn dessen Konzeptionslosigkeit ist (C ja wohl offenbar geworden.

(Beifall bei der SPD)

Die Bahn erhält nicht die Priorität, die ihr zusteht. Herr Dollinger wurstelt vor sich hin, verteilt das Geld, das ihm zur Verfügung steht, mal hier, mal dort,

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

und das auch noch nach parteipolitischen Gesichtspunkten! Das hat mit Verkehrspolitik dann absolut nichts mehr zu tun!

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

Das Ergebnis ist ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden.

Das kann man ja auch belegen. Dann genehmigt nämlich Herr Dollinger seinem Freund Strauß den Main-Donau-Kanal,

(Zuruf des Abg. Doppmeier CDU)

ein wirtschafts- und verkehrspolitisch anerkannt unsinniges Vorhaben, und wir werden es erleben, daß dieser Kanal der Bundesbahn noch den Rest an Gütern wegnimmt.

(Widerspruch bei der CDU)

Dann haben wir demnächst leere Züge, die neben einem leeren Kanal herfahren - ein (D Schwachsinn, der nicht mehr nachvollziehbar ist!

(Dr. Pohl CDU: Da sind Ihre sozialistischen österreichischen Freunde aber völlig anderer Auffassung!)

Oder aber, Minister Dollinger will den Autobahn forcieren! Meine Damen und Herren, das Straßennetz ist doch wirklich nur noch zu entlasten, wenn die Güter von der Straße auf die Schiene kommen! Denn es sind doch diese Schwerlastzüge, die unsere Straßen verstopfen. Zumindest für den Fernverkehr spielt das eine ganz erhebliche Rolle.

(Hardt CDU: Für den Güterverkehr ja!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Frey?

Aigner SPD: Nein. Die Zeit ist so bemessen, daß man das nicht zulassen kann.

(Aigner SPD)

(A) Dieser Teufelskreis zwischen Schiene und Straße muß durch Ordnungspolitik aufgelöst werden, nicht durch diese "Wurstelei"!

(Zuruf von der CDU)

- Gucken Sie sich doch einmal die Konzepte von Abs an! Lesen Sie sie doch einmal durch! Ich habe den Eindruck, Sie kennen diese Konzepte gar nicht.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

Es ist ein Irrglaube, anzunehmen, man könnte die Bahn retten, indem man sie auf das IC-Netz zusammenschrumpfen läßt.

(Doppmeier CDU: Das haben Sie doch aber selbst behauptet!)

- Ich habe schon einmal gesagt: Die Bahn lebt von ihrem Netz. Wenn man einem Baum die Äste abschneidet, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Stamm auch kapputtgeht.

(Erneuter Zuruf des Abg. Doppmeier CDU)

Einschneidende negative Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen sind zu erwarten! - Herr Jaumann, der bayerische Verkehrsminister, hat gesagt: Gnade uns Gott, wenn das kommt! - Das gilt für Nordrhein-Westfalen genauso.

(B)

Ich sehe das, was Nordrhein-Westfalen angeht, als einen weiteren Akt vielfältiger Benachteiligung unseres Landes an. Die "Wende-Politiker" in Bonn wenden hier eine "Sonthofen-Strategie" an:

(Oh-Rufe von der CDU)

Zerschlagen und kaputtmachen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir als Land können bei der Bahn nicht einspringen - aus finanziellen Gründen nicht, aber auch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht. Wir werden jedoch dafür sorgen, daß Roß und Reiter genannt werden. Wir werden dem Bürger sagen, wer dafür verantwortlich ist, wenn in Köln keine S-Bahn gebaut wird und wenn der Verkehrsverbund nicht zustande kommt

(Zuruf des Abg. Doppmeier CDU)

und wenn der Stadtbahnbau stagniert und wenn Tausende von Arbeitsplätzen in einer Größenordnung verlorengehen, wie das bei der Stahlindustrie zu beobachten ist. (C)

(Zurufe von der CDU)

Das ist nämlich der Grund für die Aktuelle Stunde.

(Zuruf des Abg. Hardt und anderer Abgeordneter der CDU)

Nicht die Landesregierung, sondern Ihre Parteifreunde in Bonn sind schuld an der verkehrspolitischen Misere, in die wir hineinschliddern, wenn Stoltenberg und Dollinger weiter ihr konzeptionelles Unwesen treiben dürfen!

(Beifall bei der SPD - Oh-Rufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt Herrn Abg. Dreyer das Wort.

Dreyer CDU: Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Die Bahn ist für unser Land unverzichtbar;

(Zustimmung bei der SPD)

aber wir müssen mithelfen, daß sie nicht unbezahlbar wird.

(Beifall bei der CDU) (D)

Auch das Land Nordrhein-Westfalen muß dazu beitragen, der Bahn den Rang zu erhalten, der ihr eine wirtschaftliche Nutzung ihrer Anlagen zu vertretbaren Kosten dauerhaft gestattet.

Die Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen vom 23. November 1983 zu den vom Bundesverkehrsminister vorgelegten Leitlinien zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn die Voraussetzungen für kurz- und mittelfristige Anpassungsmaßnahmen geschaffen. Hinsichtlich der vorgesehenen Leistungsanpassungen und Produktivitätsverbesserungen, die zur Verringerung der Deckungslücke zwischen Bundesleistungen und Nettokreditaufnahme führen sollen, gibt es volle Übereinstimmung zwischen dem Vorstand der Bundesbahn und der Bundesregierung, Herr Kollege Aigner.

Auch wenn die Mitarbeiter der Bahn den einen oder anderen Punkt noch diskutieren wollen, so haben die Eisenbahner doch immer bewiesen, daß sie Neuerungen und Fortschritten gegenüber aufgeschlossen sind.

(Dreyer CDU)

(A) Die personalwirtschaftlichen Erfolge der Rationalisierung und Modernisierung in der Vergangenheit haben dies eindrucksvoll bewiesen. Sie wären ohne Einsicht und Bereitschaft der DB-Mitarbeiter nicht möglich gewesen. Das Personal hat sich von 516 000 Dienstkräften in 1958 auf 314 000 in 1982 verringert.

Leid waren aber, Herr Kollege Aigner, die Eisenbahner vor allem die Entscheidungslosigkeit der vergangenen 13 Jahre,

(Zustimmung bei der CDU)

die ihr Unternehmen nämlich immer tiefer ins Defizit getrieben und die sie dem unerträglichen Vorwurf erfolgloser Arbeit ausgesetzt haben. Der Zickzackkurs der Bahnpolitik der SPD hätte auch das gesündeste Unternehmen in die Pleite getrieben!

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Anfang der 70er Jahre hat Lauritz Lauritzen mit seinem Kursbuch "Der Mensch hat Vorfahrt" Aufsehen erregt. Wie überzogen seine ideologisch geprägte Einstellung zum öffentlichen Nahverkehr war, macht eine Broschüre aus dieser Zeit deutlich. Diese Broschüre hatte den Titel "Der Anfang vom Ende des Autos". Man stelle sich dies vor! Der erste Satz lautete: "Das Auto beginnt zu sterben, und wir können sagen, daß wir dabei gewesen sind, als seine Agonie begann." Dies war (B) Lauritz Lauritzen Anfang der 70er Jahre, zu Beginn seiner Verkehrspolitik!

(Dr. Pohl CDU: Das war der letzte Humanist bei der SPD!)

Er kam übrigens aus Ihrem Land, Herr Minister!

Das Gegenteil ist eingetreten: Die Motorisierung hat, kaum gebremst durch Ölkrise und Wirtschaftsrezession, von 230 Pkw pro 1000 Einwohner in 1970 auf 391 im Jahre 1980 zugenommen. Der Anteil der Bahn am Personenverkehrsmarkt ist zwar konstant geblieben; er ist aber auf 6,6 % gesunken.

Nach Lauritzen kam Gscheidle.

(Hardt CDU: Da wurde es gescheiter!)

Natürlich - er machte seinem Namen keine besondere Ehre - leitete auch er dem Bahnvorstand eine gegenüber den früheren unterschiedlichen verkehrspolitischen Konzepten wesentlich veränderte unternehmenspolitische Zielvorgabe zu. Auch diese wurde nach kurzer Zeit wieder durch einen neuen Leistungsauftrag verändert. Bei den vier Verkehrsministern der SPD war nichts so beständig wie der Wechsel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! (C

Ihre Investitionsentscheidungen kamen zu spät, und sie waren unvollkommen. Auch ein an sich überlegenes Verkehrsmittel mit beachtlichen, aber immer zu spät und sehr unvollkommen ausgenutzten Entwicklungsmöglichkeiten gerät zwangsläufig, Herr Kollege Aigner, in eine finanzielle Krise. Vor allem haben die SPD-Verkehrsminister den möglichen technischen und oragnisatorischen Fortschritt nicht genutzt, der zu erheblichen Kostensenkungen und zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Bahn hätte führen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir begrüßen es, daß Bundesverkehrsminister Dollinger bereits nach einem Jahr ein Konzept vorgelegt hat, das eine am Markt orientierte, unternehmerisch ausgerichtete Bahnpolitik ermöglicht.

(Aigner SPD: Das sieht Herr Jaumann aber anders! - Herder SPD: Sie werden es erleben. Gehen Sie einmal nach Amerika!)

- Hören Sie gut zu!

Natürlich wird auch in Zukunft in dem Unternehmen Bundesbahn der rentable Unternehmensteil von einer defizitären Bedarfsdeckungsanstalt umgeben sein, die gemeinwirtschaftliche Aufgaben erfüllen muß. Niemand kann das leugnen. Diese Leistungen für die Bürger unseres Landes gemeinsam einzufordern, wird unsere gemeinsame Aufgabe sein. (D

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dreyer, darf ich Sie bitten, zum Abschluß zu kommen!

Dreyer CDU: Letzter Satz!

Ich darf auf unseren gemeinsamen Entschließungsantrag von 1981 verweisen. Darin sind die Maßgaben enthalten, die wir wirksam werden lassen müssen, um unser Land zu vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister Prof. Dr. Jochimsen!

A) Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat: Das letzte Vierteljahrhundert des Aufstiegs des Kraftfahrzeugs hat schon zahlreiche Überlegungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Deutschen Bundesbahn hervorgebracht. Ich füge an: Noch nie war der Zwang zum Handeln so groß, noch nie sah ein Konzept so tiefgreifende Eingriffe in die Verkehrsstruktur vor wie das jüngste. Ich begrüße deshalb, daß sich der Landtag sofort nach der Vorstellung des Konzepts heute damit befaßt.

Meine Damen und Herren! Seine "große Sorge" - das ist ein Zitat - "um die Zukunft des öffentlichen Personenverkehrs" hat der Oberbürgermeister einer großen Stadt in einem Schreiben an den Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht. Das Sanierungskonzept, das die Bundesregierung der Bahn verordnen will, werfe auch den Ausbau und Betrieb von S-Bahnen betreffende Probleme auf. Einen - "Rückfall in die Vergangenheit mit Vorrang für den Individualverkehr" könne man sich nicht mehr leisten.

Im gleichen Schreiben wird am konkreten Beispiel darauf verwiesen, daß der öffentliche Personennahverkehr attraktiv und konkurrenzfähig sei, wenn rechtzeitig zukunftsorientiert investiert werde. - Zitat: "Entwicklungen, die zu einem Wettbewerbsnachteil der Bahn führen, müssen deshalb vermieden werden."
B) Selbstverständlich wisse man, daß die Bahn auch bei uns erhebliche Defizite mit der S-Bahn einfahre. "Die Schlußfolgerung kann für mich aber nur lauten", so sagt dieser Oberbürgermeister, "daß wir uns genauestens überlegen sollten, wie wir das Nahverkehrssystem weiter verbessern und attraktiver gestalten können, um dadurch die Defizite zu verringern." Die Bedeutung der Bahn werde aus ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten in Zukunft noch zunehmen.

Schließlich verweist der Oberbürgermeister auf die Personalintensität der Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn.

Diese Einschätzung, meine Damen und Herren, gipfelt in dem Satz: "Dies alles" - wie nämlich die Deutsche Bundesbahn langfristig in eine gute und geordnete Zukunft geführt werden könne - "sehe ich beim bisherigen Konzept aber noch nicht überzeugend dargestellt." Sie stammt nicht vom Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, stammt nicht vom Oberbürgermeister der Stadt Köln oder vom Oberbürgermeister der Stadt Essen, die das schreiben könnten, sondern vom Münchner Oberbürgermeister Erich Kiesl.

(Henning SPD: Na so etwas!)

Auch zum Schienenpersonenverkehr in der Fläche hat die CSU sich ja in diesen Tagen nicht lumpen lassen. So hat mein Kollege Jaumann erklärt: "Die Bahn darf nicht nur nach ausschließlich marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten saniert werden." (C)

(Hardt CDU: Aber auch den Vorspann lesen!)

Statt dessen hat Minister Jaumann in Übereinstimmung mit seinem Parteivorsitzenden für jede im Feuer stehende Strecke ein Gesamtkonzept gefordert, das auch die gemeinwirtschaftlichen und strukturellen Aspekte berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Auch dies alles sind Einschätzungen, die man sich gut zu eigen machen kann. In der Tat ist es ja unübersehbar, daß es sich bei dem Sanierungskonzept der Bundesregierung eben nicht um ein geschlossenes, zukunftsgerichtetes Konzept handelt.

Es wurde dem Wirtschaftsunternehmen Bundesbahn - ich muß das so zugespitzt sagen - vom Eigentümer und Geldgeber Bund, vertreten durch den Bundesminister für Finanzen, schlicht und einfach gesagt: Das Bisherige ist der Rahmen, den ich dir maximal zugestehen kann. Sieh zu, wie du damit fertig wirst.

Wir alle wissen, daß wegen der Verschuldungsprobleme und der daraus resultierenden Zinslast, aber auch wegen der Erfordernisse der Investitionsanstrengungen und der Modernisierung mehr dringend erforderlich ist. (D)

(Schauerte CDU: Wegen der vertanen Zeit der 13 Jahre!)

- Machen Sie es sich doch nicht so einfach, Herr Kollege Schauerte. Ich beklage hier ja gar nicht, daß ein Konzept vorgelegt worden ist. Ich sage: Es ist überfällig, daß es vorgelegt wird. Es ist ja bereits Mitte der 70er Jahre ein Versuch unternommen worden. Er war in den Ländern gescheitert; damals übrigens in Nordrhein-Westfalen mit der größten aller Koalitionen. Die sozial-liberale Koalition und die Christlichen Demokraten stimmten darin überein. Ich frage mich, ob wir nicht diese Überlegungen wieder aufleben lassen sollten.

Ich sage zu dem Konzept: Die Probleme der Bahn werden diagnostiziert. Eine angemessene politische Grundsatzentscheidung der Bundesregierung steht noch aus. Ich hoffe, sie wird kommen. Verkehrspolitische Zielvorgaben enthält das Bahn-Konzept nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) Ausdrücklich heißt es ja, Einzelmaßnahmen zu bestimmen und Prioritäten zu setzen, sei grundsätzlich Aufgabe der Unternehmensleitung. Die Unternehmensleitung hat zwar den Auftrag, die noch vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, bis 1990 die Gesamtkosten um 25 % und die Personalkosten um 30 % zu senken sowie die Arbeitsproduktivität um 40 % zu erhöhen, wie das der Bundesbahn-Vorstand selbst vorgeschlagen und prognostiziert hat. Aber: Die Bundesregierung hat die Bahn nicht mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet.

So befürchte ich, daß bei weiter ausstehenden verkehrs- und finanzpolitischen Entscheidungen der eindeutige Vorrang des Individualverkehrs zu Lasten des ÖPNV unter der Hand immer weiter voranschreiten wird.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Soénius?

(Minister Dr. Jochimsen: Ja, selbstverständlich.)

- Bitte, Herr Abgeordneter!

Soénius CDU: Herr Minister Jochimsen, gehe ich fehl in der Annahme, daß eine Analogie Bund/Bundesbahn und nach dem Landeseisenbahngesetz nichtbundeseigene Eisenbahnen/Land besteht?

(B) Darf ich Sie in diesem Zusammenhang fragen, wie das Land Nordrhein-Westfalen die nichtbundeseigenen Eisenbahnen in diesem Lande mit Mitteln ausgestattet hat?

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Darauf kann ich antworten, daß wir freiwillig eine Menge tun. Der entscheidende Unterschied - Herr Kollege Soénius, verwischen Sie das doch nicht - ist, daß die Bundesbahn nicht als Wirtschaftsunternehmen geschaffen worden ist, sondern als eine Veranstaltung der Bundesrepublik Deutschland, um bestimmte Verkehrsleistungen zu erbringen.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch des Abg. Soénius CDU)

- Ja, eine Veranstaltung der Bundesrepublik Deutschland, für die die Bundesregierung politisch, finanziell, eigentümermäßig die Verantwortung trägt.

(Zuruf des Abg. Soénius CDU)

Dies ist bei den nichtbundeseigenen Eisenbahnen nicht der Fall.

(Widerspruch des Abg. Soénius CDU)

- Nein. Bauen Sie doch nicht falsche Analogien auf! (C

Ich möchte mich im weiteren auf ein paar Bemerkungen konzentrieren, die, glaube ich, für die Beurteilung von erheblicher und ausschlaggebender Bedeutung sind. Die eine betrifft das Problem, daß die verkehrspolitischen Zielvorgaben fehlen, aber die finanzpolitischen Daumenschrauben angesetzt sind. Es heißt ganz eindeutig, daß im Personenverkehr die für die Flächenbedienung vorgehaltenen Netzteile kontinuierlich zugunsten einer bedarfsgerechten Verkehrsbedienung auf der Straße anzupassen sind und daß beim öffentlichen Personennahverkehr in den Städten der Anteil der Leistungen, die aus dem öffentlichen Haushalt hierhin fließen, anteilsmäßig auf gar keinen Fall steigen kann.

Man hat sozusagen finanzpolitisch das Loch dichtgemacht, wird damit aber der Aufgabe, die der Bundesbahn gestellt ist, nicht gerecht.

Im übrigen vermisse ich ein Wort zur Trennungsrechnung. Darüber wird ja seit langem geredet; auch Herr Abs hat dazu Vorschläge gemacht - ebenso andere -, so daß man - erstens - fragen könnte: Welche Infrastruktur wird seitens des Staates - sprich: des Bundes - vorgehalten? Zweitens: Welche gemeinwirtschaftlichen Aufgaben sind zu erledigen und entsprechend zu entgelten - wie ja auch die Infrastruktur vom Staat vorzuhalten ist? Drittens: Wie wird der erwerbswirtschaftliche Bereich, in dem die (D Bahn tätig wird, abgesteckt? Der sollte in der Tat möglichst weit abgesteckt sein. Aber die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben und die Infrastruktur-Vorhaltung müssen geleistet werden.

Meine große Sorge ist, daß diese eindeutige Dominanz der fiskalischen Bremsen ohne verkehrspolitische Zielvorgabe dem Bundesbahn-Vorstand und - Gott sei es geklagt - auch dem Verwaltungsrat, dem ich angehöre, die Aufgabe zuschneidet, ohne Mittel, ohne Entlastung bei den Zinsen, ohne Erklärung, welche Investitionssummen denn tatsächlich zur Verfügung stehen, Entscheidungen zu treffen, die nach Lage der Dinge in ein Kahlschlags-Sanierungskonzept münden können.

Ich werde dafür kämpfen, daß das nicht eintritt. Ich bitte alle Fraktionen des Hauses, die Landesregierung dabei zu unterstützen.

Ich sage ganz deutlich: Ich habe hier nicht große Verteidigungsreden für das zu halten, was in der Vergangenheit war. Ich sage das

(Minister Dr. Jochimsen)

A) nachdrücklich. Es ist manches nicht rechtzeitig angepackt worden.

Wir müssen es jetzt anpacken. Wir wollen daran mitwirken. Ich sage nur, daß das allein fiskalisch nicht geht.

Leider hat der Bundesminister für Verkehr zwar richtige Grundsätze der Bundesbahn aufgeschrieben, aber er läßt die politischen Entscheidungen vollständig vermissen. Als größte Gefahr, meine Damen und Herren, sehe ich, daß die verfassungsmäßigen Aufgaben verwischt werden, weil nämlich der Nichtanstieg der Mittel im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, der ja defizitär ist - Herr Kollege Dreyer, wir stimmen darin überein -, deckungsmäßig nicht völlig ausgeglichen werden kann.

(Dreyer CDU: Anstieg im Verhältnis zu den Gesamtzuwendungen!)

- Ja, im Maße des Anstiegs. Aber wer sagt denn, daß ein Anstieg kommt, Herr Kollege Dreyer?

(Dreyer CDU: Im nächsten Jahr!)

- Nein. Das ist doch eine Schiebeverfügung. Ich bitte Sie! Man kann natürlich leicht vertrösten, indem man sagt: Das wird schon beim nächsten Haushalt entschieden werden.

Dann wird noch gesagt: Keine neuen S-Bahn-Strecken, keine neuen Verbünde; es sei
B) denn, andere übernehmen die Mehrkosten. Da kann ich nur sagen: Mehrkosten für Bundesbahnunternehmen werden weder das Land noch die Kommunen übernehmen können. Das widerspricht auch der verfassungsrechtlichen Aufgabenverteilung, die hier festgehalten ist. Auch das ist unklar in dem Konzept.

Vizepräsident Dr. Klose: Eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dreyer!

Dreyer CDU: Herr Minister, würden Sie nicht auch aus der Formulierung "neue Folgekosten" entnehmen, daß die in einem Streckenbereich vorhandenen Folgekosten - Nahverkehr wird ja dort auch heute schon defizitär gemacht - damit abgedeckt sind und es lediglich darum geht, den neuen S-Bahnverkehr so zu gestalten, daß es nicht zu darüber hinausgehenden Folgekosten kommt? So verstehe ich das.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Kollege Dreyer, dies wäre eine Brücke, über die man sich unterhalten könnte. Aber die Klarstellung vermisse ich. Das Wort "neue Folgekosten" bezieht sich einfach auf jegliche neuen Kosten. (C)

(Widerspruch bei der CDU)

Für das Konzept Köln liegt ja diese Frage vor. Hier heißt es: keine neue S-Bahn.

(Hardt CDU: Keine weitere!)

- Herr Kollege Hardt, ich sage hier ja: wenn der Bundesminister für Verkehr über die Brücke geht, die ich nach dem Text auch für möglich hielte, und er dazu die Zustimmung des Bundesministers der Finanzen bekommt, wo ich aber ein Fragezeichen sehe; denn der Bundesminister für Verkehr wollte ja viel weitergehen. Er war ja vom Bundesbahnvorstand auch dazu gedrängt worden. Insofern ist die Harmonievorstellung, Herr Kollege Dreyer, die Sie hier geben, Bundesbahnvorstand und Bundesregierung wären in völliger Übereinstimmung, im Bereich der Lyrik zu sehen, aber nicht im Bereich der harten Zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ja das Problem. Nur, wenn dem alles so ist, Herr Kollege Hardt und Herr Kollege Dreyer, was ich mit Vergnügen feststelle, daß wir uns schon im gemeinsamen Feld bewegen und sagen, wir wollen nun die weitere S-Bahn in Köln bauen, wenn das darunter fällt - gut, dann fangen wir doch mit der Hohenzollernbrücke an! (D)

Wenn wir sagen, keine neuen Folgekosten in dem Sinne, wie das eben der Kollege Dreyer umrissen hat, warum sagt das denn die Bundesregierung nicht, warum wird das nicht klargestellt? Warum müssen erst der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag, die Eisenbahnergewerkschaft und was weiß ich alles den Aufstand machen? Ich habe den Brief des Oberbürgermeisters Kiesl natürlich mit einer Hinterabsicht zitiert, weil es zeigt, daß der Bundesminister für Verkehr gegenwärtig in dieser Sache eine einheitliche, aber negative Beurteilung erfährt.

Ich greife ausdrücklich auf, was von seiten der CDU-Fraktion im Verkehrsausschuß vorgeschlagen worden ist - ich darf das hier auch öffentlich sagen -, daß wir zu einem Verkehrsforum Bundesbahn im neuen Jahr einladen werden, wo wir über diese Fragen und über ihre Auswirkungen auf das Land diskutieren wollen. Wir werden dort sicher übereinstimmen, was die verkehrspolitischen Zielvorgaben und was die Aufhebung der fiskalischen Schranken, die hier strangulieren, betrifft, die jedes Neue verhindern.

(Minister Dr. Jochimsen)

(A) Wir haben doch die absurde Situation - ich darf es ins Gedächtnis rufen -, daß in Köln die Deutsche Bundesbahn nichts so fürchtet wie zusätzliche Fahrgäste, weil diese in der S-Bahn bedeuten: Jeder trägt 80 % der Durchschnittskosten als Defizitaufwuchs auf dem Buckel herum. Wenn das die neuen Folgekosten sind, Herr Kollege Dreyer, von denen Sie sprechen, die ausgeschlossen werden sollen, dann kann kein Nahverkehr entstehen, der auch tatsächlich mehr Verkehr bewerkstelligen kann.

Ich halte für dringend erforderlich, daß die Bundesbahn aus der Babylonischen Gefangenschaft der Bundesbahnentschließung von 1979 befreit wird. Diese Bundesbahnentschließung des Haushaltsausschusses des Bundestages besagt: Nichts - es sei denn, es kostet nichts Zusätzliches - geht mehr! Das war einstimmig, Herr Kollege Hardt. Heben Sie diese Entschließung jetzt auf! Ich werde in der SPD-Fraktion in Bonn dafür werben, daß unsere Freunde da mitstimmen, daß das aufgehoben wird.

Ich sehe nur im jetzigen Bundesbahnkonzept gegenüber der Veränderungssperre von 1979 eine "Verschlimmbesserung", nämlich diejenige, daß gar nichts mehr geht. Deshalb bin ich so unglücklich darüber, daß der Bundesminister für Verkehr nicht die aufklärenden Worte findet zu dem, was "weitere S-Bahn" heißt. Was erwartet er bei Verkehrsverbünden, wo ich ihm alle Zusicherungen gebe, daß das für den Bund nicht
(B) zusätzlich kostenträchtig sein muß? Nur, er interpretiert das anders. Was heißt das, die eben aufgeworfene Frage der neuen Folgekosten? Das wird dazu führen, daß wir jetzt ein halbes Jahr oder ein Jahr lang Unsicherheit in der ganzen Bundesrepublik bekommen über die Frage, wie Verkehrspolitik in diesem zentralen Bereich weitergehen kann.

Mir liegt außerordentlich daran, daß wir rasch und zügig zu einer Klärung beitragen. Die erste Zusammenkunft des Bundesverkehrsministers mit den Länderverkehrsministern wird noch vor Weihnachten stattfinden. Ich werde da einen präzisen Fragekatalog einbringen, in dem ich frage: Was heißt dies, was heißt das? Wie geht das? Wir dürfen nämlich nicht die Zeit verlieren, bis in Bonn die Entscheidungen über den Etat 1985 fallen sollen. Das halte ich für eine gefährliche Vergeudung von Zeit, die wir nicht haben. Insbesondere haben wir sie nicht bei den anstehenden Entscheidungen Verkehrsverbund Rhein/Sieg.

Wir wissen auch nicht, Herr Kollege Pohl, ob nicht das Bundesbahnkonzept, so wie es die Bundesregierung jetzt vorgesehen hat, wenn (C
es nicht freundlich interpretiert wird, die Auflösung des Verkehrsverbundes Rhein/Ruhr zur Folge haben muß, weil die Bundesbahn sich gar nicht mehr bewegen kann. Ich stelle das als kritische Frage. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß das geklärt wird!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Schultz für die SPD-Fraktion.

Schultz SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Nordrhein-Westfalen, insbesondere die Bürger der Region Köln, hatten sich eigentlich erhofft, daß das Bundesbahnkonzept nun Klarheit über ihre S-Bahn bringen würde. Leider ist das Gegenteil der Fall. Wir haben in der bisherigen Diskussion schon gesehen, daß der Beschluß des Kabinetts

(Zuruf von der SPD: Negativ ist!)

schrecklich zweideutig ist, und das schafft keine Sicherheit. So wird zum Beispiel zwischen neuen oder laufenden und alten S-Bahnmaßnahmen getrennt.

Jetzt frage ich Sie: Ist denn die Kölner S-Bahn nun eine laufende Maßnahme, weil ein Teil, eine Strecke schon unter Betrieb ist? Oder ist sie eine neue Maßnahme, weil wir noch keinen Vertrag haben? Das ist doch die Frage. Wir können jetzt herumrätseln: Was (D
hat der Bund mit der Kölner S-Bahn wirklich vor?

Für die Bundesregierung ist Vorausetzung für den Bau neuer S-Bahnen, daß keine neuen Folgekosten entstehen. Nun sagen Sie einmal, wie Sie das machen wollen. Folgekosten heißt doch: Kosten für Unterhaltung, für den Betrieb von Strecken, von Fahrzeugen usw. usf. Wie wollen Sie also neue Strecken unter Betrieb nehmen, wenn Sie keine neuen Folgekosten in Kauf nehmen wollen? Neue S-Bahnen ohne neue Folgekosten gibt es nicht.

Wenn also die Bundesregierung so tut, als sei sie doch wieder, wie das jetzt bei Ihnen angeklungen ist, zum Bau neuer S-Bahnen bereit, dann halte ich das für eine Nebelkerze, die Sie hier verstreuen.

(Beifall bei der SPD)

In Wahrheit wird aus dem Papier doch sehr deutlich, daß hier ein Ausstieg aus der S-Bahn, aus der Beteiligung am öffentlichen Personennahverkehr betrieben wird.

(Schultz SPD)

A) Das ist eigentlich schade, denn das Konzept sollte eine Markierung, sollte eine Orientierung sein, die demjenigen, der auf die Bundesbahn angewiesen ist, ein bißchen mehr Sicherheit gegeben hätte: den Bediensteten der Bundesbahn, den Benutzern der Bundesbahn, den Regionen und Städten, insbesondere in unserem Land Nordrhein-Westfalen - wir sind nämlich in besonderem Maße davon betroffen -, und auch der Wirtschaft, die auch ein großes Interesse an der S-Bahn hat. In Wahrheit ist das - das hat der Minister schon gesagt - ein Papier der Orientierungslosigkeit geworden.

Der Bau und der Betrieb von S-Bahnen bringen zwangsläufig Defizite, wenn man rein betriebswirtschaftlich rechnet. Aber der öffentliche Personennahverkehr ist ein Leistungsangebot des Staates an seine Bürger, ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Er muß auch aus allgemeinen Mitteln, sprich: aus Steuern, mitfinanziert werden. Deshalb ist die rein betriebswirtschaftliche oder, wie Sie jetzt sagen, marktwirtschaftliche Betrachtungsweise der Bundesregierung von Grund auf falsch. Wir müssen die volkswirtschaftlichen Beziehungen sehen. Unter diesem Blickwinkel ist die S-Bahn eigentlich ein sehr nützliches Instrument. Es ist schon gesagt worden, wie umweltfreundlich, wie verkehrspolitisch sinnvoll sie ist; ich füge hinzu: wie arbeitsintensiv sie bei Bau und Betrieb ist.

B) Herr Kollege Dreyer, Sie haben eben von der "Agonie" gesprochen, die Lauritz Lauritzen zitiert hat. Wenn die Prognosen über die Entwicklung des Automobils bis zum Jahr 2000 anhalten, Herr Kollege Dreyer, dann werden Sie mit Sicherheit das noch verstärkt erfahren, was unsere Großstädter hier an Rhein und Ruhr jeden Morgen und jeden Abend schon erleben, nämlich Agonie.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das Gegenteil ist der Fall!)

Deswegen gibt es zum öffentlichen Nahverkehr - ich schließe den Stadtbahnbau mit ein -, zu S-Bahnen und Stadtbahnen in den Großstädten an Rhein und Ruhr keine wirkliche Alternative.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Wer das übersieht, der handelt einfach verantwortungslos. Da wird keine Verkehrspolitik mehr gemacht, sondern es wird Verkehrspolitik kaputtgespart.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, daß im März 1985 die Fünfjahresfrist für das Planfeststellungsverfahren bei der Hohenzollernbrücke in Köln ausläuft. Wenn dieser Termin - 7. März 1985 - verstrichen ist und nichts passiert ist, dann können sich die Kölner ihre S-Bahn in den Kamin schreiben. (C)

Meine Damen und Herren, mit dem Dollinger-Konzept wird nicht nur der Glaube an die Beständigkeit der Bundesrepublik bei der langfristigen Infrastrukturplanung schwer erschüttert. Es wird darüber hinaus auch dem Wirtschaftsraum Köln mit mehr als 3 Millionen Menschen eine krasse Benachteiligung zuteil, ja, es wird dieser Region eine Zukunftsinvestition erster Ordnung verweigert. Wenn das so kommt. Helfen Sie bitte mit, meine Damen und Herren von der CDU, daß es nicht soweit kommt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Es spricht jetzt Herr Abg. Hardt für die CDU-Fraktion. Ich erteile ihm das Wort.

Hardt CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landesverkehrsminister hat das beschlossene Bundesbahnkonzept im Verkehrsausschuß als enttäuschend bezeichnet, er hat aber hier vor diesem Forum erklärt, es bestehe ein Handlungsbedarf, und er sei relativ groß. Herr Minister, was Sie verschwiegen haben, sind im Endeffekt die letzten 13 Jahre. Die verkehrspolitische Entwicklung haben Sie aus der Sicht der SPD in dieser Form mit zu verantworten. (D)

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Ich sage es hier ganz klar: Hauffsche Märchen und auch die höhere Verkehrsfinanzierungsmathamatik, daß Minus mal Minus Plus ergibt, sind seit dem 6. März zu Ende. Diese Politik geht nicht mehr. Es ist Wahrheit gefragt.

(Beifall bei der CDU)

Die sozialliberale Koalition hat desolate Finanzen bei Bund und Bahn hinterlassen und insofern einen enormen Verschuldungsanstieg verursacht.

Auf das Land Nordrhein-Westfalen bezogen, bedeutet das: Pro Tag bezahlt der Bund 42 Millionen DM an Leistungen an die Deutsche Bundesbahn. Somit zahlt also jeder steuerpflichtige Bürger in Nordrhein-Westfalen, ob er fährt oder nicht, zur Stunde 590 DM.

In dem Zusammenhang streicht die Landesregierung gern ihre hohen Finanzierungszu-

(Hardt CDU)

(A) weisungen an den Bund, besonders für die Deutsche Bundesbahn, für das Land Nordrhein-Westfalen heraus. Diese finanziellen Leistungen an die Deutsche Bundesbahn sollen 1984 nach dem Haushaltsentwurf runde 133 Millionen DM betragen. Dieser Betrag entspricht einer Größenordnung von drei Tagesleistungen, bezogen auf die Leistungen des Bundes. Man muß sich das einmal in der Relation vor Augen führen, damit man solche Vergleichszahlen hat. Ich bin der Meinung, das ist, wie gesagt, ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Aigner SPD: Haben Sie schon einmal etwas von der Verfassung gehört?)

Herr Minister, Sie haben in der Verkehrsausschußsitzung - Herr Kollege Aigner hat das in seinen vier Punkten wiederholt; ich möchte das sinngemäß noch einmal in die Debatte einführen - folgendes gesagt: Nordrhein-Westfalen würde, wenn der Bund dieses Konzept durchsetzt, wieder einmal ein Sonderopfer bringen; denn der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr würde zerstört, die Gründung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg unmöglich gemacht und der Weiterbau der S-Bahn Köln verhindert werden. Das waren Ihre Kernsätze, Herr Kollege Aigner. Der Minister hat dies in der Debatte des Verkehrsausschusses am 1. Dezember d. J. auch ausgeführt.

Dazu möchte ich folgendes anmerken.

(B) Erstens. Die bisherigen Sonderopfer wurden dem Land Nordrhein-Westfalen von den vier SPD-Bundesverkehrsministern beschert und zugemutet. Dazu gesellte sich damals auch der SPD-Oberbürgermeister und jetzige Oppositionsführer Vogel. Ich erinnere an die Milliarde DM, die wir im investiven Bereich im Straßenbau nicht hatten, an die Thematik des ET 420. Der jetzige Verkehrsminister hat die Jahresraten für das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von 35 % im ÖPNV und im Straßenbau in Höhe von rund 28 % beibehalten; d.h. im Endeffekt, daß wir hier im großen und ganzen Kontinuität haben, zumal die Bundesregierung jetzt ihrerseits auch einen verfassungskonformen Haushalt vorgelegt hat, und in dem Rahmen wird dies abgewickelt.

Und zu den Verkehrsverbünden Rhein-Ruhr und Rhein-Sieg als zweitem Punkt: Herr Minister, ich kann in dem Papier nicht erkennen, daß das Bundeskabinett beschlossen hätte, den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr zu verlassen oder ihn sogar zu zerstören. Wenn das so ist, sollten Sie diese Vokabel wirklich streichen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß ja unter dem damaligen Verkehrsminister Hauff der Bund sich aus den Gremien des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr zurückgezogen hat, und unter Dollinger sind diese Plätze wieder eingenommen worden. Ich glaube, wir sollten hier in dieser Form die Schuldzuweisungen doch nicht so einseitig verteilen.

Sie sollten lieber Ihre Kraft dafür verwenden, zu untersuchen und dem Landtag baldigst Mitteilung zu machen, warum der Kostendeckungsgrad der DB - ich bitte, hier einmal sehr gut zuzuhören - im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr nur 24,1 % beträgt, im Verkehrsverbund Frankfurt 35,3 %, im Verkehrsverbund Stuttgart 35,2 %, im Verkehrsverbund München sogar 42,7 % und im Verkehrsverbund Hamburg 54 %. Sie verweisen doch ständig auf die Attraktivität der anderen Verbünde, und da stellt sich doch für uns die Frage: Warum schneiden wir denn soviel schlechter ab als andere Bundesländer? Sind wir vielleicht in den Konstruktionen im Lande Nordrhein-Westfalen so leistungsfeindlich geworden? Ist vielleicht deshalb der Bund so zögerlich beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg? Das muß doch in dieser Form einmal wirklich untersucht werden.

Zum dritten Punkt, dem Ausbau der Kölner S-Bahn: Im Frühjahr - und das steht auch in dem Konzept - wird über die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung beim Bund neu entschieden. Ich hoffe, daß dann endlich der wirtschaftliche Prüfungsbericht der Landesregierung auf dem Tisch liegt und wir ihn lesen können.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: So wie die CSU, die ja hier mehrfach bemüht worden ist, für den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals aus strukturpolitischen Gründen kämpft, so wird die CDU-Landtagsfraktion für den Ausbau der Stammstrecke und die Verbreiterung der Hohenzollernbrücke mit streiten. Nehmen Sie das hier wirklich zur Kenntnis, damit wir hier eine Grundbasis haben.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend, meine Damen und Herren: Wir stehen vor einem Patienten Deutsche Bundesbahn, dem vier SPD-Verkehrsminister in 13 Jahren nicht immer die richtige Medizin verordnet haben. Nun scheint eine Operation unumgänglich. Wenn nicht schnellstens das Richtige getan wird, ist der Patient Deutsche Bundesbahn 1986/87 mit einem Schuldenstand von 65 Milliarden DM bereits gestorben. Dann kann vielleicht jede Hilfe zu spät sein. Wir werden dann wahrscheinlich nicht mehr helfen können.

Deshalb brauchen wir eine Bahn, die den Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft

(Hardt CDU)

A) entspricht. Das schließt eine Verlagerung bei der Personenbeförderung von der Schiene auf die Straße nicht aus. Dadurch braucht sich die DB auch zukünftig nicht aus der Fläche zurückzuziehen.

Herr Minister, Sie haben hier einiges angekündigt. Wir sind der Meinung, daß wir die Einzelfälle hier im Parlament überprüfen und gemeinschaftlich abwägen sollten, um dann den richtigen Schritt für die Einzelmaßnahmen einzuleiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Winkels: Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Frau Abg. Ridder-Melchers das Wort.

Frau Abg. Ridder-Melchers SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Ich will sicher nicht alles verteidigen, was Bonner Politik in Sachen Verkehrspolitik und Bahnpolitik "verbrochen" hat, aber dies an die Herren Dreyer und Hardt von der CDU: Die Bahnpolitik hat eine lange Geschichte und ist eine langfristige Veranstaltung, und 13 Jahre sozialliberale Koalition haben eine Vorgeschichte und eine sehr unrühmliche Nachgeschichte. Das muß man auch einmal hier sagen. Die Nachgeschichte, die jetzt kommt, ist sicher nicht sehr rühmlich. Und die CDU in Bonn --

(Zurufe von der CDU)

B) Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß man in 13 Jahren nicht alles umkrempeln kann.

(Lachen bei der CDU)

Dann sehen Sie mal den Bereich der Investitionen!

(Erneute Zurufe von der CDU)

Hören Sie gut zu: Ich habe gesagt, ich will nicht alles verteidigen, was dort geschehen ist, aber die Bahnpolitik ist eine langfristige und keine kurzfristige Veranstaltung, und auch die CDU wird sich nicht aus der Verantwortung in Bonn verabschieden können.

(Beifall bei der SPD)

Und was die Politik in diesem Lande betrifft, so hat die SPD in Nordrhein-Westfalen, so glaube ich, bewiesen, daß sie im Bereich der Bahnpolitik eine langfristige, vernünftige Politik vertritt und sich bemüht hat, hier Alternativen zur Bonner Politik zu setzen, und daß sie immer Schwerpunkte im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs gesetzt hat, sowohl für die Ballungsgebiete als auch für den ländlichen Raum. - Das vorab. (C)

Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat unlängst eine Entschließung zum öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche im ländlichen Raum verabschiedet. Dort heißt es u.a. - ich zitiere:

> Vom Blickpunkt der Raumordnung muß mit allem Ernst und großem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß auch von der Gewährleistung einer angemessenen öffentlichen Verkehrsbedienung die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes abhängt. Bei der Planung von Einschränkungen im Schienenpersonennahverkehr muß darauf geachtet werden, daß ein funktionsfähiges Gesamtverkehrssystem mit einer gleichwertigen Verkehrsbedienung gewährleistet wird. Dazu gehört auch, daß zwischen zentralen Orten höherer Stufe, Mittelzentren und Oberzentren, Schienenverbindungen als Grundgerüst des öffentlichen Verkehrs erhalten bleiben.

Diese fachliche Beurteilung scheint den Bundesverkehrsminister allerdings nicht zu erreichen. Er verordnet den fiskalischen Rahmen, vielmehr er läßt verordnen und überläßt alles Weitere dem Bundesbahnvorstand. Was heißt das eigentlich im Klartext für den ländlichen Raum, für das Münsterland, das Sauerland und Siegerland, für den Niederrhein und für die Eifel? Dollinger selbst (D)
spricht in seinem Konzeptpapier von einer kontinuierlichen Anpassung der vorgehaltenen Netzteile an den Bedarf, d.h. er spricht nur von einer kontinuierlichen Anpassung, verschweigt aber, was er im Grunde meint, welche Strecken er konkret stillegen will und in welchem Umfang er ein Streckennetz insgesamt umrüsten will.

Was heißt das im Klartext? Er will die Salamitaktik fortsetzen. Das heißt: Ausdünnung der Verkehrsangebote im ländlichen Raum, ungünstige Anschlußzeiten, Parallelbusse und als Endstufe Umstellung des Personenverkehrs. Der Güterverkehr soll so lange stattfinden, solange die Schienen ihn tragen; denn Investitionen sind auf den Nebenstrecken nicht mehr erlaubt. Die Schienen verkommen langsam. Endresultat: Die Schienen werden stillgelegt, obwohl das bekanntermaßen sowohl für die Bundesbahn als auch für die ländlichen Regionen schwerwiegende Nachteile bringt.

Der Bundesminister für Raumordnung hat in den 70er Jahren bereits Strecken untersucht,

(Frau Ridder-Melchers SPD)

(A) die stillgelegt worden sind. Ergebnis für den Personenverkehr - wir alle kennen das -: Die Fahrgäste steigen nicht auf den Bus um, sondern in der Regel auf den privaten Pkw. Als Restgruppe bleiben die Leute übrig, die aus finanziellen Gründen nicht auf den privaten Pkw umsteigen können, und das Angebot an Bussen wird derart reduziert und eingeschränkt, wie es eben diese Restgruppe erfordert, das heißt, die Bedienung wird insgesamt noch schlechter, als sie ohnehin schon ist. Jeder Vertreter des ländlichen Bereichs wird diese Erfahrung gemacht haben und wird Beispiele für diese Entwicklung haben. Wie Dollinger dann in seinem Papier noch von der freien Wahl der Verkehrsmittel sprechen kann, das wird mir immer ein Geheimnis bleiben; das verstehe ich nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Das Ergebnis beim Güterverkehr - das ist die nächste Entwicklung auch dort -:

Der gesamte Güterverkehr verlagert sich auf die Straße und geht der Bundesbahn insgesamt verloren. Das bislang noch lukrative IC-Netz wird bei dieser Politik, die Dollinger verordnet, einem Baum gleichen, dessen Äste langsam abgeschnitten werden und dessen Stamm nachher auch nicht mehr funktionstüchtig ist.

Die Konferenz der Minister für Raumordnung spricht davon, daß die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes von einem funktionsfähigen
(B) öffentlichen Personennahverkehr abhängt. Diese Lebensfähigkeit wird zerstört, wenn man ganze Regionen des ländlichen Raumes durch Streckenstillegungen und Umstellung auf Busse von jeder Entwicklung abkoppelt. Jede wirtschaftliche Weiterentwicklung ist gefährdet; die Wirtschaft wird sich sukzessive aus diesen Regionen zurückziehen. Das Trostpflaster will Dollinger geben, indem er sagt: Laßt uns doch mehr Straßen im ländlichen Raum bauen! Da kann ich nur sagen: Nein, danke!

In NRW haben wir bislang eine gemeinsame Politik im öffentlichen Personennahverkehr verfolgt. Ich darf nur daran erinnern, daß wir noch vor kurzem im Verkehrsausschuß eine gemeinsame Erklärung zum öffentlichen Personennahverkehr in der Fläche beschlossen haben, die auch, so glaube ich, eine Zukunftsperspektive für die ländliche Region hat. Das sogenannte Sanierungskonzept der Bundesbahn aber versetzt dem ländlichen Raum den Todesstoß auf Raten.

Ich muß sagen, ich vermisse bei all diesem Protest die CDU-Vertreter aus dem ländlichen Raum in Bonn. Ein Beispiel nur: Das Münsterland ist mit zwei Staatssekretären in Bonn vertreten. Die schweigen beharrlich. Diejenigen, die sich ansonsten gern brüsten, daß sie die Interessen des ländlichen Raumes vertreten, schweigen hier beharrlich. Nun denn: ich kann nur für die SPD in Nordrhein-Westfalen sagen: Wir werden die Interessen der Ballungsräume vertreten und auch die des ländlichen Raumes, und ich hoffe nur, daß die CDU uns dabei ein bißchen unterstützen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Winkels: Nächster Redner ist Herr Abg. Schumacher für die CDU-Fraktion. Ich erteile ihm das Wort.

Schumacher (Kall) CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ridder, zunächst eine Vorbemerkung: Es ist sicherlich etwas schwierig, 13 Jahre und 13 Monate ins richtige Verhältnis zu bringen, und wenn man dann noch die Schuldenentwicklung dazu nimmt, dann sehen die Dinge natürlich völlig anders aus.

(Zuruf des Abg. Aigner SPD)

Wenn Sie hier beklagen, was man in 13 Jahren nicht hat ändern können, dann meine ich, daß die 13 Monate genutzt worden sind, um vom Grundsatz her Dinge zu bewegen, die Sie noch nie haben bewegen können.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich aber, meine Damen und Herren, da hier in Sonderheit der ländliche Raum angesprochen worden ist, diesen Schwerpunkt aufgreifen. Ich muß mich, Herr Minister, zunächst bei Ihnen sehr wohl dafür bedanken, daß Sie der Bundesregierung ausdrücklich bestätigen, daß sie in ihrem Konzept die Probleme richtig diagnostiziert hat. Ich meine, ein Problem richtig zu diagnostizieren, ist schon bemerkenswert; denn erst dann kann man auch die richtige Medizin verordnen, meine Damen und Herren, und ich meine, der erste Schritt ist durch Ihre Bestätigung schon gelungen.

Aber Sie versuchen dann, meine Damen und Herren, sich der Verantwortung für den ÖPNV hier in Nordrhein-Westfalen dadurch zu entziehen, daß Sie einmal die Bundesbahn verantwortlich machen

(Aigner SPD: Wer ist denn dafür zuständig?)

und dann die regionalen Verkehrsverbünde als das Ei des Kolumbus darstellen.

(Zuruf des Abg. Schultz SPD)

(Schumacher (Kall) CDU)

A) Herr Kollege Schultz, lassen Sie mich darauf deutlich antworten: Die Verkehrsverbünde haben zunehmende Schwierigkeiten, das wissen Sie; die Verkehrsverbünde sind in eine so defizitäre Situation gekommen, daß selbst die Freunde ihnen nicht mehr folgen können. Hier ist Handlungsbedarf, und hier muß überlegt werden,

(Zuruf des Abg. Schultz SPD)

warum diese Verkehrsverbünde in Nordrhein-Westfalen diesen geringen Kostendeckungsbeitrag leisten können, auf den Herr Kollege Hardt vorhin hingewiesen hat. Hierüber muß bei uns in Nordrhein-Westfalen nachgedacht werden.

(Zuruf des Abg. Aigner SPD)

Nur, meine Damen und Herren - auch das ist mehrfach gesagt worden -, die heutige Bundesregierung für Mängel verantwortlich zu machen, das ist einfach, aber nicht sachgerecht, und es ist unredlich, wenn man über viele Jahre hinweg Verkehrsstrukturen sich in eine Richtung hat entwicklen lassen, die heute zu Zwangspunkten führt, die Sie auch nicht von heute auf morgen ändern können. Lassen Sie mich nur einige wenige Beispiele nennen: Die strukturellen Veränderungen bei Massengütern, die strukturellen Veränderungen im Personentransport, grundsätzliche Veränderungen der Siedlungsstrukturen und grundsätzliche Änderungen in Verkehrstechnologien haben in der zurückliegenden Zeit
B) weder bei der von Ihnen verantwortlich geführten Bundesregierung noch bei dieser Landesregierung auf Grund der gegebenen Tatsachen zu sachgerechten Entscheidungen geführt. Das muß man einfach einmal feststellen.

(Zuruf des Abg. Schultz SPD)

Es nützt doch nichts, Herr Schultz, Sie können das beklagen, wie Sie wollen: Vier Fünftel des Personenverkehrs werden im Individualverkehr abgewickelt,

(Schultz SPD: Das stimmt doch nicht! - Zuruf der Frau Abg. Ridder-Melchers SPD)

und da das so ist, können Sie nur darüber nachdenken, wie Sie zu einer vernünftigen Kostendeckung, zu einer vernünftigen Relation kommen.

Die Forderung, die der Bundesverkehrsminister gestellt hat, die Forderung, die diese Bundesregierung gestellt hat, nämlich eine leistungsfähige Bahn in ein Gleichgewicht zu bringen mit Kosten und ertragsorientierter Rechnung, bei plus/minus vorgegebener Nachfrage, das ist das Problem, das noch gelöst werden muß. Heute ist ÖPNV noch nicht so gelöst, weil er nachher nicht mehr finanzierbar ist. Darauf ist bereits hingewiesen worden. (C)

Ich denke, unser gemeinsames Ziel sollte sein: ein optimal aufeinander abgestimmtes System in den ÖPNV-Verbindungen, das eine Verbesserung der Flächenerschließung, der Erreichbarkeit und der Bedienungsqualität gewährleistet, ohne die dabei erforderlichen Aufwendungen zu steigern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Winkels: Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abg. Hemmer das Wort.

Hemmer SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Kollege Schultz hat bereits darauf hingewiesen, mit welcher Situation wir gegebenenfalls im Raum Köln rechnen müssen. Die Bundesregierung wird nämlich mit ihrem Dollinger-Konzept der Region Köln nicht nur die S-Bahn verweigern, sondern sie wird ihr noch einen weiteren schweren Schlag versetzen: Die Gründung des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg ist mehr denn je in Gefahr.

(Hardt CDU: Das ist doch für das Frühjahr vorbereitet!)

Dies hängt unmittelbar mit dem Ausstieg aus der S-Bahn zusammen. Denn die S-Bahn als das leistungsfähigste Massenverkehrsmittel im ÖPNV ist gewissermaßen das Rückgrat des Verbundes. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Sie erst macht für viele Fahrgäste und auch für die Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen den Verbund attraktiv. Alle, die an der Verbundgründung beteiligt waren, haben sich auf die S-Bahn verlassen. Der Bau und das Einbringen der S-Bahn in das Verbundsystem war auch Geschäftsgrundlage aller Überlegungen. Wenn die Bundesregierung aber jetzt in ihrem sogenannten Konzept formuliert, daß im Ballungsraum Rhein-Sieg eine Kooperation nur in Betracht kommt, wenn sichergestellt ist - ich zitiere wörtlich -, "daß die Verluste der Verkehrsunternehmen des Bundes nicht steigen", so setzt sie ihren verkehrspolitischen Unsinn, der sich quer durch das Konzept zieht, weiter fort.

(Zustimmung bei der SPD)

(Hemmer SPD)

(A) Dies heißt doch im Klartext, daß die Bundesbahn und der Regionalverkehr Köln eine Garantie erhalten sollen, daß ihre Kostenunterdeckung auf dem heutigen Stand eingefroren werden soll. Geht man von einer unvermeidlichen Geldentwertung aus, bedeutet das, daß sich die Kostenbeteiligung der Bundesunternehmen am Verbund ständig verringern wird. Ich frage mich, und ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer soll denn eine solche Zusage machen? Sollen sich etwa die Städte und Kreise oder sollen sich gegebenenfalls die Kommunen und privaten Verkehrsunternehmen am Defizit der Bundesunternehmen beteiligen? Das kann doch niemand ernsthaft verlangen. Abgesehen davon, widerspricht dies dem grundsätzlichen Aufbau unseres Verkehrssystems, nicht zuletzt unserem Grundgesetz.

Hinzu kommt ein Weiteres. Wenn sich wegen der Attraktivität des Verbundverkehrs das Verkehrsbedürfnis wesentlich steigert, wird die Kostenunterdeckung dadurch prozentual vermindert. Dennoch können die Fehlbeträge, absolut gesehen, steigen, gerade weil der ÖPNV mehr benutzt wird, weil also das staatliche Leistungsangebot in verstärktem Maße angenommen wird.

Im Hintergrund vollmundiger Formulierungen der Bundesregierung steht also die klare Aussage: Wir werden uns am Verkehrsverbund Rhein-Sieg nicht beteiligen.

(Hardt CDU: Wo steht das? Nirgendwo!)

(B)

Dies wiederum bedeutet: Der Verkehrsverbund Rhein-Sieg ist tot. Nach dem Willen der Bundesregierung soll die Beerdigung klammheimlich erfolgen. Zu einem offenen Wort fehlt den Herren in Bonn jeglicher Mut.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir werden heute hier den Finger klar auf die Wunde legen, wir werden heute klar sagen - und vor allen Dingen der Bevölkerung sagen -, wer für dieses Durcheinander in den Verkehrsverbünden im Raum Köln verantwortlich ist.

Ein Weiteres! Meine Fraktion hat sich nachhaltig für einen verdichteten S-Bahnhaltigen Verkehr auf der sogenannten N 9 von Wuppertal über Essen nach Marl und Haltern eingesetzt. Es handelt sich hier um eine Nord-Süd-Verbindung, die gerade für das Ruhrgebiet, dessen Verkehrswege traditionell auf die Ost-West-Richtung ausgerichtet sind, eine besonders wichtige neue Verkehrsachse ist. Alle Bürger der betroffenen Region sollen auch hier klar zur Kenntnis nehmen, daß die Bundesregierung auf Grund kurzsichtiger Sparüberlegungen ihrer Wirtschaft und ihren Verkehrsbedürfnissen großen Schaden zufügt.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski SPD)

Im Bereich Rhein-Ruhr gibt es mittel- und langfristig noch weiteren Bedarf an S-Bahnen, die heute noch nicht unter Vertrag sind. Ich meine zum Beispiel die Strecke von Gelsenkirchen nach Essen und den S-Bahn-Ausbau auf der Strecke Köln - Minden im Ballungsgebiet. Bislang konnten wir davon ausgehen, daß Land und Bund diese Absicht auf Grund der verkehrs- und wirtschaftpolitischen Notwendigkeiten weiter verfolgen würden. Auch hier sieht es jetzt leider etwas anders aus, und gegebenenfalls müssen wir gemeinsam von unseren Plänen Abschied nehmen.

Ich wünsche mir, daß meine Befürchtungen, die ich Ihnen vorgetragen habe, nicht eintreffen. Leider gibt uns aber das Dollinger-Konzept hierfür keine Hoffnung. Es ist jetzt Sache der Bundesregierung, die Fakten klarzustellen, wenn sie dies kann und wenn sie dies will.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Winkels: Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abg. Dr. Pohl das Wort.

Dr. Pohl CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Ausbau der S-Bahn Köln handelt die SPD so, wie Sozialisten üblicherweise handeln: Sie leugnet die Schuld der Vergangenheit, sie sieht die realen Aufgaben der Gegenwart nicht oder nur unzureichend und beklagt eine ungewisse Zukunft, die Sie, meine Damen und Herren, positiv mitgestalten könnten, wenn Sie nur wollten.

(Zurufe von der SPD)

Im vergangenen Jahrzehnt, Herr Jochimsen, haben die SPD-Landesregierungen und die von der SPD geführte Stadt den Ausbau der Kölner S-Bahn glatt verschlafen.

(Erneute Zurufe von der SPD)

Erst Ende der 70er Jahre, als das Geld allenthalben knapp wurde, sind beide aufgewacht, die SPD-geführte Stadt und die Landesregierung. Jetzt mangelnde Entscheidung im Bereich der S-Bahn zu beklagen, ist gleich dreifach heuchlerisch:

1. Die SPD-Bundesregierung und ihr Verkehrsminister Hauff hätte solche Entscheidungen bis 1982 selbst herbeiführen können.

(Dr. Pohl CDU)

A) 2. Der neuen Bundesregierung nach einem Jahr Amtsführung Vorwürfe wegen mangelnder Entscheidungsfreude oder Unklarheit zu machen, ist die Methode "Haltet den Dieb".

(Aigner SPD: Sie entscheidet ja nicht, das ist ja das Schlimme!)

3. Hat die Landesregierung denn nicht, haben Sie denn nicht, Herr Minister, die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung als Voraussetzung für einen Rahmenvertrag über die S-Bahn Köln in 1982/83 storniert und behindert, statt eine solche Untersuchung zu forcieren und zu fördern?

(Hardt CDU: Sehr richtig!)

Ich kenne Ihre Interpretation Ihrer Gespräche mit Herrn Dollinger; aber Sie wissen genauso wie wir - und Sie haben uns ja damals und heute zur Hilfe aufgefordert -, daß der Bundesfinanzminister und die Bundesregierung als Kollegium eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung als Voraussetzung für einen Rahmenvertrag immer wieder fordern; spätestens aber zum ersten Ausbauvertrag hätten Sie sie sowieso gebraucht. Also machen Sie endlich vorwärts!

(Hardt CDU: Sozialistenwirtschaft!)

Was ist real zu tun? Herr Minister, die Landesregierung sollte den Ausbau der Hohenzollernbrücke in den Mittelpunkt ihrer Be-
I) mühungen stellen, und zwar unabhängig von der Entscheidung über die S-Bahn. Die Erweiterung der Hohenzollernbrücke muß bis März 1985 in Angriff genommen werden - darauf hat Herr Kollege Schultz hingewiesen -, da andernfalls das Planfeststellungsverfahren zusammenfällt. Die Erweiterung der Hohenzollernbrücke ist notwendig für die S-Bahn - das ist richtig, Herr Kollege Schultz -, aber ich behaupte, auch unabhängig von der S-Bahn ist sie bei dieser Frequenz des Kölner Bahnhofs notwendig.

(Zuruf des Abg. Schultz SPD)

Die Landesregierung sollte zweitens die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung komprimieren und zeitlich beschleunigen. Da sagt Herr Kollege Aigner, da sagen Sie jetzt, Herr Jochimsen, da sagen andere, die S-Bahn sei nicht mehr möglich; Sie berufen sich auf den Beschluß der Bundesregierung. Ich sage Ihnen, Sie interpretieren die Ziffer 3.4 - das hat Kollege Dreyer schon gesagt - völlig falsch. Beweis - Herr Jochimsen, hören Sie zu -: Herr Burger ist gestern bei Herrn Dollinger gewesen, und der Kommunalteil der Kölner Zeitungen, "Stadtanzeiger" und "Rundschau", ist voll davon, daß Herr Burger nach dieser Konferenz in einer Pressekonferenz verkündet hat: Wunderbare Verhandlungen, wir sind einen Schritt weiter, der Minister hat sich unseren Argrumenten gebeugt! (C)

(Hardt CDU: Hört, hört!)

Ich frage mich, was interpretieren Sie denn hier im Landtag, wenn Sie noch nicht einmal vor Ort informiert sind?

(Zuruf des Abg. Aigner SPD)

Nun einige Bemerkungen zu den Verkehrsverbünden! Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Herr Minister, die Kassandrarufe sind völlig verfehlt. Verkehrs- und Tarifverbünde in den Ballungsräumen - hier: Rhein-Sieg - bleiben auch nach den Beschlüssen des Bundeskabinetts möglich. Ich verweise auf die Ziffern 3.3. und 3.4 der Kabinettsbeschlüsse. Sie sollten, Herr Minister, statt über die Bundesregierung zu klagen, den Städten, Kreisen und Gemeinden im Rhein-Sieg-Verbund einmal die notwendigen Informationen und Auskünfte geben, die diese dauernd fordern, nämlich über die verbundspezifischen Kosten. Sie haben doch die Gemeinden und Kreise in Gladbach im Februar gehört. Wie hoch sind denn die Kosten? Zu wessen Lasten gehen denn die verbundspezifischen Kosten letztendlich? Das wollen die kommunalen Gebietskörperschaften wissen. Diese Auskünfte verweigern Sie bis zur Stunde. (D)

Nun zum Verkehrsverbund Rhein-Ruhr! Niemand will den zerstören. Die Bundesregierung hat sich ausdrücklich in ihren Ziffern 3.1 und 3.2 dazu bekannt. Die Landesregierung sollte, statt falsche Anklagen gegen die Bundesregierung zu erheben, zum einen ihre Kraft darauf verwenden, zu untersuchen, warum der Kostendeckungsgrad so schlecht ist, und zum anderen, warum andere Verkehrsverbände so viel attraktiver sind.

Ich komme zum Ende. Statt den Landtag völlig unbegründet zum Tribunal über die Bundesregierung zu machen, sollte die Landesregierung im Lande selbst handeln und mit dem Bund sachgerecht verhandeln.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Jochimsen, meine Herren von der Landesregierung und von der SPD-Fraktion, Kooperation zwischen Land und Bund statt Konfrontation, die Sie suchen - das ist das Gebot der Stunde!

(Schultz SPD: Was haben Sie denn vor zwei Jahren gesagt? Vor zwei Jahren haben Sie etwas ganz anderes gesagt.)

(A) Vizepräsident Winkels: Das Wort hat Herr Minister Jochimsen.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Kollege Pohl, ich möchte auf Ihre Aufgeregtheiten ganz kühl antworten

(Weiss CDU: Das fällt Ihnen aber schwer! - Dr. Pohl CDU: Sie haben ja auch mehr Zeit als ich.)

und zunächst einmal feststellen, daß gestern morgen der Bundesverkehrsminister in Person gar nicht anwesend sein konnte, weil er krank war, daß das Gespräch über Flughafenfragen ging und daß ich durchgesetzt habe, daß der S-Bahn-Anschluß des Flughafens Köln/Bonn weiter untersucht und mit höchster Priorität zu einer Entscheidung gebracht wird.

(Schultz SPD: Sehr gut! - Dr. Pohl CDU: Na also!)

Die Bundesregierung wollte dieses nicht. Über S-Bahn ist im übrigen nicht gesprochen worden.

(Dr. Pohl CDU: Da beschuldigen Sie hier den Oberbürgermeister und die Presse einer Falschberichterstattung.)

- Das weiß ich nicht, was in der Presse alles steht; da steht viel drin. Ich war bei dem Gespräch dabei. Insofern kann mich auch (B) diese Aufgeregtheit nicht stören.

Ich will aber dankbar feststellen - das will ich ausdrücklich erklären, das habe ich auch gestern in der Runde gesagt -, ich bin sehr erfreut darüber, daß jetzt nicht nur der Bundesverkehrsminister in Person sich hier sehr einsetzt, das hat auch der frühere Bundesverkehrsminister Hauff getan, sondern daß jetzt auch das Ministerium selbst offenkundig in vielen Einzelheiten sehr genau und präzise zugunsten Köln/Bonn arbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage das mit großer Befriedigung, und ich sage genauso präzise, Herr Kollege Pohl, ich kann einen solchen Dank aussprechen. Ich bin weder auf Konfrontation aus noch auf Kooperation um jeden Preis, wenn der andere diktiert, was herauskommt. Das haben wir bei Henrichenburg gesehen. Da sind wir auch beim Abschluß. Das wird, wie ich hoffe, Anfang Januar in Dortmund unterschrieben werden, und Kollege Dollinger wird dorthin kommen.

(Hardt CDU: Also war das doch keine Schleusen-Lüge.)

Da haben wir uns durchgesetzt mit der Drittelfinanzierung, wir haben uns durchgesetzt mit dem Vorziehen auf das Jahr 1985, auf das Abkürzen des Verfahrens. So stelle ich mir in der Tat Kooperation vor. (C

(Weiss CDU: Herr Minister, Sie wollten doch so kühl bleiben.)

- Vielen Dank, Herr Kollege Weiss, ich werde noch cooler werden.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu der Frage der Wirtschaftlichkeit machen, wie Sie gesagt haben, wie man die Ziffern 3.3 und 3.4 des Sanierdungskonzepts interpretieren soll. Ich höre das hier mit Vergnügen und werde das nachprüfen. Wenn das die Brücke ist, über die man Lösungen finden kann, bin ich dabei. Nur, so schnell mal im Zuruf zu sagen, das ist ganz anders gemeint, als es da steht, das kann ich auch nicht, auch nicht nach den öffentlichen Erklärungen, die gemacht worden sind. Aber wir sind ja dabei, dies gemeinsam zu erörtern, und wir können das ja auch im Verkehrsforum noch weiter diskutieren.

Was die Frage des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg angeht, kann ich für die sechziger und siebziger Jahre hier nur soviel ausführen, daß es ständige Politik der Landesregierung gewesen ist, das Zusammengehen in den neun Kooperationsräumen des Landes zustande zu bringen - auch im Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Es steht mir nicht an, über kommunalpolitische Gebietskörperschaften hier zu diskutieren, aber als jemand, der von außen (D ins Land gekommen ist, kann ich doch soviel sagen, daß ich, was die Region Köln angeht, immer noch darüber betroffen bin, wie wenig sie selber ihr Gewicht in der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und ihr Gewicht in Nordrhein-Westfalen aktiv mitgestaltet. Beim Flughafen haben wir das sehr kritisch erlebt; ich bin froh, daß wir jetzt auf einem vernünftigeren Weg sind.

Ich sehe das genauso beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Zu den vielen Aufgeregtheiten, die unsere kommunalen Gebietskörperschaften da an den Tag legen, was sie alles vom Minister haben wollen, kann ich sagen: Das liegt ihnen längst vor. Was noch aussteht, ist das Gutachten über die Gebühren und die Wirtschaftlichkeit. Das konnte nicht vorgelegt werden - ich habe das neulich ausgeführt -, weil die Unternehmen, auch die Deutsche Bundesbahn, entgegen dem, was sie versprochen hatten, nicht in der Lage waren, die Zahlen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

(Hardt CDU: Aber wir brauchen die schnellstens!)

(Minister Dr. Jochimsen)

1) - Wir brauchen sie so schnell wie möglich; da bin ich ja auch dabei.

Was die Frage der Hohenzollernbrücke angeht, sind wir uns in der Priorität völlig einig. Ich darf Sie nur auf einen Zusammenhang hinweisen, und da bitte ich, daß die Kölner Region auch sieht, auf welch dünnem Eis sie sich hier bewegt: Ich teile Ihre Einschätzung, Herr Kollege Pohl. Die Hohenzollernbrücke muß erneuert, muß erweitert werden, weil dies eine Hauptmagistrale - so heißt das ja - im Nord-Süd-Verkehr und im Ost-West-Verkehr der Bundesrepublik ist und weil wir ja nicht nur Neubaustrecken im östlichen Teil der Bundesrepublik haben sollen, Hamburg - Würzburg usw. Aber, indem wir dies sagen - was die Bahn ja selber bestreitet; sie sagt, das sei nur für die zusätzliche S-Bahn -, entziehen wir der S-Bahn Köln, dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg auch einen Argumentationsstrang, in jedem Fall meine Möglichkeit, die Brücke mitzufinanzieren; denn wenn es eine Fernbrücke für Fernzwecke ist, kann ich sie nicht unter der Überschrift "ÖPNV" mitfinanzieren. Ich kann also hier nur warnen. Ich habe dem Bundesverkehrsminister bei unserem Gespräch im September diese Frage gestellt. Das ist meiner Einschätzung nach eine Fernbrücke, die auch eine weitere Funktion hat. Der Bundesverkehrsminister wird die Frage noch prüfen. Bisher wird das von seiten der Bundesbahn bestritten.

3) Ich will noch ein Letztes sagen, und zwar zu dem Kostendeckungsgrad, den viele hier als ein Argument - ein Schlagstock, sage ich - gegen Rhein-Ruhr eingeführt haben. Ich finde das ganz schlimm. Ich habe das eben schon mit Herrn Kollegen Hardt besprochen; ich muß es auch Ihnen sagen, Herr Kollege Pohl, und auch dem Kollegen Schumacher. Wir tun uns damit keinen Gefallen. Hamburg hat den hohen Kostendeckungsgrad. Ja, warum wohl? Weil es ein einstrahliges Netz ist, das seit 80 Jahren aufgebaut ist, wo es jetzt nur noch um ein paar Arrondierungen geht! Warum liegt München so vorne? Weil es einstrahlig nur auf München ausgerichtet ist,

(Zustimmung des Abg. Schultz SPD)

während wir zwölf Großstätte dabei haben und die S-Bahn noch nicht ausgebaut haben! So können wir doch nicht miteinander umgehen, indem wir hier auch noch Argumente unserer Gegner aufgreifen und sie lauthals der Landesregierung entgegenhalten!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Winkels: Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abg. Rohe das Wort.

Rohe SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Pohl, Sie haben gerade gemerkt, daß man so ideologisch verklemmt, wie Sie sich hier oben gegeben haben, die Verkehrspolitik dieses Landes natürlich nicht regeln kann. (C)

(Lachen des Abg. Dr. Pohl CDU - Zuruf des Abg. Dreyer CDU)

- Ich komme gleich zu Ihnen, Herr Kollege Dreyer. Wenn Sie, Herr Kollege Dreyer, schon aus der Regierungserklärung oder aus dem Konzept der Bundesregierung zitieren, dann sollten Sie auch richtig zitieren und nicht nur den Satz, der da lautet:

Die Bahn ist für uns unverzichtbar.

Und dann haben Sie eingeflochten, weil Sie es anders nicht wußten: "für unser Land unverzichtbar", haben aber nicht weiter gelesen, wo es da heißt:

Strukturanpassung, Mut zu mehr Markt, Ertragssteigerung und Kostensenkung.

Nun könnte man sagen, Herr Kollege: Diese Punkte können wir ja unterstreichen.

(Dreyer CDU: Das will die Bahn schon lange Zeit!)

Dann kommt aber der entscheidende Punkt, und da, Herr Kollege Dreyer, sollten Sie einmal klar untersuchen und überprüfen, ob Sie diesem Satz voll Ihre Zustimmung geben können; denn da heißt es: (D)

Mehr Markt - kein Dirigismus

Sowohl national als europäisch scheidet eine dirigistische Verkehrspolitik aus. Um so zielstrebiger ist eine am Markt orientierte Verkehrspolitik mit verstärkten Bemühungen zur Bereinigung noch bestehender Wettbewerbsverzerrungen zu verwirklichen.

(Dreyer CDU: Es geht um Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen!)

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Dreyer: Wie wollen Sie dann, wenn Sie diesen Satz voll unterstützen, das zum Beispiel Ihrer Kampfgruppe beim BZA in Minden verkaufen? Dann müssen Sie auch den Mut haben, denen zu sagen: Liebe Kollegen, wir unterwerfen die Deutsche Bundesbahn den Marktgesetzen, das heißt, ihr müßt euch am Markt behaupten, so wie es in Amerika und anderen Ländern der Fall ist, daß dann nur noch die Strecke von Hamburg nach Würzburg befahren wird, aber

(Rohe SPD)

(A) der Zug unterwegs kaum noch einmal hält und die Fläche gar nicht bedient wird!

(Dreyer CDU: Die Wettbewerbsverzerrungen müssen weg, Herr Kollege!)

Da müssen Sie auch einmal sagen: Wo steht denn etwas in dem Konzept, wie Sie bestehende Wettbewerbsverzerrungen beseitigen wollen? Soll ich Ihnen vorlesen, wie Sie das machen wollen? Da heißt es:

Rationalisierungsreserven

Die DB muß jedoch zur Nutzung ihrer Chancen mit Nachdruck ihre noch größeren Rationalisierungsreserven, insbesondere im Unterhaltungs- und Vorhaltungs-, Kleingutverkehr, Schienenpersonenverkehr usw. ausschöpfen.

Was heißt das anderes, als der Bundesbahn zu empfehlen, sich aus der Fläche völlig zurückzuziehen?

(Schumacher (Kall) CDU: Sie haben das völlig falsch verstanden!)

Das ist doch die entscheidende Frage, und da müssen Sie den Mut haben, den Bürgern zu sagen: Diese Politik der Bundesregierung unterstützen wir deshalb, weil das so ist. - Sie, die CDU, nicht wir!

(Schumacher (Kall) CDU: Das heißt das doch nicht!)

(B)

- Entschuldigen Sie, Herr Kollege Schumacher, Sie laufen hier Sturm und sprechen von 13 Jahren verfehlter Politik.

(Schumacher (Kall) CDU: Das stimmt doch!)

Sie wissen ganz genau: Als wir hier unser Bundesbahn-Forum hatten, haben Sie für jeden Kilometer Streckenerhalt gekämpft; damals waren Sie nicht in Bonn an der Regierung.

Und wie ist es mit dem Lkw-Besatz gewesen? Dazu müssen Sie den Bürgern auch klar sagen, daß Sie diejenigen waren, die sich für die freie Straße und für den freien Lkw-Verkehr auf der Straße ausgesprochen haben.

(Zustimmung der Frau Abg. Ridder-Melchers SPD)

Wer hat denn die Achslastveränderungen im Steuerrecht vorgenommen, so daß dadurch noch mehr Lkw auf die Straße kamen und die Bundesbahn weniger konkurrenzfähig wurde?

(Zustimmung bei der SPD - Schumacher (Kall) CDU: Wie viele Bundesbahn-Lkw fahren denn?)

Die entscheidende Vorstellung der Bundesregierung, die der Vorstand der Bundesbahn jetzt verwirklichen muß, ist doch, die Arbeitsproduktivität, bezogen auf 1982, um 40 % zu steigern, die Gesamtkosten um rund 25 % und die Personalkosten um rund 30 % real zu senken. Das heißt doch im Klartext - das sollten Sie draußen sagen, und das hat der Vorstand der Bundesbahn bereits in vielen Papieren, wie Sie, Herr Kollege Dreyer, wissen müßten, bereits angekündigt -, daß ein erheblicher Leistungs- und Kapazitätsabbau erforderlich ist, um die finanziellen Vorgaben der Bundesregierung zu erfüllen. Danach sollen bis 1990 rund 20 % der Reisezugwagen, der Güterwagen und der Lokomotiven verschrottet werden; ferner sollen 6 000 km Strecke im Güterfernverkehr und 7 000 km Strecke im Personenverkehr stillgelegt werden. (C

(Hardt CDU: Aber die sollen auf die Straße verlagert werden.)

- Stillgelegt werden, Herr Kollege! - Sie sollten in diesem Zusammenhang keine Effekthascherei betreiben. All die Jahre haben Sie den Weg mit verfolgt; deshalb dürfen Sie jetzt nicht davon reden, die SPD habe in Bonn versagt. Ich bescheinige der jetzigen Bundesregierung, daß sie eine andere Strategie und eine andere Politik betreibt.

(Hardt CDU: Eine bessere!)

Und das ist eine Politik der Stärke und des Verdrängungswettbewerbs, die die Bahn nicht aushalten wird. Das müssen Sie dem Bürger draußen erzählen. (D

(Beifall bei der SPD - Hardt CDU: Es ist eine Politik der Wirtschaftlichkeit von Schiene und Straße.)

Vizepräsident Winkels: Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Abg. Köhler; ich erteile ihm das Wort.

Köhler CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde hat für mich eine wesentliche Erkenntnis zutage gefördert, nämlich daß der SPD mit der Regierungsmacht in Bonn offensichtlich auch das Gedächtnis abhanden gekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Anders ist einiges von dem, was Sie hier erzählt haben, überhaupt nicht zu begreifen.

(Aigner SPD: Wir unterhalten uns über die Beschlüsse dieser Bundesregierung und über die Auswirkungen auf Nordhrein-Westfalen.)

(Köhler CDU)

A) Inzwischen, Herr Kollege Aigner, habe ich auch den Eindruck, daß dabei ihr Lesevermögen gelitten hat, wobei das Hineininterpretieren sehr weit entwickelt ist.

(Aigner SPD: Fragen Sie Herrn Jaumann in Bayern, was er davon hält!)

- Entschuldigen Sie, wir haben hier die Interessen dieses Landes zu wahren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Das Thema, das wir heute diskutieren, hat auch für dieses Land einen ganz hohen Stellenwert.

(Böse SPD: Sehr richtig!)

Dazu gehört aber, daß wir von Fakten ausgehen und nicht von "Wolkenkuckucksheimen".

(Zustimmung bei der CDU)

Einige Zahlen sind bereits genannt worden, ich nenne andere. Wir sprachen von den letzten 13 Jahren und von dem, was davor war. 1970 betrug die eigenwirtschaftliche Unterdeckung der Deutschen Bundesbahn 3,856 Milliarden DM, 1982 13,383 Milliarden DM. Die Schulden stiegen von 13,4 Milliarden DM auf 35,5 Milliarden DM.

B) Damit in bezug auf die Fläche kein Mißverständnis entsteht: Meine Fraktion ist nicht bereit, die Deutsche Bundesbahn aus der Verantwortung auch für den ÖPNV in der Fläche zu entlassen,

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

weil wir der Auffassung sind, daß es keine geteilte Zuständigkeit geben kann: Fläche, sorge du für dich allein, und in den Ballungsgebieten machen wir es schon! So etwas kann es nicht geben.

Aber man muß auch die Entwicklung der Bahn betrachten. Wir sprachen über die Frage: Wie kann man bei diesem Defizit überhaupt noch etwas finanzieren? Man muß sehen, daß angesichts der desolaten Finanzen - wir merken es ja im Landeshaushalt und in den kommunalen Etats - jede Mark des Bundeshaushaltes in Konkurrenz zu anderen Zahlen steht. Die Entwicklung der Deutschen Bundesbahn im Jahre 1982 ist geradezu als dramatisch zu bezeichnen, weil die Einnahmen um 1,3 Milliarden DM hinter dem Plan zurückgeblieben sind. Die Entwicklung des Jahres 1983 ist ebenfalls schlecht. Die Deutsche Bundesbahn hat inzwischen ihre Investitionen gestoppt und sie auf 75 bis 90 % festgeschrieben, weil das Defizit steigt. Ist das denn eine Situation, die wir uns wünschen können? (C)

Ob wir mit den vorgeschlagenen Maßnahmen das Defizit vermindern können, darüber kann man mit Fug und Recht miteinander streiten. Der Vorstand der Deutschen Bundesbahn gibt unter dem Titel "Wir" eine Zeitung heraus. In dieser Zeitschrift beurteilt der Vorstand der Deutschen Bundesbahn, der nicht von einem CDU-Minister eingesetzt, sondern nach Änderung des Bundesbahngesetzes von einem SPD-Minister ernannt worden ist, die Situation - ich zitiere wörtlich - so:

Seine seit Amtsantritt

- d. h. also seit Amtsantritt unter der sozialliberalen Koalition -

zielstrebig durchgeführte Unternehmenspolitik sieht der Vorstand der Deutschen Bundesbahn durch den einstimmigen Kabinettsbeschluß vom 23. November 1983 bestätigt.

(Minister Dr. Jochimsen: Lyrik!)

- Das hat nichts mit Lyrik zu tun, Herr Verkehrsminister, sondern das sind Daten, wie sie da sind.

(Beifall bei der CDU) (D)

Im übrigen haben auch die sozialdemokratischen Verkehrsminister die Maßnahmen, die sie vorgeschlagen haben, nicht erfunden, um die Leute zu ärgern, sondern weil sie keinen anderen Ausweg gesehen haben.

(Aigner SPD: Es gibt andere Auswege.)

Wer über diese Fragen redet, muß auch zur Kenntnis nehmen, was die Fortschreibung vorsieht. Bis 1987 werden der Verlust auf 7 Milliarden DM, die Schulden auf 62 Milliarden DM und die Zinsen auf 6 Milliarden DM steigen. Bis 1990 werden sich der Verlust auf 10 Milliarden DM, die Schulden auf 92 Milliarden DM und die Zinsen auf 9 Milliarden DM erhöhen. Glaubt denn jemand allen Ernstes, daß der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland bereit sein wird, das zu bezahlen?

Dazu könnte man noch etwas anderes sagen. Es wird ja geredet, in der Vergangenheit sei soviel falsch gemacht worden. - Richtig - nur: Wie viele Kilometer Strecke sind denn in

(Köhler CDU)

(A) den 13 Jahren gebaut worden? Und vorher wurde auch nicht gebaut. In der Zeit, in der wir 100 000 Kilometer Straßen gebaut haben, haben wir zwölf Kilometer Eisenbahnstrecken errichtet

(Zurufe von der SPD)

- Moment! Lassen Sie mich doch ausreden! - und 120 Kilometer S-Bahn-Strecken gebaut. - Aber der Verkehr, der Erträge bringt, liebe Kolleginnen und Kollegen, findet nicht auf den S-Bahn-Strecken statt, sondern auf den anderen Strecken, und deshalb muß etwas geschehen.

(Erneute Zurufe von der SPD)

Es gibt einige Dinge, über die man sich einigen könnte, wie ich meine. Wir können auch über Lokomotiven sprechen. Vorhin hat jemand gefragt, was bei diesen vorgesehen ist. Ich will es Ihnen sagen: Ihre Zahl soll von 7 000 auf 5 500 reduziert werden, die Zahl der Güterwagen von 280 000 auf 230 000, die der Reisezugwagen von 15 000 auf 12 000. Das alles ist in diesem Unternehmenskonzept für die Bahn enthalten.

Es gibt aber auch externe Prämissen, die abgesprochen sind; das muß unser Verkehrsminister auch wissen. Es gibt etwa die Prämisse, daß der Bund den Zinsendienst in Höhe von 1 Milliarde DM für einen Teil neuer Schulden in Höhe von 12 Milliarden DM zusätzlich übernimmt, es gibt die Prämisse, daß
(B) der Bund bei den Neubau- und den Ausbaustrecken ergebnisneutral den Streckenausbau finanziert und daß dies nicht die Bundesbahn tun soll. Allerdings gibt es auch die Prämisse, daß die übrigen Bundesleistungen bei 13,3 Milliarden DM plafondiert werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen Satz sagen zu einem Punkt, der überhaupt noch nicht zur Diskussion gelangt ist. Diese ganzen Rationalisierungsdinge, die gelaufen sind und auch in Zukunft laufen, werden in erster Linie auf dem Rücken von Eisenbahnern durchgeführt, von Leuten, die sehr fleißig einen schwierigen und verantwortungsvollen Dienst tun.

(Zustimmung bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben in unserem Lande Eisenbahner, deren Leistungsfähigkeit und Leistungswille ohne Beispiel sind; ich könnte Ihnen, wenn meine Redezeit nicht zu Ende ginge, dazu auch Zahlen nennen, welcher Anteil an Einnahmen hier erbracht wird. Deshalb meine ich, wir alle hätten, wenn sich die Zahl der Arbeitnehmer im Bereich der Bahn schon verringert, gegenüber denen, die bei uns im Lande tätig sind, eine gemeinsame Verantwortung, nämlich dafür zu kämpfen, daß beispielsweise die beiden Bundesbahnausbesserungswerke, die an der Spitze der Leistungsfähigkeit stehen, auch bestehenbleiben; denn sonst wird nämlich Leistung zur Farce!

(Aigner SPD: Wenn die Bahn nicht mehr da ist, dann brauchen wir diese Ausbesserungswerke auch nicht mehr! Das ist doch die Sorge, die wir haben! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Moment! Lieber Kollege Aigner, wir brauchen nicht darüber zu streiten, welchen Wert Strecken haben. Nur wissen Sie auch, daß 80 % der Leistung auf 40 % der Strecken erbracht wird und daß auf diesen 40 % der Strecken die Reparaturen anfallen. Sie müssen wissen, daß wir in Nordrhein-Westfalen im Versand 40 % des Warenladeverkehrs erbringen, während wir im Empfang 30 % erbringen. Wenn dann noch leistungsfähige Werke dazukommen, kann man nicht sagen, wenn die Bahn nicht mehr da sei, gebe es das nicht mehr. Für mich muß es diese Werke in Zukunft geben!

Ich darf noch eines zum Verfahren sagen, Herr Minister: Sie haben sich zum "Forum Bundesbahnkonzept" geäußert. Das kann man machen: Den vereinigten Sachverstand kann man sammeln. Die Entscheidung aber fällt im Fachausschuß und im Parlament!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Winkels: Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abg. Kröhan das Wort.

Kröhan SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mit großem Interesse den Ausführungen meiner Vorredner, insbesondere von der Fraktion der CDU, zugehört. Ich kann feststellen, daß an und für sich beide Fraktionen in ihrer Beurteilung des Dollinger-Papiers und in der Grundauffassung darüber, was auf Grund dieses Papiers zu tun ist, nicht weit voneinander entfernt sind.

Liebe Freunde von der CDU - ich sage das einmal so -, wenn Sie immer auf 13 Jahre Hinterlassenschaft der sozial-liberalen Koalition verweisen, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß wir im Lande Nordrhein-Westfalen gemeinsam viele Dinge verabschiedet haben, die verhinderten, daß in der damaligen Zeit Streckenstillegungen erforderlich wurden. Das geschah sicherlich zu Recht, und insofern sitzen wir in einem

(Kröhan SPD)

A) Boot und sollten nicht immer an die Vergangenheit erinnern. - Im übrigen steht heute das Dollinger-Papier auf dem Prüfstand, nicht die 13 Jahre der Koalition.

Meine Damen und Herren, wir gingen, als wir diese Aktuelle Stunde beantragten, davon aus, einmal zu erfragen, welche Auswirkungen das Dollinger-Papier auf die künftige Verkehrspolitik dieses Landes hat. Vor allen Dingen wollten wir uns vor der Öffentlichkeit erkundigen, wohin denn die Reise gehen soll.

Ich will mich nicht zu der Stillegung von 7 000 Streckenkilometern im ländlichen Raum äußern; das haben meine Vorredner schon getan. Vielmehr habe ich die ernsthafte Sorge - das sage ich mit allem Nachdruck -, daß das neue Bundesbahnkonzept nur die Spitze eines Eisbergs ist und daß uns das von der Bundesregierung vorzulegende verkehrspolitische Gesamtkonzept noch manche schlaflose Nacht bereiten wird. Was Herr Dollinger heute als Bundesbahnkonzept vorgelegt hat, war nur ein Anfang. Diesen Anfängen wollen wir wehren.

Ich befürchte, daß nicht nur neue S-Bahn-Strecken wie im Köln-Bonner Raum, nicht nur neue Verkehrsverbünde wie der Verkehrsverbund Rhein-Sieg auf Grund der finanzpolitischen Vorgaben des Bundes nicht mehr machbar sein werden. Vielmehr nehme ich an, daß in einer zweiten Stufe auch bestehende Ausbau- und Durchführungsverträge oder
B) auch Verbundverträge einseitig aufgekündigt werden, um eine andere Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden herzustellen.

(Aigner SPD: Genau das ist die Sache!)

Wenn dies der Fall sein sollte, dann könnten wir heute schon unser nordrhein-westfälisches Verkehrskonzept, das wir in den vergangenen Jahren gemeinsam erarbeitet und getragen, das wir gemeinsam "auf die Schiene gebracht" haben, begraben.

Als sozialdemokratische Fraktion können wir es nicht hinnehmen, daß sich der Bund aus seiner Verantwortung für die Deutsche Bundesbahn selbst entläßt. Das haben wir jahrelang erklärt, jahrelang praktiziert, und dazu stehen wir auch heute, vor allen Dingen dann, wenn die Bundesbahn ihre Kosten auf das Land, damit letzten Endes auf die Gemeinden oder gar auf den einzelnen Fahrgast abwälzen will.

Hier muß die Frage erlaubt sein: Was ist dem Bund eigentlich der öffentliche Nahverkehr noch wert? Er ist umweltfreundlich, ist energiesparend und verkehrssicher. Diesen Nahverkehr kann man nicht nur nach gesamtwirtschaftlichen Maßstäben messen; hier muß vielmehr gesamtwirtschaftlich und gesellschaftspolitisch gedacht werden! (C)

Meine Damen und Herren, die Bundesbahn spielt nach wie vor eine Schlüsselrolle im öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere in den Ballungsräumen. Wer von Mobilität der Arbeitnehmer spricht, muß auch dafür Sorge tragen, daß diese Mobilität ermöglicht wird.

Es hat in der Vergangenheit bei der Bundesbahn so manches Konzept gegeben - ich will das gar nicht bestreiten -, und alle diese Konzepte hatten eines gemeinsam: daß sie einseitig den Bund entlasten und die Lasten auf die Länder und die Gemeinden verteilen wollten. Ich bin sehr dankbar, Herr Abg. Köhler, daß Sie gesagt haben: Alle diese Maßnahmen sind ja auf dem Rücken der Bahner ausgetragen worden, die darunter leiden und die die Lasten tragen mußten.

Ich glaube, daß wir in der Vergangenheit richtig gehandelt haben, indem wir gemeinsam diese Pläne abgewehrt haben. Ich fordere Sie daher auf, meine Kollegen von der CDU-Fraktion, gemeinsam mit uns dieses Konzept und das, was noch von der Bundesregierung erscheinen soll, zu verhindern, damit die in Nordrhein-Westfalen gemeinsam eingeleitete Entwicklung eines wirkungsvollen und leistungsfähigen Nahverkehrskonzeptes nicht zum Stillstand kommt. (D)

Wir sollten auch gemeinsam dieses Bundesbahn-Verkehrsforum - das Sie, Herr Minister, angeregt haben - wieder zum Leben erwekken, damit aus dem olympiageschädigten Nordrhein-Westfalen nicht noch ein Dollinger-geschädigtes Nordrhein-Westfalen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Winkels: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Wahl eines Mitglieds des Landesrechnungshofs

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 9/2977

Der gemeinsame Wahlvorschlag beider Fraktionen liegt Ihnen mit der genannten Drucksache vor. Wird das Wort dazu gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsident Winkels)

(A) Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 9/2977 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Gesetzliche Regelung für das Kabelpilotprojekt Dortmund

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 9/634

Beschlußempfehlung des Hauptausschusses
Drucksache 9/1969

in Verbindung damit:

Gesetz über die Durchführung eines Modellversuchs mit Breitbandkabel (Kabelversuchsgesetz NW - KabVersG NW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 9/1772

Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses
Drucksache 9/2990
zweite Lesung

Über die genannten Drucksachen hinaus erhielten Sie mit Drucksache 9/2998 einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD, den ich in die Beratung einbeziehe.

(B)

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Büssow für die Fraktion der SPD das Wort.

Büssow SPD: Meine Damen und Herren! Auch für die, die jetzt hier hinausgehen: Wir beschäftigen uns jetzt mit einem Thema, das sich mit den Zukunftsfragen unserer Gesellschaft befaßt. Wir beraten in zweiter Lesung das Kabelpilotprojekt Dortmund, und wir stehen im Grunde genommen an der Schwelle - wenn ich das einmal so sagen darf - der telematischen Gesellschaft. Wir haben hier schon über Bildschirmtext, über Kommunikationssysteme geschäftlicher und individueller Art gesprochen, und wir haben es heute mit Massenkommunikation zu tun.

Vielleicht erlauben Sie mir noch eine Sekunde der Besinnung, bevor wir uns mit den Inhalten beschäftigen. Günther Anders hat vor 27 Jahren seinen philosophischen Betrachtungen über Rundfunk und Fernsehen, nämlich in seinem Hauptwerk "Die Antiquiertheit des Menschen", einen Gedanken aus den "Kindergeschichten" vorangestellt. Er lautete so:

> Da es dem König aber wenig gefiel, daß sein Sohn, die kontrollierten Straßen verlassend, sich querfeldein einfach umtrieb, um sich selbst ein Urteil über die Welt zu bilden, schenkte er ihm einen Wagen und ein Pferd. "Nun brauchst du nicht mehr zu Fuß gehen", waren seine Worte. "Nun darfst du es nicht mehr", war sein Sinn - "Nun kannst du es nicht mehr" seine Wirkung.

(C

Meine Damen und Herren, wie sehr das Fernsehen unsere eigene Lebensgeschichte, unser Lebensgefühl und unsere soziale Wahrnehmung beeinflußt und geprägt hat, ist uns kaum bewußt. Bis in die Sitzordnung unserer Wohnzimmer hinein veränderte das Fernsehen unsere private Sphäre.

Der Wohnzimmertisch, um den herum man saß und sich unterhielt, wich der Fernsehtruhe. Der Fernseher wurde zum sozialen Symptommöbel oder, um es noch einmal mit Günther Anders auszudrücken, zum "negativen Familientisch": nicht den gemeinsamen Mittelpunkt lieferte er; vielmehr ersetzte er diesen durch den gemeinsamen Fluchtpunkt der Familie.

Über mindestens drei, wenn nicht bereits fünf Kanäle werden uns die Ereignisse ins Haus geliefert. Wir brauchen nicht mehr zu den Ereignissen hinzugehen; sie kommen zu uns. Die Welt spricht uns an, ohne daß wir sie selbst ansprechen können. Wir sind Lauscher und Seher von zugestellten Ereignissen, ohne selbst noch etwas ereignen zu können.

(D

Meine Damen und Herren! Die Nachricht selbst ist eine Ware geworden, die sich um so besser verkaufen läßt, je mehr die Reizschwelle gekitzelt wird. Diese Mechanismen kennen wir bereits bei der Presse. Sie sind auch in den elektronischen Medien öffentlich-rechtlicher Natur anzutreffen.

Zum Selbstzweck jedoch wird diese Wirkungsweise in kommerziell gesteuerten Medien. Die Medienlandschaft in den USA - wir konnten uns dies auf einer Reise anschauen - ist dafür ein "vielversprechendes" Beispiel.

Peter Sloterdigk hat in seinem Band zur Kritik der zynischen Vernunft ausgeführt:

> In unseren Köpfen ist längst eine Bewußtseinsform entstanden, die den Skandal als Lebensform und die Katastrophe als Hintergrundgeräusch hinzunehmen gelernt hat... Eine ungeheure Gleichzeitigkeit spannt sich in unserem informierten Bewußtsein aus. Hier wird gegessen, dort wird gestorben; hier wird gefoltert, dort trennen sich prominente Liebende; hier

(Büssow SPD)

werden die Nobelpreise für Chemie, Physik und den Frieden verliehen, dort weiß nur jeder zweite den Namen des Bundespräsidenten. Als Nachricht ist alles verfügbar: was Vordergrund ist, was Hintergrund, was wichtig, was unwichtig, was Trend, was Episode. Alles reiht sich ein in eine gleichförmige Linie, worin Gleichförmigkeit, auch Gleichwertigkeit und Gleichgültigkeit erzeugt wird. ... Wir leben in einer Welt, die die Dinge in falsche Gleichungen bringt: falsche Gleichförmigkeiten, falsche Gleichwertigkeiten zwischen allem und jedem werden hergestellt. Das führt zu einer geistigen Desintegration und Gleichgültigkeit, in der die Menschen die Fähigkeit verlieren, Richtiges und Falsches, Wichtiges und Unwichtiges, Produktives und Destruktives voneinander zu unterscheiden, weil sie eines für das andere zu nehmen gewohnt sind.

Mit meinen Worten: weil sie alles für ein und dasselbe halten.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, zu Beginn dieser Rede noch einmal kurz nachzudenken, noch einmal Atem zu holen, bevor wir diese Schwelle zur telematischen Gesellschaft, überschreiten werden. Was wir an sich brauchten, wäre eine Atempause, was wir brauchten, wäre ein Denkmoratorium, damit wir uns den schnellen Entwicklungen, mit denen wir konfrontiert sind, als Menschen überhaupt anpassen können.

Wir brauchten an sich die Ergebnisse der Kabelpilotprojekte, um sinnvollerweise auf der Grundlage dieser Ergebnisse entscheiden zu können. Aber: Ich weiß, die Verhältnisse in diesem Lande, die sind nicht so.

In Ihrem blinden Fortschrittsglauben, Herr Kollege Pohl - so kommt es mir gerade bei den Konservativen manchmal vor -, nennen Sie eine solche Haltung, wie ich sie gerade beschrieben habe, "Technikblockade". Was für ein Menschenbild, Herr Kollege!

(Zuruf von der CDU)

Die Blockade haben Sie weiß Gott aufgehoben; der Postminister betreibt am Rande der Verfassung Medienpolitik. Wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie Ihre Macht so auszuüben gewillt sind. Sie verkabeln die Republik. Sie müssen die Kabel voll mit Programmen belegen, damit sie sich überhaupt rechnen.

Diese Fragen, die ich gerade angeschnitten habe, sind und sollen Leitlinien des Dortmunder Versuches sein; sie sind die Philosophie des Dortmunder Kabelpilotversuches.

Nicht alles, was machbar ist, muß getan werden, meine Damen und Herren. Das, was gemacht wird, soll einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Am 1. Januar 1984 wird in Ludwigshafen das Projekt der rheinland-pfälzischen Landesregierung gestartet werden. Dies wird der Test sein, wie kommerzielle Anbieter Fernsehprogramme machen werden. In München soll ähnliches stattfinden, zwar auch unter einem öffentlich-rechtlichen Dach, aber unter diesem Dach werden private Anbieter ihre Fähigkeiten der Welt zeigen wollen.

Es gibt Schwierigkeiten bei den Anmeldungen in Luswigshafen wie auch in München. In Ludwigshafen ist man gerade bei 3 000 bis 4 000 Teilnehmern angekommen, obwohl man 30 000 haben möchte. In München sieht es ähnlich aus.

Dortmund dagegen, meine Damen und Herren, ist ein öffentlich-rechtlicher Versuch. Das ist nicht nur eine Worthülse, sondern die Landesrundfunkanstalt von Nordrhein-Westfalen, der WDR, wird der Träger des Versuches sein: kein Trojanisches Pferd, sondern die Landesrundfunkanstalt WDR und das ZDF.

In die Änderungsanträge der SPD-Fraktion sind wesentliche Aspekte der medienpolitischen Debatte in der Bundesrepublik der letzten eineinhalb Jahre eingeflossen, die zum Zeitpunkt des Regierungsentwurfes noch nicht gesehen werden konnten. Deswegen unterstellen Sie bitte keinen Dissens zwischen der Fraktion, die diese Regierung trägt, und der Landesregierung, sondern wir haben diese Debatte aufgenommen. Aus Verfahrensgründen mußten wir mit Änderungsanträgen arbeiten.

Das Ziel des Modellversuches umschreibt der § 1: Nutzungsmöglichkeiten und Wirkungen bei der Nutzung auf den einzelnen, die Familie und auf das gesellschaftliche Leben, auf die bestehende Medienstruktur - Presse und Film -, auf die bestehende Wirtschaftsstruktur und auf die künftigen Informationsbeziehungen hinsichtlich neuer Organisations- und Finanzformen. Wir haben in § 1 Abs. 5 auch festgelegt, daß privaten Dritten keine Sendezeiten für eigenverantwortliche Beiträge überlassen werden. Wir wollten damit in Nordrhein-Westfalen eine andere Versuchsanordnung haben, als sie in Ludwigshafen und in München geplant ist. Wir wollen testen, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich angesichts neuer Übertragungstechniken weiterentwickeln kann. Wir wollen keine Verdoppelung dessen haben, was in Ludwigshafen, in München und auch in Berlin geschieht. Wir hielten es für eine Verschleuderung von Steuergeldern,

(Zustimmung bei der SPD)

(Büssow SPD)

(A) wenn wir nicht zu unterschiedlichen Erkenntnissen kämen, um nachher Unterschiedliches miteinander vergleichen zu können.

Daß wir keine privaten Dritten zulassen, bedeutet ja in Concreto, daß wir keine Verleger in den Dortmunder Versuch lassen. Damit aber andererseits die Presse nicht ökonomisch geschwächt oder in eine Konkurrenz gedrängt wird, wird dieser Versuch ohne Werbung stattfinden. Wir folgen damit im Grunde der EKM-Kommission, nämlich der Kommission, die den baden-württembergischen Ministerpräsidenten beraten hat. Sie hat für die lokalen Versuchsprogramme ebenfalls keine Werbung vorgeschlagen - eben aus den Schutzgründen gegenüber der Presse, die ich angedeutet habe.

Wir wollen in Dortmund testen, ob nicht durch öffentlich-rechtlichen lokalen Rundfunk so etwas wie ein publizistischer Wettbewerb zwischen den elektronischen Medien in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft und der privatverfaßten Presse entstehen kann.

Meine Damen und Herren, Sie von der CDU sind doch immer für Wettbewerb, höre ich; Sie sind für Marktwirtschaft. Also unterstützen Sie gerade diesen Gesichtspunkt, damit wir eine Wettbewerbssituation publizistischer Art zwischen Rundfunk auf der einen Seite und Zeitungen auf der anderen Seite erhalten! Denn es kann nur im Interesse des Bürgers liegen, wenn er sich aus mehreren unabhängigen Ouellen informieren (B) kann, um sich seine Meinung über den lokalen Nahbereich bilden zu können.

(Beifall bei der SPD - Wendzinski SPD: Das ist Freiheit im Sinne des Bürgers!)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollen die Presse in den Versuch hineinnehmen. Sie zeigen uns das in Ludwigshafen und in den anderen Versuchsbereichen. Die Presse soll dort lokalen Rundfunk selbst betreiben - natürlich mit Werbung; denn wie sonst soll man es finanzieren? Damit ist eine Tendenz in diesem System angelegt, die beispielsweise in den USA und England verboten ist, nämlich die Tendenz, daß es zu publizistischen Doppelmonopolen kommt. Die Presse, die einen Markt beherrscht oder ihn sich mit einem weiteren Anbieter teilt, würde zugleich auf dem Markt "Rundfunk" präsent sein. Publizistische Doppelmonopole oder Oligopole würden sich herausbilden und nach meiner Auffassung Artikel 5 des Grundgesetzes, nämlich die Informations- und Meinungsfreiheit, erheblich beschneiden und tangieren. Es wäre um unsere Informations- und Meinungsfreiheit arg bestellt, wenn diese Entwicklung in der Bundesrepublik greifen (C könnte, die selbst in den USA, wie gesagt, Herr Morgenstern, nicht zugelassen ist.

Die Kehrseite des Verbots der Teilnahme von privaten Dritten - ich sagte es - ist gleichzeitig das Verbot der lokalen Werbung zum Schutz der örtlichen Presse. Ich glaube, die Presse braucht nicht zu befürchten, daß sie in eine ökonomisch schwierige Situation gerät.

Das Versuchsgebiet, meine Damen und Herren, umfaßt 30 000 Haushalte. In der Berichterstattung ist das immer ein bißchen mißverständlich aufgenommen worden. Dieses ist eine räumliche oder geographische Kategorie, wenn Sie so wollen. Es werden m i n d e s t e n s 30 000 Haushalte verkabelt. Wir haben diese Zahl aufgelockert. Es können auch mehr Haushalte verkabelt werden. Aber Versuchsteilnehmer sollen nur 10 000 sein. Diese 10 000 bekommen auf Antrag einen Zuschuß aus Landesmitteln. Das wird mit dem uns vorliegenden Gesetzentwurf festgelegt.

Die Teilnahme, meine Damen und Herren, ist freiwillig. Allein die Entscheidung von Dortmunder Bürgern, am Kabelversuch teilzunehmen, ist ja schon ein Test an sich, nämlich ob die Bürger bereit sind, die entsprechenden Kosten aufzubringen.

6,-- DM im Monat als Kabelgebühr, 2,50 DM für den Konverter, damit man mehrere Programme verteilen kann, 7,-- bis 8,-- DM (D Grundgebühr für die Angebote des ZDF und des WDR, das sind ungefähr 16,50 DM, und dann kommen noch die Spartenprogramme dazu, für die man extra bezahlen muß. Innerhalb einer Subskriptionsfrist wird der Anschluß für 125,-- DM angeboten, später für 250,-- DM - alles noch subventionierte Preise! Für den Konverter muß man einmalig 200,-- DM bezahlen und für den Hausanschluß vom Übergabepunkt aus je nach häuslichen Verhältnissen 300,-- bis 600,-- DM. Das ist eine Stange Geld, das wissen wir. Deswegen ist es auch eben ein Test, ob die Bürger für mehr Programme bereit sind, so viel Geld auszugeben.

Ich sagte, die Teilnahme ist freiwillig, anders als in Ludwigshafen. Dort werden Überlegungen angestellt, ob es nicht einen Kabelanschlußzwang geben kann. Es gibt eine umfangreiche Korrespondenz zwischen der Staatskanzlei in Ludwigshafen und dem Bundespostministerium, wie wir aus der Presse entnehmen konnten, und letzte Klärung scheint mir da noch nicht erfolgt zu sein. Jedenfalls: Zweifel sind erlaubt.

(Büssow SPD)

A) Dann will ich mal etwas zum Freiheitsbegriff sagen. Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren von der Opposition, insbesondere Ihre Vertreter in Bonn - - Ich meine nicht Sie hier: Wir haben sehr faire Auseinandersetzungen und Beratungen im Ausschuß gehabt. Das soll auch unterstrichen werden, obwohl wir in Grundsatzfragen unterschiedlicher Auffassung waren. Auch das darf einmal hier in der Vorweihnachtszeit gesagt werden.

(Zuruf von der CDU: Nicht nur! - Weitere Zurufe)

Ich glaube, daß Sie den Freiheitsbegriff relativ einseitig aufgenommen haben; denn Sie verstehen darunter vor allen Dingen Gewerbefreiheit. So werden beispielsweise in der Bundesregierung Schritte für ein Antennenverbot überlegt. Die Post wirbt damit: "Gehen Sie ans Kabel! Die häßlichen Antennen fallen weg!" Oder es wird überlegt, daß über die Kabelanschlüsse Wohnwertsteigerungen erfolgen und man dann die Kabelinvestition von der Post auf einkommensschwache Familien, auf Sozialmieter abwälzen kann, damit diese die Investitionen der Bundespost finanzieren. Das alles sind Überlegungen, die im Augenblick im Rahmen der Bundesregierung angestellt werden. Da kann ich nur mit Peter Paterna, meinem Kollegen in der SPD-Bundestagsfraktion sagen: "Ein schönes Freiheitsverständnis, was Sie da haben! Sie wollen die Bürger zwangsbeglücken!"

B) (Zustimmung bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Büssow SPD: Ja, aber bitte ziehen Sie mir das ab. Ich habe hier noch vieles vorzutragen; sonst werde ich das nicht los!)

- Also Herr Linssen, bitte!

Dr. Linssen CDU: Herr Kollege, haben Sie ähnliche Bedenken hinsichtlich der Einschränkung der Freiheit, wenn Sie an den Fernwärmebenutzungszwang denken, der in Westfalen von Ihnen noch eingeführt werden soll?

(Beifall bei der CDU)

Büssow SPD: Ich bin sehr dankbar dafür, daß diese Frage ins Protokoll kommt. Angesichts des Sterbens unserer Wälder hier eine solche Frage zu stellen, das finde ich beschämend.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Das ist der gleiche Freiheitsbegriff, wie ihn der ADAC bei der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen geäußert hat: Freie Fahrt für freie Bürger! Das nenne ich Zynismus. (C)

(Beifall bei der SPD)

Zurück zu Dortmund! Akzeptanztests, wer ans Kabel geht, das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, daß wir die Universität Dortmund mit einer Stichleitung in das Kabelpilotprojekt hereinnehmen wollen und daß auch Stichleitungen zu verschiedenen Stadtteilen innerhalb von Dortmund gelegt werden, damit dort nämlich die Angebote, die im Kabelpilotprojekt laufen, von der Dortmunder Bevölkerung auch wahrgenommen werden können. Ich möchte das mal mit dem Begriff sagen, der bei der Anhörung gefallen ist: daß das Kabelpilotprojekt ein "kommunales Ereignis" für die Stadt Dortmund und ihre Bürger wird.

Zur wissenschaftlichen Begleitung: Hier geht es uns vor allen Dingen um die Belange des Datenschutzes, die Kosten der Finanzierung und der Organisation des Kabelpilotprojekts sowie natürlich um die Auswirkungen auf Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

Wir haben bei den Beratungen die Rückkanaltechnik wieder in das Gesetz aufgenommen. Wir haben eine sehr faire Beratung mit der CDU in dieser Frage gehabt: Bisher hatten wir aus Kostengründen auf den Rückkanel verzichtet. Es stellte sich dann heraus, daß dies keine Kostenfrage ist. Aber wir lassen über den Rückkanal keine politischen Meinungsabstimmungen und -befragungen zu - wir haben die Diskussion schon einmal im Rahmen des Bildschirmtext-Staatsvertrages gehabt -, weil wir die kommunalen Gebietskörperschaften nicht über telematische Plebiszite unter Druck setzen lassen wollen, da wir immer noch die respräsentative Demokratie - wenigstens in diesem Hause - bejahen. (D)

Der WDR wird ein lokales Hörfunkprogramm anbieten, ein lokales Fernsehprogramm, einen Offenen Kanal für Hörfunk, einen Offenen Kanal für Fernsehen und Spartenprogramme. Später wirden alle Dritten Programme in das Kabelpilotprojekt eingespeist werden.

Der rundfunkpolitisch interessanteste Versuch läuft meines Erachtens in dem Bereich von Sendern kleiner Leistung. Hier wird im UKW-Bereich zwischen 100 und 104 MHz ein Sender mit geringer Leistung ein Hörfunkprogramm für alle Dortmunder Bürger drahtlos ausstrahlen, um diese an der Neuerung dieser

(Büssow SPD)

(A) Technik teilhaben zu lassen. Das ist ein sehr interessantes Experiment. Herr Albrecht in Niedersachsen macht es anders mit den freien Frequenzen; er stellt sie den Verlegern zur Verfügung. Ich könnte mir für Nordrhein-Westfalen eine Entwicklung vorstellen, daß wir in mehrern Großstadtbereichen Sender mit kleiner Leistung haben, durch die über den lokalen Nahbereich dem Bürger direkt Informationen zugetragen werden. Das wollen wir in Dortmund anfangen. Ich kann mir aber vorstellen, daß man dies auch vor 1985 noch in anderen Städten versuchen könnte.

Ein weiterer interessanter Aspekt ist im selben Paragraphen angesprochen, daß Eigenbeiträgen nicht erwerbswirtschaftlich orientierter Dritter - also freier Radiomacher - Sendezeiten eingeräumt werden - von mir aus in der Zeit von 20.00 bis 23.00 Uhr; das Gesetz macht es möglich -,in denen Bürger selbst Programme machen können. Dies ist die höchste Form der Bürgerbeteiligung, die man sich überhaupt vorstellen kann, nämlich daß Bürger sich selbst artikulieren können. Ich möchte das mit einem Zitat unterstreichen; vielleicht kennen es einige von Ihnen, wenn ich es verlese:

> Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem. Das hieße, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen, (B) ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen. Der Rundfunk müßte demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren. Deshalb sind alle Bestrebungen des Rundfunks, öffentlichen Angelegenheiten auch wirklich den Charakter der Öffentlichkeit zu verleihen, absolut positiv.

Na, wer war's? - Bertolt Brecht in seiner "Radiotheorie" von 1927 bis 1932. Das ZDF wird zeitversetzte und Versuchsprogramme in dieser Zeit anbieten. Wir haben einen Projektbeirat und eine Mitwirkungsmöglichkeit geschaffen, wo die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und auch die Teilnehmer selbst Einfluß auf den Programmablauf nehmen, wo sie sich beteiligen können. Wir haben, glaube ich, ein sehr schönes System von "check and balance" erreicht, daß nämlich einerseits die Gremien des WDR, Rundfunkrat und Verwaltungsrat, in ihren Generalkompetenzen nicht beschnitten werden, während wir andererseits eine Detailkompetenz für die Gremien vor Ort haben, wo die Bürger ihre Vorstellungen einbringen können.

Der Offene Kanal - das ist klar - ist einer (C der interessantesten Versuche, die wir hier machen. Die Ausgewogenheit wird sich - dies ist vielleicht ein Problem - dadurch herstellen lassen, daß alle Dortmunder Bürger hieran teilnehmen können. In der "Welt am Sonntag" stand ein netter Artikel über: "Bhagwan darf, die Verleger nicht." Ich will diesen Schnickschnack hier nicht weiter behandeln. Aber richtig ist - wenn ich das in Richtung der Springer-Presse sagen darf -, daß ich gern verhindern würde, daß Springer in der Bundesrepublik jemals eine "Tagesschau" in die Hand bekäme. Insoweit bin ich allerdings richtig verstanden worden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch auf einen anderen Paragraphen hinweisen, den ich für sehr wichtig halte; das ist § 5: Nutzung neuer Informations- und Kommunikationsdienste. Mit diesem § 5 wollen wir die Voraussetzung dafür schaffen, daß auch die geschäftliche Datenkommunikation und die geschäftliche Kommunikation generell ermöglicht werden. Sie werfen uns immer Technologiefeindlichkeit vor. Hier haben wir die Grundlage für einen industriepolitischen Versuch gesetzt. Jetzt liegt es an der Deutschen Bundespost, an Herrn Schwarz-Schilling, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir diesen Technologieversuch auch in Dortmund machen können. Ich finde es unverschämt, daß der Bundespostminister die Interessen von Nordrhein-Westfalen ignoriert. Der Minister sagt ja zur flächendeckenden Verkabelung von Stuttgart mit (D Glasfaser, aber die vielfältigen Bitten der Landesregierung und auch aus diesem Hause, in Dortmund Glasfaser zu verlegen, sind ignoriert worden. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung als CDU dieses Landes; hier müssen wir nämlich die Interessen von Nordrhein-Westfalen vertreten.

> (Zustimmung bei der SPD - Geismann CDU: Ihre Bitten kommen zu spät!)

Denn es geht darum: Ein ungeheures Rationalisierungspotential liegt in diesen Kommunikationstechniken. Wir müssen die neuen Techniken auf den Prüfstand der Gesellschaft stellen. Wir müssen prüfen, was wir davon übernehmen können. Wir müssen entscheiden und wägen, was wir nicht einführen wollen. Ich habe den Eindruck, daß die Entscheidungen, um die es hier geht, schleichend unterhalb des gesellschaftlichen Bewußtseins eingeführt werden sollen und daß wir dann nur noch mit den Auswirkungen, nämlich der Arbeitslosigkeit, konfrontiert sind. - Nein, vorher müssen wir darüber eine gesellschaftspolitische Debatte führen.

(Büssow SPD)

A) Ich möchte hierzu das Konsensparadigma von Herrn Biedenkopf aufgreifen. Wenn nämlich die neuen Techniken von den Menschen nur als Arbeitsplatzzerstörung erlebt werden, dann werden die Menschen gegenüber wirtschaftlichen Entscheidungen ihre Zustimmung verweigern. Deswegen brauchen wir diese Debatte vorher.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den - ich würde sagen - modernsten Datenschutz in der Bundesrepublik in diesem Gesetz verankert. Das haben uns Datenschutzexperten auf Bund- und Länderebene bestätigt. Wir danken Herrn Dr. Weyer, dem Datenschutzbeauftragten der Landes Nordrhein-Westfalen, besonders dafür, daß er uns dabei geholfen hat - er ist auch heute hier anwesend -, so daß wir eine wirklich vernünftige Datenschutzregelung bekommen haben, die, wie ich glaube, für die nächsten Jahre wegweisend in der Bundesrepublik sein kann.

Ein kurzes Argument noch zum "Ermächtigungsgesetz", was Sie uns immer vorwerfen. Dies ist kein "Ermächtigungsgesetz". Wir arbeiten hier mit Rechtsverordnungen. Wir wollen für die Dauer des Versuches flexibel sein, um ihn praktikabel zu gestalten. Was aber die Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts angeht, daß der Gesetzgeber die Kriterien, die Inhalte für die Verordnungen im Gesetz festlegt, das passiert hier an allen Stellen.

B) Meine Damen und Herren! Als Letztes möchte ich aus aktuellem Anlaß noch folgendes sagen. - Meine Redezeit ist beendet. Wenn Sie mir noch etwas dazugeben wollten - -

Präsident van Nes Ziegler: Sie haben schon vier Minuten mehr. Sie wissen gar nicht, wie großzügig wir hier sind.

Büssow SPD: Es ist aber auch ein wichtiges Gesetz, Herr Präsident.

Präsident van Nes Ziegler: Dann bitte ich aber, unsere Signale zu beachten.

Büssow SPD: Ich fasse zusammen.

Ich will aus gegebenem Anlaß eines sagen. Ein Mann, den man in Nordrhein-Westfalen nicht so gut kennt und der hier ins Gerede kommen will, will ein Volksbegehren machen. Sie von der CDU - Herr Kollege Worms ist im Augenblick leider nicht da - haben gesagt: Das ist eine ganz gute Idee; das ist immer schon unsere Auffassung gewesen. Ihnen von der CDU will ich sagen: Wenn Sie etwas anderes machen wollen, dann legen Sie ein Gesetz in diesem Hause vor. Dann beraten wir darüber, wie Sie sich das vorstellen. (C)

(Spellerberg CDU: Wer hat denn die Mehrheit?)

Aber außerhalb des Parlamentes irgendwelche Turnübungen zu veranstalten, um vielleicht einen Juniorpartner hereinzubringen, dazu gebe ich Ihnen zu bedenken: Passen Sie auf, daß Sie nicht selbst über solche Veranstaltungen stolpern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Dortmund wird aus medienpolitischer Sicht - das ist mein Schlußsatz, Herr Präsident - Maßstäbe für die Rundfunkfreiheit in unserem Lande setzen; denn man wird nicht nur Dortmund mit Ludwigshafen vergleichen, sondern vor allem werden Ludwigshafen, München und Berlin mit Dortmund verglichen werden.

(Beifall bei der SPD)

Denn hierin liegt ein Stück der medienpolitischen Bedeutung des Kabelpilotprojektes unseres Landes. Als Gesetzgeber haben wir alle Voraussetzungen für einen freien, unabhängigen, liberalen Rundfunk geschaffen. Jetzt sind es die Redakteure und die Mitarbeiter des WDR, die für die Existenzsicherung und die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einen wichtigen Beitrag leisten können. Dafür wünsche ich viel Glück. (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Geismann von der Fraktion der CDU!

Geismann CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn keine lyrische Nostalgie-Rede halten, wie es Herr Kollege Büssow getan hat. Er beklagt zunächst, daß die Ergebnisse noch nicht vorliegen. Darüber unterhalten wir uns seit Jahren: daß wir endlich Ergebnisse auf den Tisch kriegen. Dann spricht er von Fortschrittsglauben. Dazu gab es 1970 eine große Debatte. Wir sollten uns, wenn wir über dieses Gesetz beraten, lieber realistisch über die Zukunftsprobleme in unserem Lande unterhalten und über das sprechen, was die Menschen hier an Rhein und Ruhr wollen und brauchen.

Es wird eine Entgegnung von Herrn Dr. Pohl auf das geben, was Kollege Büssow gesagt

(Geismann CDU)

(A) hat. Ich glaube, daß auch der Herr Ministerpräsident noch manche Einzelheiten hier klarstellen wird; das habe ich an seinen Zwischenbemerkungen festgestellt.

Ich möchte Ihnen vortragen, wie die CDU die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes sieht, wie sie den Gang der Dinge seit 1980 beurteilt, als wir die gesetzliche Regelung über das Kabelpilotprojekt Dortmund verlangt haben. Seitdem sind dreieinhalb Jahre vergangen. Mehr als zwei Jahre nach unserem Antrag legte die Landesregierung mit der Drucksache 9/1772 ihren Gesetzentwurf über die Durchführung eines Modellversuches mit Breitbandkabel in Dortmund dem Landtag vor.

(Spellerberg CDU: Viel zu spät!)

Jeder weiß, meine Damen und Herren, daß das Sprichwort "Was lange währt, wird endlich gut" in vielen Fällen stimmt. Genauso gut hat jeder von uns auch wiederholt erfahren, daß dieses Sprichwort nicht immer zutrifft. Die Landesregierung kann für sich in Anspruch nehmen, in diesem Hause für zahlreiche Ausnahmen von diesem Sprichwort gesorgt zu haben. Und eines der besten Beispiele dafür ist das Gesetz, das wir hier und heute beraten.

Wenn man sich nämlich einmal vor Augen hält, von welcher medienpolitischen und medienrechtlichen Situation die Landesregierung bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes ausgehen mußte und was dann letztendlich bei der sehr mühevollen Arbeit herausgekommen ist, fragt man sich wirklich, warum das so lange gedauert hat. Herr Kollege Büssow hat das beklagt; er hat Rheinland-Pfalz angeführt. Nur, da läuft die Sache seit einer Woche, und wir an Rhein und Ruhr, wo die Technik zu Hause war und sein müßte, müssen die zu lange hingezogenen Verhandlungen anführen und feststellen, daß wir nicht so weit sind wie Rheinland-Pfalz.

(B)

Meine Damen und Herren, ich will hier nicht noch einmal im einzelnen auf die insbesondere verfassungsrechtlichen Grundlagen eingehen, die für die Gestaltung und Fortentwicklung der Medienlandschaft und damit gerade für das Kabelpilotprojekt in Dortmund von ganz entscheidender Bedeutung waren und sind. Dies hat mein Kollege Elfring, dem ich von hier aus herzliche Genesungswünsche sagen darf - ich hoffe, in aller Namen -,

(Beifall)

bereits in seiner Rede zur ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs am 1. Juli 1982 getan. Denn seitdem haben sich weder die medienpolitischen Notwendigkeiten noch vor allem die rechtlichen Grundlagen verändert. Oder wollen Sie, Herr Ministerpräsident, oder Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, bestreiten, daß Herr Professor Geiger, ehemals Bundesverfassungsrichter und einer der Väter des ersten Rundfunkurteils von 1961, auch heute noch recht hat, wenn er sagt, daß bereits in Pilotprojekten die verschiedenen Möglichkeiten der Struktur von künftigen Programmträgern realisiert werden müssen?

(C

Damit sind wir aber an einem ganz entscheidenden Punkt, an dem die Union die derzeitige Konzeption der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion dieses Hauses messen muß. Wenn von neuen Trägern die Rede ist, so können dies nur solche sein, die die seit Jahrzehnten bestehende Monostruktur im Rundfunk- und Fernsehbereich ergänzen und durch neue Formen der Organisation und vor allem Programmgestaltung das Angebot für den Bürger interessanter machen. Wenn ich über Programmgestaltung spreche, möchte ich hinzufügen, daß es vielen Sendungen des WDR, die immer trostloser werden, guttun würde, endlich eine fröhliche Konkurrenz zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, daß es für Sie, besonders für Sie von der SPD-Fraktion, einen schwierigen Umdenkungsprozeß bedeuten würde, sich vom öffentlich-rechtlichen Monopol zu lösen, kann ich gut verstehen. Ebenso gut verstehen kann ich, daß Sie von der Einsichtsfähigkeit Ihres Parteifreundes Börner einigermaßen erschüttert sind, der die Öffnung der Rundfunk- und Fernsehlandschaft auch für private Anbieter für erwägenswert, vielleicht sogar für notwendig erklärt hat. Gerade bei einem Pilotprojekt, das ja schon nach seinem Begriff Vorreiter und Test für Neues sein soll, hätte man erwarten können, daß Sie über Ihren eigenen medienpolitischen Schatten springen und die Fortschrittlichkeit beweisen, die Sie ständig als Plakat vor sich hertragen.

(D

Was ist statt dessen geschehen? Mit dem Modellversuch Ihrer Konzeption soll den Bürgern in Dortmund etwas ins Haus geliefert werden, was auf einem neuen Transportweg, nämlich Kabel statt Äther, und mit einigen neuen Zutaten - zum Beispiel Lokalfernsehen - eine altbekannte Mahlzeit vom selben Koch darstellt.

(Spellerberg CDU: So ist es.)

Ein Pilotprojekt bekommt aber erst dann einen Sinn, wenn man mit ihm testen kann, ob eine

(Geismann CDU)

A) neue "Mahlzeit" von der Bevölkerung gerade so, wie sie im Testgebiet lebt, auch akzeptiert wird. Zu Recht hat seinerzeit bereits der zitierte Professor Geiger gesagt, daß schon in einem Pilotprojekt Raum sein muß, das Programmm eines neuen Trägers zu profillieren und auszuformen, so daß ein unverwechselbarer Stil und Inhalt von den Programmempfängern getestet und gewürdigt werden kann.

Wir von der CDU-Fraktion haben daher versucht, mit unseren Anträgen eine Grundlage zu schaffen, um unter ganz bestimmten und klar fixierten Voraussetzungen auch neuen - nämlich privaten - Anbietern von Rundfunk- und Fernsehsendungen, die Möglichkeit zu geben, im Rahmen eines vom WDR, also eines öffentlich- rechtlichen Trägers, verantworteten Sendebetriebs dem Bürger ein Angebot zu unterbreiten. Unsere Ansicht war und ist es nicht, den Westdeutschen Rundfunk durch rein private Rundfunk- und Fernsehveranstalter zu ersetzen. Wir wollen lediglich die Vielfalt und damit die Attraktivität von Rundfunk und Fernsehen und seinen Gestaltungsmöglichkeiten durch eine weitere, nach unserer Auffassung sehr wesentliche Komponente ergänzen. Die Entscheidung, ob dies für die Zukunft zu einem dauernden Angebot werden kann, obliegt selbstverständlich allein dem Bürger. Nur muß er Gelegenheit bekommen, eine solche Entscheidung auch zu treffen. Wie kann er aber entscheiden, Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der SPD, wenn
B) Sie ihm von vornherein dazu gar keine Möglichkeit geben?

(Hardt CDU: Sehr richtig!)

Dieses Festhalten der SPD an überkommenen parteiinternen politischen Vorhaben verwundert um so mehr, als mit der Konzeption des Versuchs in Dortmund ein Tabu durchbrochen wird, das bisher als unerschütterlich galt.

Seit je war es nämlich die Maxime des Westdeutschen Rundfunks, die Domäne der lokalen Berichterstattung auf seiten der privaten Verleger nicht anzutasten. Mit dem, was der WDR in Dortmund künftig anbieten soll, wird jedoch eine direkte Konkurrenz zu der Art und den Inhalten lokaler Berichterstattung gebracht, die bisher nur den Zeitungen vor Ort vorbehalten war. Grundsätzlich ist dagegen auch gar nichts einzuwenden. Nur, wenn schon ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk das tut, so sollte man diejenigen, in deren Markt eingebrochen wird, wenigstens nicht außen vor lassen, sondern meiner Ansicht nach beteiligen.

(Hardt CDU: Sehr richtig! - Beifall bei der CDU)

Warum wird das für den Kabelversuch in Dortmund nicht getan und von der SPD als politisch undenkbare Konzeption apostrophiert, wenn auf der anderen Seite auch und gerade die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen mit anderen Bundesländern auf dem Gebiet des Satellitenrundfunks über die Beteiligung Privater verhandelt? Warum sind Sie in Dortmund nicht ebenso konsequent, wie man es hinter verschlossenen Türen auf dem Gebiet des Satellitenrundfunks ist? (C)

Nun gestatten Sie mir noch einen Gesichtspunkt zum Thema Werbung, über die schon viel gesprochen wurde! Seit einigen Jahren liegt ein Gutachten vor, welches von der alten Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, das sogenannte KtK-Nachfolgegutachten, in dem der alten Bundesregierung mit auf den Weg gegeben wurde, daß Pilotprojekte kein schonendes Design zu haben brauchen. Das bedeutet doch im Klartext, daß man gerade in Kabelpilotprojekten sowohl die Beteiligung Privater als auch gerade die Rundfunkwerbung zur Finanzierung privater und öffentlich-rechtlicher Programme aufnehmen sollte und muß und sich nicht von irgendwelchen Ängsten schrecken lassen darf.

Wenn nun der Modellversuch in Dortmund - jedenfalls nach der Konzeption der SPD - auf ein erweitertes Werbeangebot verzichtet, so wird das klassisch-widersprüchlich dazu, daß die SPD auf der anderen Seite im Zusammenhang mit dem Satellitenfernsehen künftiger Prägung in vielen Papieren sagt, daß diese durchaus gewünschte Technologie (D) für alle Beteiligten nur dann tragbar ist, wenn sie über eine veränderte Werbestruktur finanziert werden kann. Warum sind Sie nicht so konsequent und setzen diese berechtigten Gedanken auch schon in das Modell in Dortmund um, um ihm in rechtlicher und technologischer Hinsicht den Versuchscharakter in diesem Punkte zusätzlich zu geben?

Ein weiterer Gesichtspunkt während der Beratungen war, wie der Modellversuch in organisatorischer Hinsicht im einzelnen abgewickelt werden soll. Die Zahl der Teilnehmer, die geographische Gestaltung des Versuchsgebietes, Beginn und Ende des Versuchs und vor allen Dingen die Ermittlung und Auswertung seiner Ergebnisse sind dabei ganz entscheidende Faktoren. Von ihnen hängt es im wesentlichen ab, welche Lehren man aus einem solchen Versuch gewinnen kann und welche Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung der Medienlandschaft zu ziehen sind.

Die Gestaltung all dieser Einzelheiten und die Verantwortung für die künftige Gestaltung

(Geismann CDU)

(A) unserer Rundfunklandschaft liegt aber doch nun einmal beim Gesetzgeber. Nur er allein ist befugt, den rechtlichen Rahmen für das zu schaffen, was der Bürger will. Das gilt auch und gerade für das Rundfunkrecht. Insofern kann es nicht angehen, daß sich der Gesetzgeber die Dinge aus der Hand nehmen läßt, die eine nur von ihm zu verantwortende Fortentwicklung oder Neugestaltung des Rechtes beeinflussen können.

Deshalb ist es für die CDU-Fraktion nicht akzeptabel, wenn so wichtige Gestaltungselemente für den Modellversuch wie das Versuchsgebiet, die Verteilung der vorhandenen Rundfunk- und Fernsehkanäle und die wissenschaftliche Begleitforschung von der Landesregierung im Wege von Rechtsverordnungen gestaltet werden sollen, anstatt sie gesetzlich zu fixieren. Deshalb hatten wir beantragt, die vorgenannten Dinge in einem Ausführungsgesetz zum Gesetz über den Modellversuch zu regeln, wenn man sie schon nicht in das Gesetz selbst aufnehmen kann. Auch das diente dazu, für alle Beteiligten und insbesondere für die betroffenen Bürger klare Verhältnisse zu schaffen und dem Versuch in Dortmund von vornherein einen gesetzlich fixierten Rahmen zu geben. Aber auch das haben Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, verhindert und statt dessen der von Ihnen getragenen Landesregierung einen Blankoscheck ausgestellt, den die CDU so nicht einlösen kann.

(B) Meine Damen und Herren, ich glaube, daß an diesen wenigen Beispielen deutlich gemacht worden ist, wo die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem, was wir von der CDU-Fraktion unter einem Modellversuch verstehen und was aus unserer Sicht dem Bürger zum Ausprobieren und zur Entscheidung angeboten werden sollte, und dem, was die SPD darunter versteht, liegen. Nach unserer Auffassung kann es weder für den Bürger noch für uns als Parlamentarier diese notwendigen Entscheidungshilfen geben, wenn der Bürger in wichtigen Punkten gar nichts zu entscheiden hat.

Lassen Sie mich noch auf einen wichtigen Gesichtspunkt aufmerksam machen: Die bereits im Jahre 1975 von der damaligen Bundesregierung eingesetzte Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems hatte vorgeschlagen, Kabelpilotprojekte durchzuführen und dabei ein möglichst vielfältiges Programmangebot der Akzeptanzprüfung zu unterziehen. Im Jahre 1978 haben dann die Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz beschlossen, vier Kabelpilotprojekte durchführen zu lassen, und diesen Beschluß im November 1980 noch einmal bekräftigt. Die Entscheidung für vier verschiedene Modellversuche an vier verschiedenen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland diente dem Ziel, neue Techniken, neue Formen und neue Strukturen der Rundfunk- und Fernsehlandschaft zu testen, und zwar in Regionen mit sehr verschiedenen Bevölkerungsstrukturen. Die Absicht der Ministerpräsidenten der Länder war es, die möglicherweise sehr unterschiedlichen Ergebnisse der Versuche im Hinblick auf die Antwort der Bürger vergleichbar zu machen und auf diese Weise Erkenntnisse zu gewinnen, die über das Gebiet des jeweiligen Modellversuchs hinaus Gültigkeit haben. (C

Nun steht aber inzwischen fest, daß die Modellversuche - etwa in München und Ludwigshafen - im Gegensatz zum Dortmunder Versuch tatsächlich dem Bürger etwas Neues präsentieren, indem dort insbesondere auch private Rundfunkveranstaltungen zugelassen werden.

Wie soll nach Ihrer Auffassung, Herr Ministerpräsident, das Ergebnis des Dortmunder Modellversuchs mit den Ergebnissen der anderen Modellversuche eigentlich sinnvoll vergleichbar sein, wenn das Testobjekt ein völlig anderes ist? Laufen Sie nicht Gefahr, den Dortmunder Versuch aus dem gemeinsamen Testprogramm völlig herauszureißen und seine Ergebnisse damit jeder Vergleichbarkeit zu entziehen? Unter diesem Gesichtspunkt kann man sich dann wohl mit Recht fragen, ob der immense finanzielle Aufwand, den der Steuerzahler und der Rundfunkgebührenzahler letztlich zu tragen hat, überhaupt zu verantworten ist. (D

(Zustimmung bei der CDU)

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand unserer Wähler hätte Verständnis dafür, wenn wir von der CDU-Fraktion aus einem Wrack - Verzeihung: Frack eine alte Jacke machten. Wir von der CDU-Fraktion lehnen daher dieses Gesetz aus den genannten Gründen ab und verweigern ihm unsere Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident van Nes Ziegler: Das Wort hat jetzt Herr Ministerpräsident Rau.

Rau, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Geismann, manchmal ist auch eine Rede eine alte Jacke, weil immer wieder die alten Argumente vorgetragen werden

(Zurufe von der CDU: Wenn sie richtig sind! - Weil sie richtig sind!)

(Ministerpräsident Rau)

A) - das kann bei allem passieren - und weil man Dinge durch Wiederholung in die Nähe der Wahrheit zu bringen versucht. Aber davon kann nun wirklich keine Rede sein, daß wir mit dem Kabelpilotprojekt in Dortmund einen untauglichen Versuch machen und uns von dem abwenden, was die Ministerpräsidenten beschlossen haben. Das Gegenteil ist richtig. Wir bleiben bei dem, was die Ministerpräsidenten am 11. Mai 1978 beschlossen haben. Sie haben öffentlich-rechtliche Versuche beschlossen, mit einer Ausnahme: in Ludwigshafen. Sie, meine Damen und Herren, drehen das jetzt herum und machen die Ausnahme zur Regel. Das halten wir für falsch.

(Zustimmung bei der SPD)

Es sind jetzt eineinhalb Jahre vergangen, seit wir uns mit diesem Gesetzentwurf beschäftigen. Die medienpolitische Diskussion ist intensiver geworden und wird in diesen Tagen noch intensiver werden. Morgen und übermorgen werden sich die Ministerpräsidenten mit dem Problem der Satellitensender beschäftigen und versuchen, Einigkeit herbeizuführen.

Hier schließen wir jetzt - jedenfalls vorläufig - die Diskussion um die Kabelpilotprojekte ab. Dabei hat der Gesetzentwurf in der Ihnen jetzt vorliegenden Fassung die zwischenzeitlichen Entwicklungen aufgenommen, wie sie in dem Hearing des Hauptausschusses am 16. Juni d. J. deutlich gemacht worden sind.
B) Dort sind neue Anregungen und Anstöße gekommen, und der Gesetzentwurf in der jetzigen Fassung entspricht auch dem Willen der Landesregierung. Wir tragen mit den Veränderungen der veränderten medienpolitischen Ausgangslage Rechnung und machen den neuesten Stand der medienpolitischen Diskussion deutlich, so daß wir heute den Startschuß für das Dortmunder Projekt geben können.

Ich möchte wiederholen, was ich am 1. Juli 1982 hier gesagt habe: Wir wollen in Dortmund einen räumlich und zeitlich begrenzten Test neuer Technologien ermöglichen, ohne Grundsatzentscheidungen für die künftige Medienstruktur vorwegzunehmen. Wenn auch die Breitbandtechnik auf der Basis der Koaxialkabel ausgereift ist, neue Übertragungssysteme inzwischen entwickelt wurden und künftige Techniken sich schon abzeichnen, bleibt die Frage: Welche Programme und Dienste entsprechen möglichen neuen Kommunikationsbedürfnissen und Informationsinteressen der Bürger? Haben lokaler Rundfunk, Offener Kanal, Spartenprogramme und andere Angebote eine Zukunft? Wie soll und wie wird sich die Rundfunkstruktur und mit ihr die gesamte Medienlandschaft verändern?

Ich will an dieser Stelle auf das, was Herr Kollege Büssow gesagt hat, und auf das, was Sie, Herr Kollege Geismann, eben hinzugefügt haben, noch einmal antworten und sagen: Ich habe mich als erster Ministerpräsident für Glasfasertechnik eingesetzt. Ich habe damit für Dortmund keinen Erfolg gehabt, weder bei Herrn Kollegen Matthöfer noch bei Herrn Kollegen Schwarz-Schilling. (C)

Aber vor einigen Monaten habe ich ein Gespräch mit dem Bundespostminister Schwarz-Schilling geführt und habe ihm noch einmal eindringlich dargestellt, daß nach unserer Überzeugung in Dortmund auch Glasfasertechnik erprobt werden muß, so wie sie intern in einigen Bereichen in Bonn erprobt wird. Mein Gesprächseindruck war jedenfalls so, daß die Bundespost nachdenklich wird. Ich gebe die Hoffnung nicht auf und äußere deshalb hier noch einmal die Erwartung, daß in Dortmund auch Glasfasertechnik zusätzlich verlegt wird, schon um in der geschäftlichen Kommunikation am drittgrößten Versicherungsplatz der Bundesrepublik nicht in eine Konkurrenzlage etwa zu Stuttgart zu kommen, die für diese Stadt nicht gut wäre. Ich bitte Sie: Schreiben auch Sie an Herrn Schwarz-Schilling; das ist gut für das Portogebührenaufkommen und für unser Land.

Präsident van Nes Ziegler: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Büssow?

(Ministerpräsident Rau: Gern.) (D)

- Bitte sehr, Herr Abg. Büssow!

Büssow SPD: Herr Ministerpräsident, meinen Sie nicht auch, daß es nach der Entscheidung der Deutschen Bundespost, Stuttgart flächendeckend zu verkabeln, angebracht wäre, daß wir in Nordrhein-Westfalen über die Politik der Deutschen Bundespost nachdenklich werden?

Rau, Ministerpräsident: Wahrlich, Herr Kollege Büssow. Ich komme nachher noch mit einigen Zahlen darauf. Ich bin mir überhaupt nicht klar darüber, ob die Verkabelungseuphorie des Bundespostministers nicht dazu führt, daß er an den eigentlichen Problemen, mit denen es die Bundespost zu tun hat, vorbeigeht. Ich wüßte vieles im Bereich der Post, vor allen Dingen im Bereich des Telefons, was verbesserungsfähig und verbesserungswürdig wäre. Auch beim Paketzustelldienst, bei dem wir es ja seit einigen Jahren mit Konkurrenzen privater Art zu tun haben, zeigt sich, wo noch Betätigungsfelder wären. Ich halte die Verkabelungseuphorie für falsch.

(Ministerpräsident Rau)

(A) Wir haben als Landesregierung seit Beginn der Diskussion um die Kabelpilotprojekte keinen Zweifel daran gelassen, daß die Programme des nordrhein-westfälischen Projekts ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft der Rundfunkanstalten WDR und ZDF veranstaltet werden sollen. Ich sage noch einmal: So haben es auch die Regierungschefs der Länder in ihrem Grundsatzbeschluß über die Durchführung von vier Kabelpilotprojekten am 11. Mai 1978 beschlossen.

Erst nach langen und sehr schwierigen Verhandlungen, die diesem Beschluß vorausgingen, konnten sich die Regierungschefs darauf verständigen, allein im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen auch privaten Veranstaltern den Zugang zum Modellversuch zu eröffnen. Das war die Ausnahme, und die Regel sollte die öffentlich-rechtliche Programmträgerschaft in den Pilotprojekten sein.

Ich gestatte mir als Fußnote den Hinweis, Herr Kollege Geismann: Ich sehe immer wieder mit staunender Bewunderung, wie die CDU über den Westdeutschen Rundfunk und sein Programm redet, über eine Anstalt, die nicht nur unser aller Anstalt ist, sondern in der die CDU seit Bestehen der Anstalt den Vorsitz im Verwaltungsrat führt. Ich wüßte gern einmal, ob man so zweiseitig reden darf, wie Sie das jeweils tun.

(Geismann CDU: Aber, Herr Ministerpräsident! - Büssow SPD: Oder ob Sie nicht aus dem Verwaltungsrat hinausgehen.)

(B)

Die CDU-Fraktion will jetzt, wie zuvor schon - letztlich auch in München -, das Regel/Ausnahme-Verhältnis auf den Kopf stellen und alle Pilotprojekte über den gleichen Kamm scheren, wenn sie auch für Dortmund die Zulassung privater Veranstalter und kommerzieller Programme fordert. Wir wollen dagegen an dem seinerzeit gefundenen Konsens der Länder festhalten. Wir wollen, daß Pilotprojekte mit unterschiedlicher Struktur und Schwerpunktsetzung bestehenbleiben. Deshalb soll Dortmund Prüfstand und Modell für die Fähigkeit zur Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein.

(Büssow SPD: Sehr richtig!)

Eine Kommerzialisierung unserer Rundfunklandschaft würde nicht dem Bürger nützen, sondern nur denen, die mit dem, was die Ministerpräsidenten ein wertvolles Gut nennen, nämlich dem Rundfunk, die mit diesem wertvollen Gut Geld verdienen wollen.

Wie sollen die vielfältigen Gefahren einer solchen medienpolitischen Wende ausgeräumt werden? Wir haben schon heute eine beunruhigende und stets fortschreitende Konzentration im Pressewesen. Ausländische Erfahrungen zeigen uns, daß die besondere Struktur des kommerziellen Rundfunkmarktes einen lebendigen Wettbewerb gerade erschwert. (C

Die umfangreichen Investitions- und Programmkosten für privatwirtschaftlichen Rundfunk stellen ebenso wie die zu erwartenden langen Vorlaufzeiten bis zum Erreichen eines kostendeckenden Werbeaufkommens eine sehr hohe Barriere dar. Nur große Konzerne werden sich auf lange Sicht auf diesem Markt behaupten können. So gilt die allgemeine Erkenntnis, daß dem Wettbewerb selbst Kräfte innewohnen, die auf Markbeherrschung gerichtet sind. Darauf hat nicht nur die Monopolkommission hingewiesen.

Wenn Sie schon der SPD hier immer vorwerfen, daß wir alte Hirsche zu frischen Wassern führten und daß wir nicht weggingen von unseren medienpolitischen alten Hüten, wie Sie das beschrieben haben, dann frage ich Sie: Wie antworten Sie denn auf die medienpolitische Erklärung der katholischen Bischöfe in Baden-Württemberg,

(Spellerberg CDU: Da sind wir nicht zuständig.)

in der es heißt, "die Übertragung von Senderechten an Gesellschaften privaten Rechts berge die Gefahr einer sozial nicht zu rechtfertigenden Bevorzugung bestimmter finanzstarker Gruppen unseres Volkes"? Meine Damen und Herren, wie wäre es denn, wenn dieses Hirtenwort einmal so ernst genommen würde wie andere, die Sie im Wahlkampf verwendet haben? (D

(Beifall bei Teilen der SPD - Geismann CDU: Sowas ist fies.)

Wie soll die vom Bundesverfassungsgericht nachdrücklich geforderte Vielfalt der Meinungen garantiert werden, wenn kommerzieller Rundfunk nur bei einer hohen Konzentration von Markt- und Meinungsmacht rentabel sein kann?

(Geismann CDU: Das hat ihm Herr Müller-Reinig aufgeschrieben.)

- Nein, das hat mir nicht Herr Müller-Reinig aufgeschrieben. Es ist auch nicht fies, sondern es trifft Sie bloß, Herr Geismann.

(Geismann CDU: Es trifft Sie!)

- Doch, es trifft Sie.

(Dr. Pohl CDU: Wir wollten Sie davor bewahren, 'ne fiese Möpp zu sein.)

(Ministerpräsident Rau)

- Ich bin keene fiese Möpp. Im übrigen habe ich am Samstag versucht, Kölsch zu reden; dat war nix. Ich bleibe lieber bei der bergischen Mundart.

Wie kann ein Gesetzgeber die medienpolitischen Schleusen für kommerziellen Rundfunk weit öffnen und zugleich sicherstellen, daß der Rundfunk nicht einer oder einzelnen finanzkräftigen Gruppen ausgeliefert wird? Auf diese Kardinalfragen unserer Medienordnung bleiben die Mediengesetzentwürfe der CDU in anderen Ländern ebenso eine Antwort schuldig wie die Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion hier und heute.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, haben Sie bedacht, daß Sie mit der Zulassung lokaler Rundfunkwerbung für private Veranstalter den Nerv der örtlichen Presse treffen können? Wollen Sie hinnehmen, daß das finanzielle Fundament der Lokalpresse ausgehöhlt wird oder daß die örtlichen Zeitungsverleger mit Macht in den Lokalrundfunk drängen? Wollen Sie örtliche Doppelmonopole für Presse und für Rundfunk errichten? Nach meiner Überzeugung würde die publizistische Landschaft vor Ort nicht vielfältiger, sondern eintöniger.

Die vom Hauptausschuß beschlossene Fassung für ein Kabelversuchsgesetz enthält dagegen eine medienpolitisch neue und reizvolle Alternative. Da wird in der Neufassung des § 4 Abs. 3 Satz 3 die Möglichkeit eröffnet, in das lokale Hörfunkprogramm und das lokale Fernsehprogramm des Westdeutschen Rundfunks "Eigenbeiträge nicht erwerbswirtschaftlich orientierter Dritter" einzubeziehen. Ich möchte den Westdeutschen Rundfunk ermuntern, von diesem Instrument freimütig Gebrauch zu machen.

(Büssow SPD: Großzügig!)

Kirchen, Gewerkschaften, Schülergruppen, Wohlfahrtsverbände, Weiterbildungseinrichtungen, Vereine sollten die Möglichkeit zu eigener Darstellung haben.

(Büssow SPD: Und vor allem freie Radiomacher!)

Ob sich aus solchen Ansätzen dann einmal die Konstruktion eines öffentlich-rechtlichen Daches entwickeln könnte, unter dem es Raum für private Initiativen gäbe, läßt sich heute noch nicht absehen. Diese Frage, die ja auch im Zusammenhang mit der Satellitendiskussion der nächsten Tage erörtert werden wird, wirft gewichtige und bisher ungeklärte Probleme auf. Die ausländischen Erfahrungen mit unabhängigen Kontrollbehörden sind widersprüchlich. Die Organisationsform des Ludwigshafener Projektes, die sich an solche Modelle anlehnt, ist nach meiner Überzeugung nicht der Weisheit letzter Schluß. Dennoch ist es durchaus möglich, auch diesem Projekt nützliche Erkenntnisse zu entnehmen. Es kann sein, daß das nur im negativen Sinne der Fall ist; aber wir werden das abzuwarten haben.

Der Dortmunder Modellversuch soll eine breite Palette neuer Angebote erproben. Ein Schwerpunkt soll bei der lokalen Kommunikation liegen. Erfahrungen aus dem Ausland besagen, daß ein Bedürfnis der Bürger nach lokalem Rundfunk besteht, der die Nahwelt erschließt, Informationen und Nachrichten über den Stadtteil bringt und das kommunalpolitische Geschehen durchsichtig macht. Lokaler Rundfunk kann das Kulturangebot vor Ort bereichern; er kann neue Möglichkeiten der Kommunikation zwischen Bürgern und Bürgergruppen, Vereinen und Verbänden, Bürgerinitiativen und Behörden schaffen. Vielleicht kann er so ein wenig dazu beitragen, daß die unmittelbare Lebensumwelt wieder mehr als ein Stück Heimat verstanden wird, die man mitgestalten und miterleben kann.

Solcher Lokalfunk ist Integrationsfunk. Er kann das Angebot der Lokalpresse ergänzen, ersetzt es jedoch nicht. Aber in den Städten und Kreisen unseres Landes - zu denen Dortmund zum Glück nicht gehört -, in denen nur eine einzige Zeitung mit lokalem oder regionalem Teil besteht, schaffte der lokale Rundfunk wieder die Möglichkeit zum lebendigen publizistischen Wettbewerb. Ich halte es deshalb für besonders interessant, daß das lokale Hörfunkprogramm in Dortmund über das Versuchsgebiet hinaus mit Sendern kleiner Leistung drahtlos verbreitet werden soll.

Eine besondere Schwierigkeit liegt sicher beim Offenen Kanal. Wir haben im Hauptausschuß freimütig darüber gesprochen. Er soll ein echtes Bürgerforum werden. Er soll einzelnen Bürgern, interessierten Gruppen, Bürgerinitiativen und anderen Vereinigungen jedweder organisierter oder nichtorganisierter Form Chancen neuer Kommunikation eröffnen. Er soll denen, die bisher nur Konsumenten von Rundfunkprogrammen sein konnten, Gelegenheit geben, sich selber zu Wort zu melden und Kreativität zu entfalten. Der Offene Kanal kann auch dazu beitragen, Kultur noch stärker vom Podest herunter in den Alltag zu holen.

Meine Damen und Herren, das sind gewiß hohe Erwartungen. Manche begegnen ihnen mit Skepsis. Auch ich kenne die Risiken. Wir sollten das Experiment aber dennoch nicht

(Ministerpräsident Rau)

(A) bloß halbherzig wagen, sondern wir sollten es auch als Prüfstand der eigenen Fähigkeit zu Toleranz und Liberalität sehen.

Für alle Teilnehmer am Modellversuch sollen Spartenprogramme gegen eine monatliche Abonnementgebühr pro Kanal oder gegen Einzelentgelt pro eingeschaltete Sendung angeboten werden. Das eröffnet Chancen für eine größere Programmdifferenzierung und für individuelle Wünsche. Es darf allerdings nicht dazu kommen, daß aufwendige Sendungen aus den allgemein zugänglichen Programmen herausfallen, vom Geldbeutel abhängig werden und sozial schwächeren Gruppen praktisch verschlossen bleiben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Die Allgemeinheit interessierende Sendungen dürfen nicht für zahlungskräftige Abonnenten gebührenpflichtiger Spartenprogramme reserviert werden. Es gibt ausländische Erfahrungen, die vor solchen Gefahren warnen lassen. Auch deshalb ist es mir mehr als nur ein Trost, daß in Dortmund solche Programme von öffentlich-rechtlichen Anstalten angeboten werden.

Die rasante Entwicklung auf dem Gebiet der neuen Informations- und Kommunikationstechniken hat es mit sich gebracht, daß die Grenzen zwischen Massen- und Individualkommunikation zu verschwimmen beginnen. Wir wissen auch, daß die neuen technischen Möglichkeiten auf dem Rundfunksektor vom
(B) technologischen Standpunkt aus betrachtet bloße Abfallprodukte einer umfassenden technischen Umwälzung sind, die durch die Fortschritte der Mikroelektronik ausgelöst wurden. Deshalb drängen beide Fraktionen des Landtags darauf, im Zusammenhang mit dem Modellversuch auch Techniken und Anwendungen der geschäftlichen Kommunikation zu fördern und zu erproben. Wo, wie und welche Dienste in Betracht kommen können, ist heute noch offen. Ich möchte deshalb auch vor zu hohen Erwartungen warnen. Das Pilotprojekt wäre eindeutig überfordert, wenn man von ihm Antworten verlangen wollte, die auf absehbare Zeit nicht oder nur unzureichend gegeben werden können. Die Landesregierung ist aber bereit, alle Vorschläge und Anregungen aufzugreifen.

Darüber hinaus soll ein Schwerpunkt der wissenschaftlichen Begleitforschung darin liegen, das Umfeld eines breiten Einsatzes neuer Informations- und Kommunikationsdienste auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt zu untersuchen.

Ich nehme die Befürchtungen über Risiken und Gefahren, die mit diesen neuen technischen Möglichkeiten verbunden sein können, sehr ernst. Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages hat geschätzt, daß sich bei einer Ausnutzung des Rationalisierungspotentials der neuen Techniken in der Wirtschaft der Bundesrepublik ein Arbeitsplatzverlust von zwei bis zweieinhalb Millionen ergäbe. Auch die Begleitforscher zu den Feldversuchen mit Bildschirmtext sagen längerfristig negative Beschäftigungswirkungen bei umfassendem Einsatz von Bildschirmtext voraus. Wenn man ferner berücksichtigt, daß in den Herstellerbranchen der neuen Techniken etwa 350 000 Menschen beschäftigt sind, in den Anwenderbranchen aber 13 Millionen, dann erscheinen mir die Warnungen der Sachverständigen und der betroffenen Arbeitnehmer weitaus plausibler als die euphorischen Einschätzungen derer, die in diesen neuen Techniken einen "Jobknüller" erblikken.

Wer meint, daß der Einsatz neuer Techniken die Beschäftigungsprobleme von allein löse, hat versäumt, aus vielen leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit die nötigen Lehren zu ziehen. Diese Lehren lassen sich in dem einen Satz zusammenfassen, daß technischer Fortschritt nicht zwangsläufig auch sozialer Fortschritt sein muß. Aber - das habe ich immer betont -: Technische Entwicklungen zur Modernisierung unserer Volkswirtschaft sind nötig und wünschbar.

Wir wollen den Einsatz neuer Technologien, wenn sie die Herstellung von mehr Gütern bei gleichem Arbeitsaufwand erlauben, wenn sie die Umwelt schonen und wenn sie, um mit Bert Brecht zu reden, die Mühseligkeiten der menschlichen Existenz erleichtern helfen. Wirksame Beschäftigungspolitik kann nie durch Blockade neuer Technologien betrieben werden. Trotz aller Arbeitsmarktprobleme können wir auf die Nutzung neuer Technologien nicht verzichten. Schon die verzögerte Einführung würde die Wettbewerbsposition unserer exportorientierten Wirtschaft entscheidend schwächen und die Arbeitsmarktprobleme eher vergrößern. Wir müssen die Expansionschancen, die in der Anwendung neuer Technologien liegen, gerade im Interesse neuer Arbeitsplätze nutzen.

Ich erhoffe mir von den wissenschaftlichen Untersuchungen im Rahmen des Dortmunder Projekts einen Beitrag, unsere Kenntnisse über die Chancen und Risiken der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu vertiefen. Sie können unser Wissen über die späteren Folgen unseres heutigen Tuns erweitern, damit wir nicht heute Maßnahmen treffen, die uns morgen als unkontrollierbare Sachzwänge entgegentreten.

(Ministerpräsident Rau)

A) Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf in der vom Hauptausschuß beschlossenen Fassung ist eine tragfähige Grundlage für dieses einzige voll in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft durchzuführende Pilotprojekt und verdient eine breite Zustimmung, um die ich Sie alle bitten möchte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Pohl für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Pohl CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Abschluß der Debatte zur zweiten Lesung möchte ich zunächst einmal das hervorheben, was uns im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens eint, um dann herauszustellen, was uns bei diesem Gesetzgebungsverfahren trennt.

Wir haben während der Einzelberatungen in folgenden Punkten über den Inhalt des Gesetzes Einverständnis erzielt: über den Zeitpunkt des Versuchs, den Zeitrahmen des Versuchs und den Ort des Versuchs. Wir haben Einvernehmen erklärt zu der Regelung zur wissenschaftlichen Begleitung. Wir haben einvernehmlich die Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechniken beschlossen. Wir waren damit einverstanden, daß wir den Kontrollgremien vor Ort mehr Rechte geben. Und wir waren einverstanden
B) mit einem Offenen Kanal, mit Rückkanal und Spartenprogramm sowie mit dem Datenschutz und seiner Bewehrung durch Ordnungswidrigkeiten. Das waren die wichtigsten Punkte, in denen wir Einverständnis erzielten.

Nicht einverstanden waren wir damit - und das beklagen wir -, daß in diesem Versuch Private und Werbung nicht zugelassen sind und daß die Exekutive durch Ermächtigungsnormen zuviel Spielraum gegenüber der Legislative erhält.

(Zuruf des Abg. Wendzinski SPD)

Lassen Sie mich auf ein paar Argumente eingehen, die Kollegen meiner Fraktion beschäftigen und die in der Debatte auch immer wieder vorgetragen wurden. Herr Büssow, Herr Ministerpräsident, bei der Vorbereitung der zweiten Lesung ist mir aus der Fraktion heraus immer wieder die Frage gestellt worden: Ist dieser Kabelfernsehversuch denn überhaupt noch notwendig? Herr Ministerpräsident, nachdem seit dem Abschlußbericht der sogenannten Kommission für neue technische Kommunikationsformen im Jahre 1978 eine so lange Zeit verstrichen ist, muß man (C)
hier in der Tat ein Fragezeichen setzen. Denn vieles, was uns die KtK-Kommission zur Erprobung durch Versuche empfohlen hat, ist durch den Zeitablauf praktisch obsolet geworden. Die Technik ist vorangeschritten, ein Teil der zu prüfenden Fragen ist an anderer Stelle - nicht unbedingt nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten - inzwischen erprobt worden.

Es bleibt die Akzeptanz-Problematik. Die Frage, ob diese allein neben anderen Versuchen in der Bundesrepublik noch einen Versuch in unserem Lande rechtfertigt, hat in der Tat ein Fragezeichen verdient. Daß wir uns alle bei der Begründung dieses Versuchs nicht sehr wohl gefühlt haben, beweist auch der Antrag, den Sie, Herr Kollege Büssow, für Ihre Fraktion begründet haben. Sie schieben quasi im Verfahren, wie das im Verwaltungsprozeß so schön heißt, Begründungen zur Begründung des Gesetzgebungsaktes nach, indem Sie die Definitionen des Modellversuchs um die Punkte "Entwicklung der Informationsbeziehungen" und "neue Organisations- und Finanzierungsformen" erweitern. Bei der Vorbereitung habe ich mich immer gefragt, warum Sie denn die Werbung nicht zulassen, wenn Sie schon neue Finanzierungsformen wollen und diese zur Begründung des Modellversuchs anführen.

Ich bin froh, daß im Rahmen dieser Debatte der alte Streit, ob bei der Zulassung von (D)
Privaten zu Funk und Fernsehen Kommerzfunk begründet werde, im Gegensatz zur ersten Lesung nicht wieder vorgetragen worden ist.

(Zuruf des Abg. Büssow SPD)

Daraus kann ich nur entnehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Büssow, daß die von uns vorgeschlagenen Voraussetzungen für die Zulassung Privater Sie überzeugt haben - Voraussetzungen, die dem sogenannten FRAG-Urteil aus dem Jahre 1981 entsprechen und öffentliche Lizenzvergabe, d.h. Lizenvergabe an Private unter öffentlicher Kontrolle und bei öffentlichen Auflagen, vorsehen. Diese Änderungsanträge haben Sie offenbar überzeugt und dazu veranlaßt, den alten Vorwurf vom "Kommerzfunk" bei der Zulassung von Privaten nicht mehr zu erheben.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Pohl, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Büssow?

(Dr. Pohl CDU: Ja, selbstverständlich.)

- Bitte sehr, Herr Büssow!

(A) Büssow SPD: Herr Kollege Dr. Pohl, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, daß wir nach wie vor gegen Kommerzfunk sind, ich das hier aber nicht wiederholt habe, und zwar aus Zeitgründen?

Dr. Pohl CDU: Lieber Herr Kollege Büssow, wenn Sie meinen Ausführungen genau zugehört hätten, dann hätten Sie festgestellt, daß wir von der CDU ebenso gegen Kommerzfunk sind wie Sie; denn wir haben öffentlich-rechtliche Voraussetzungen für die Prüfung einer Lizenz und Auflagen öffentlich-rechtlicher Art bei der Lizenzvergabe vorgesehen.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie, Herr Kollege Büssow, in diesem Zusammenhang vorgebracht, die Zulassung Privater führe zum Verlegerfernsehen, und das habe ein "publizistisches Doppelmonopol" zur Folge. - Während Ihrer Ausführungen habe ich mich die ganze Zeit gefragt: Was verstehen Sie eigentlich unter "Monopol"? - Daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten faktisch ein Monopol haben, ist unbestritten; daß sie rechtlich keines haben sollen und dürfen, hat uns das Oberverwaltungsgericht Münster in seinem Urteil von 1968 gelehrt. Aber wieso Sie bei Verlegern von "Monopol" sprechen, wenn es doch eine Vielzahl selbständiger Verlage gibt, wenn es - das haben die Anzeigenblätter ja bewiesen - immer wieder Lücken gibt, wo neue Zeitungsverleger einströmen können, und (B) wenn die Verleger, falls sie sich beteiligen würden, zusammen einen von mehreren Kanälen erhalten werden, - wie Sie angesichts dieser Tatsachen den Rechtsbegriff des Monopols hier in die Landschaft setzen und dann auch noch von "Oligopolen" sprechen können, weiß ich wirklich nicht. Lieber Herr Kollege Büssow, ein Studium der entsprechenden Rechtsbegriffe würde ich Ihnen als Nachhilfeunterricht im Anschluß an diese Landtagssitzung gern einmal empfehlen!

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU - Büssow SPD: Sie haben es leider nicht verstanden.)

Nun haben Sie, Herr Ministerpräsident, davon gesprochen, die Länderchefs hätten die vier Versuche beschlossen, von denen eines die Beteiligung Privater zulasse, die anderen aber insbesondere hier bei uns unter öffentlich-rechtlicher Trägerschaft durchgeführt werden müssen. Das war am 11. Mai 1978. Herr Ministerpräsident, Sie haben recht, dies ist die Beschlußlage der Ministerpräsidenten. Aber meine Fraktion und ich, wir fragen uns, ob eine Berufung auf diese Beschlußlage heute, nach dem Ablauf von weiteren fünf Jahren, uns eine formale Bindung auferlegt und ob sie überhaupt noch materiell gerechtfertigt ist.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist es, Herr Ministerpräsident, zwar unbestritten, daß diese Zwischenebenen-Konferenzen - seien es Konferenzen der Ministerpräsidenten oder Kultusministerkonferenzen - zwar faktische Bindungen erzeugen können, die Landtage formalrechtlich aber nicht binden. Das zunächst! - Und zweitens halte ich es für materiell ungerechtfertigt, sich heute noch darauf zu berufen; denn, wie ich eben ausgeführt habe, die Technik ist fortgeschritten, und alles das, was die KtK noch als prüfenswert ansah, ist heute durch die Technik im wesentlichen überholt.

Aber, Herr Ministerpräsident - und das scheint mir der entscheidende Grund zu sein -: Es hat sich eine Veränderung in der politischen Landschaft ergeben. Diese Veränderung hat sich durch den neuen Staatsvertrag zum Norddeutschen Rundfunk, durch die saarländische Gesetzgebung und durch andere, bereits jetzt von den deutschen Bundesländern praktizierte Politiken in den einzelnen Landtagen ergeben. Diese Änderung wird nicht zuletzt deshalb eintreten, weil wir angesichts des TV-Satelliten und des zweiten Fernmeldesatelliten nicht mehr das Konsensmodell der deutschen Bundesländer werden aufrechterhalten können. Niemand weiß das besser als Sie, Herr Ministerpräsident, am Vorabend der Ministerpräsidentenkonferenz, in der über die Nutzung des TV-Satelliten und des künftigen Fernmeldesatelliten morgen und übermorgen entschieden werden soll.

Ich frage mich manchmal, Herr Büssow, Herr Ministerpräsident, ob Sie hier nicht noch Bastionen verteidigen, die zum Beispiel bereits Ihr Bundesgeschäftsführer Glotz in vorsichtigen Absetzbewegungen nicht mehr verteidigt, da er in Anbetracht der Realität der Medientechnik weiß, daß er unser Land nicht mit einem hohen Zaun bis in den Himmel umgeben kann, sondern daß wir nichts anderes tun können, als uns dem Wettbewerb auch in diesem Bereich zu stellen!

(Beifall bei der CDU)

Nun zu den Ermächtigungsnormen! Sie haben erklärt, Herr Kollege Büssow, Rechtsverordnungen seien flexibler. Ich habe nach wie vor dagegen Bedenken! Wenn ich Ermächtigungen für Rechtsverordnungen im Gesetz zulasse für den zeitlichen Anfang, für den Gebietsum-

(Dr. Pohl CDU)

A) fang, für die Zuweisung von Kanälen, für die Bestimmung des Inhalts der Versuchsbedingungen - alles das soll durch Rechtsverordnung geklärt werden -, dann muß ich mich doch fragen, ob das nicht gegen den Gesetzesvorbehalt verstößt, da ja gerade diese Punkte den wesentlichen Inhalt des Versuchs ausmachen.

(Büssow SPD: Alles Wesentliche steht im Gesetz!)

Darüber hinaus, Herr Büssow, haben Sie selbst die Bedenken gesehen; ich weiß. Sie wollen das ein wenig kaschieren, indem Sie das Einvernehmen des Hauptausschusses bei der Rechtsverordnung herbeigeführt wissen wollen. Nur muß ich darauf hinweisen: Die Herstellung des Einvernehmens bei Rechtsverordnungen ist - erstens - staatsrechtlich umstritten. Zweitens hat dies nicht die Qualität eines Gesetzgebungsaktes,

(Zustimmung des Abg. Geismann CDU)

und drittens: Es wäre etwas anderes möglich, was ohne staatsrechtliche Bedenken von uns hätte vollzogen werden können; wir hätten nämlich im Gesetz Zeitpunkt und Zeitrahmen bestimmen können, wir hätten das Versuchsgebiet im Gesetz festlegen können, und wir hätten die Zuweisung von Kanälen und die Versuchsbedingungen in einem Ausführungsgesetz regeln können.

B) Ich habe bereits dargelegt, daß die CDU-Fraktion Bedenken gegen die Kontrollgremien in der Form, wie sie jetzt festgelegt worden sind, zurückgestellt hat; zunächst hatten wir solche Bedenken. - Aber es ist hier noch ein Wort zur Werbung zu sagen:

Unseres Erachtens verstößt die Nichtzulassung der Werbung gegen das Realitätsgebot für einen Versuch und vor allen Dingen auch gegen die eigene Versuchszweckdefinition; denn wie will ich neue Finanzierungsformen realistisch erproben, wenn ich neben Gebühren nicht auch die Werbung bei diesem Versuch zulasse?

Nun haben Sie, Herr Büssow, den Freiheitsbegriff bemüht, um die anstehenden Änderungen der zweiten Berechnungsverordnung im Bund zu kritisieren, wonach demnächst die Kabelbetriebsgebühr - nicht die Anschlußgebühr - auf die Mieter umgelegt werden soll. Ich könnte es mir einfach machen und sagen: Lieber Herr Büssow, Sie bauen einen Türken auf, um denselben niederzureiten. Denn Sie wissen genau so gut wie ich, daß es SPD- und CDU-Minister waren, die im Bundesratsausschuß diese Verordnung zunächst einmal wegen bestehender Bedenken gestoppt haben, so daß also das, was dort vorgesehen war, zunächst noch in der Beratung ist. (C)

(Büssow SPD: Eben, eben!)

- Ja, aber einvernehmlich in der Beratung ist!

Im übrigen aber vermag ich nicht zu sehen, worin hier die wesentliche Veränderung liegt; denn Betriebskosten von Antennenanlagen - seien sie klein oder groß - dürfen auch heute schon auf die Mieter umgelegt werden, und das nicht nur im freifinanzierten Wohnungsbau, sondern auch im sozialen Wohnungsbau.

Nun hat der Herr Minsterpräsident gesagt, wir redeten schlecht über den Westdeutschen Rundfunk, und das täten wir, obwohl wir doch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats stellen. Ich kann nicht einsehen, Herr Ministerpräsident, worauf Sie Ihren Vorwurf begründen. In dieser Debatte jedenfalls hat zunächst einmal überhaupt keiner diese Frage der Programmgestaltung durch den Westdeutschen Rundfunk angesprochen, weder der Kollge Geismann noch der Kollege Büssow, noch hatte ich es vor; aber wenn Sie es denn nun einmal in die Debatte eingeführt haben, dann muß ich Ihnen zunächst einmal entgegenhalten, Herr Ministerpräsident: Wer stellt denn den Vorsitzenden des Rundfunkrates? - SPD! Wer stellt den Intendanten? - SPD! Und wer hat denn im Verwaltungsrat und im Rundfunkrat die Mehrheit? - SPD! Herr Ministerpräsident, so einfach können wir es uns ja nun nicht machen! Ich habe Ihnen das schon bei der Debatte über die Rundfunkgebührenerhöhung entgegengehalten; aber ich muß wiederholen - es tut mir sehr leid -: Ihr Gedächtnis hat kurze Beine, Herr Ministerpräsident! (D)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Pohl, lassen Sie noch eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Büssow zu?

(Dr. Pohl CDU: Aber gerne, Herr Präsident!)

- Bitte schön!

Büssow SPD: Herr Kollege Dr. Pohl, seien Sie doch so freundlich, zur Kenntnis zu nehmen, daß weder im Rundfunkrat noch im Verwaltungsrat des WDR die SPD eine Mehrheit hat; im Verwaltungsrat sind vielmehr drei CDU-Mitglieder, drei SPD-Mitglieder und ein FDP-Mitglied, wenn ich richtig informiert bin. Der Rundfunkrat teilt sich genau so auf: 10 : 10 : 1. Und die Wende ist ja auch da vollzogen worden; das haben wir zur Kenntnis genommen.

(A) Dr. Pohl CDU: Lieber Herr Büssow, ach, wäre es schön, wenn die Wende dort vollzogen wäre! Aber sie ist es nicht, wie die jüngsten Etatberatungen im Rundfunkrat gezeigt haben, in denen unsere Kollegen gegen die weitere Personalvermehrung, gegen die Kostenexplosion beim WDR gestimmt haben und den Etat ablehnen wollten. Da hat Herr Riemer als FDP-Vertreter wie in der Vergangenheit getreu mit Ihnen gestimmt. So einfach geht es nicht, lieber Herr Büssow!

(Zustimmung bei der CDU)

Da müssen Sie die aktuelle Entwicklung schon einmal beobachten!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Schwefer möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Dr. Pohl CDU: Bitte schön, Herr Kollege!)

Dr. Schwefer CDU: Herr Kollege Pohl, werden Sie mir verzeihen, wenn ich - auch mit einem Blick auf die Regierungsbank - feststelle, daß es so geartete Mitglieder in den Gremien überhaupt nicht gibt, daß also jedenfalls nach meiner Vorstellung vom WDR-Gesetz die Gremienmitglieder im Grunde genommen nicht nach der Art "hier SPD, da CDU, da FDP" zusammengesetzt sind?

(Beifall bei der SPD)

(B) Dr. Pohl CDU: Herr Kollege, ich halte Ihre Frage für durchaus gerechtfertigt; denn sie entspricht der Rechtslage. Aber es ist so ähnlich wie beim Verfassungsrecht: Zwischen Verfassungsrechtslage und Verfassungswirklichkeit klafft manchmal eine erhebliche Lücke, und das ist leider beim Westdeutschen Rundfunk auch so.

Herr Ministerpräsident, Sie haben hier mit bewegten Worten die Glasfasertechnik beschworen. Ich stimme mit Ihnen hundertprozentig überein: Die Zukunft liegt in der Glasfasertechnik. Aber wir müssen doch auch - erstens - zur Kenntnis nehmen, daß die bisherigen Versuche mit der Glasfasertechnik zur Stunde und wahrscheinlich - das haben ja alle Kollegen des Hauptausschusses bei der Funkausstellung gehört - auch in den nächsten zwei Jahren einen Großversuch noch nicht zulassen.

Zweitens müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß auch mit dem von der Bundespost verlegten Breitband-Koaxialkupferkabel - schreckliches Wort! - 80 % dessen technisch durchgeführt werden kann, was mit einem Glasfaserkabel technisch möglich ist.

Drittens müssen wir zur Kenntnis nehmen, (C daß - wie heißt das so schön? - durch Overlay-Kanäle das nachherige Verlegen von Glasfaser möglich ist, wenn Koaxialkupferkabel - ich bin heute gut im Formulieren! -

(Heiterkeit)

auch tatsächlich verlegt werden.

Deshalb bitte ich Sie herzlich, Herr Ministerpräsident: Sprechen Sie nicht mehr von Verkabelungseuphorie, sondern anerkennen Sie die Notwendigkeit der Verkabelung, und anerkennen Sie sie nicht nur wegen der Medientechnik, sondern auch im Hinblick auf den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland!

(Zustimmung bei der CDU - Geismann CDU: Das tun die nie!)

Meine Damen und Herren! Zum Schluß möchte ich denen, die dort künftig im Versuch tätig sind - technisch oder als Redakteure -, im Namen der CDU-Fraktion ein herzliches Glückauf zurufen. Ich stimme Herrn Kollegen Büssow zu. Wir haben heute morgen schon einmal Goethe bei Valmy gehört: Von hier und heute geht eine neue Zeit aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen. Eines ist sicherlich richtig: Mit diesem Versuchsgesetz beschreiten wir neben dem Staatsvertrag über Bildschirmtext den Weg in die Zukunft der Technik der neuen Medien - und dessen sollten wir uns bewußt sein. (D

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Wendzinski für die SPD-Fraktion das Wort.

Wendzinski SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Pohl, Sie haben in Ihrer Rede zu Beginn das Trennende hervorgehoben. Ich möchte aus der Ruhrgebietssicht heute zum Schluß der Debatte über einen wichtigen Gesetzentwurf das Gemeinsame hervorheben. Sie werden erstaunt sein, wie viele Bürger, Organisationen und Institutionen an dem Vorhaben gemeinsam mitgewirkt haben und es gemeinsam tragen.

Sie haben, Herr Dr. Pohl, die Frage gestellt: Ist denn dieser vierte Pilotversuch in Dortmund überhaupt noch notwendig? Ist er nicht eigentlich überholt? - Auch die SPD-Fraktion hat darüber diskutiert, um abzuschätzen, welche neuen Erkenntnisse dort noch zu sammeln sind. Bloß - das unterscheidet uns -: Für uns ist es ein Versuch

(Wendzinski SPD)

und ein Modell zugleich; denn wir möchten damit in der Bundesrepublik Maßstäbe setzen, nach denen sich andere orientieren können, die heute einen anderen Weg gehen.

Ohne das Kabelpilotprojekt für Dortmund wäre es nicht möglich gewesen, einen ganzen Teil von wichtigen Entscheidungen in der technischen Innovation in das Ruhrgebiet und nach Dortmund zu holen. Wir sehen, daß sich beides befruchtet.

Vielleicht darf ich an die Entwicklung des Kabelpilotversuches erinnern. Als in der letzten Legislaturperiode, Herr Dr. Pohl, in der SPD-Fraktion und in der Regierung die Entscheidung für Dortmund als Standort eines der vier bundesrepublikanischen Versuche fiel, war Dortmund in der Sache selbst noch außerordentlich verhalten eingestellt. Die Antragsbegründung für den Standort Dortmund - Herr Dr. Haak wird sich vielleicht aus seiner damaligen Funktion erinnern - ist mit Kurieren zwischen Düsseldorf und Dortmund abgestimmt worden. Wir haben vielen Dank zu sagen - auch Herrn Dr. Haak, der in seiner damaligen Funktion entscheidend mitgewirkt hat.

Die Entscheidung für Dortmund als Standort eines der vier Pilotversuche unter dem Dach des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist aus heutiger Sicht noch wichtiger geworden, als sie damals schon war. Die Entscheidung für Dortmund ist zugleich auch eine Entscheidung für das Ruhrgebiet gewesen. Auf dem langen Weg, den Industrie- und Handelsstandort Dortmund umzustrukturieren und ihm staatliche zukunftsweisende Impulse zu modernen Technologien zu geben, ist das Kabelpilotprojekt ein weiterer wichtiger Baustein.

Ich erwarte viele Impulse, die von dem Medienplatz Dortmund ausgehen. Die Zusammenarbeit mit der Universität - sowohl mit den naturwissenschaftlich-technischen Abteilungen als auch mit dem Fachbereich Journalistik - bietet neue Möglichkeiten der Innovationsentwicklung.

Seit dem Einbringen des Gesetzentwurfes durch die Landesregierung hat sich in der Medienpolitik und auch in der Medientechnik in der Bundesrepublik ein starker Wandel vollzogen. Das gemeinsame Anliegen aller gesellschaftspolitischen Kräfte in Dortmund war es, die neuen technischen Entwicklungen in das Kabelpilotversuchsgesetz einzubeziehen. Daran haben viele gestalterisch mitgearbeitet - wenn ich Namen nenne, so nur aus Fairneßgründen -: Angefangen bei Oberbürgermeister Samtlebe über den Rat der Stadt Dortmund und meine Landtagskollegen bis zur Industrie- und Handelskammer haben alle unter Nutzung ihrer Einflußmöglichkeiten auf Bund, Land und Bundespost ein optimales Ergebnis für diesen Standort erzielt. (C)

Dabei haben wir nicht übersehen, daß die angeblichen Fortschrittsapostel in der Grundsatzdiskussion "Glasfaserkabel sofort im Ortsnetz" eigentlich nur den Start des Versuches aufschieben wollten.

Der Landesregierung sage ich meinen herzlichen Dank, daß sie konsequent den richtigen Weg in der Struktur des Konzeptes mit uns gegangen ist. Technischer Fortschritt darf sich nicht nur in Süddeutschland entfalten, sondern muß auch in Nordrhein-Westfalen erprobt werden und eine Chance der Entwicklung erhalten.

Durch zähe Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Medienversuch konnte erreicht werden, daß erstens die Glasfaser-Fernstrecke über Dortmund verläuft. Diese Entscheidung ist in ihren Zukunftsperspektiven nur mit der Entscheidung über die Trassen der Eisenbahn vor 140 Jahren im Ruhrgebiet zu vergleichen.

(Zustimmung des Abg. Dr. Pohl CDU)

Herr Dr. Pohl, vor 140 Jahren hat man anders gearbeitet. Daß dieser Eisenbahnknotenpunkt heute nicht in Lünen, sondern in Dortmund liegt und damit diese Stadt eine andere Entwicklung genommen hat, konnten die damaligen Ratsherren nur erreichen, weil sie der Reichsbahn mehr Geld und mehr Grundstücke angeboten haben. (D)

Diese Möglichkeiten haben wir heute nicht; aber alle, die in Dortmund arbeiten, sind zum Wohle dieser Stadt tätig.

An den Knotenpunkten der Eisenbahnen entwickelten sich damals die neuen wirtschaftlichen Zentren. So wird es auch jetzt bei den Daten- und Kommunikationssträngen sein. Ihre Lage und Verknüpfungspunkte werden wiederum als Nervenstränge die Standorte für Firmen mit modernen Technologien ergeben. Firmen dieser Spitzentechnologie arbeiten bereits heute darauf hin, ihren Standort dorthin zu verlagern, wo diese neue Spitzentechnologie ihre Chance, sich zu entfalten, hat.

Zweitens. Die vorgezogene Digitalisierung der Hauptfernsprechvermittlung in Dortmund ist ebenfalls im Zusammenhang mit dem Kabelpilotversuch erreicht worden. Diese Entscheidung allein bewirkt bei der Deutschen Bundespost eine Investition nur in diesem Bereich von weit über 100 Millionen DM in

(Wendzinski SPD)

(A) zwei Jahren. Sie bedeutet zugleich, daß die Deutsche Bundespost diese zukunftsträchtige Technologie nicht nur in Süddeutschland, sondern auch im Ruhrgebiet zum Einsatz bringt. Das Verbindungsnetz zwischen den zentralen Verstärkerstellen in Dortmund wird im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Strecke jetzt bereits - und das ist ein vernünftiger Anwendungsfall - in Glasfasern erstellt. Glasfasern werden in Dortmund in der Fernstrecke und bei den zentralen Verknüpfungsstellen sowie bei den Verstärkern mit eingesetzt.

Drittens: Einrichtung eines Video-Konferenzstudios! Mit dem Video-Konferenzstudio wird bereits ein Element der neuen Telekommunikation in Dortmund berücksichtigt. Dieses Studio eröffnet der heimischen Wirtschaft ein Fenster zu Gesprächspartnern im In- und Ausland. Künftig kann der Dialog und Schriftaustausch per Bildschirm erfolgen. Damit ist Dortmund in das Bigfon-Testverfahren einbezogen.

Das parallel zu den Bigfon-Versuchen in deutschen Großstädten vorgesehene europäische Video-Konferenzexperiment bezieht Dortmund ebenfalls mit ein. Mit vier europäischen Staaten ist damit per Satellit sogar die Bildschirm-Direktschaltung möglich.

Dieser Einstieg in die breitbandige Glasfaser-Kommunikation ist eine Chance für die Wirtschaft im östlichen Ruhrgebiet.

(B) Viertens zur Einrichtung eines lokalen Rundfunks im Zusammenhang mit dem Kabelpilotversuch! Diese Entscheidung des WDR begrüßen wir und haben dabei die Hoffnung, daß, wenn die notwendigen Frequenzen frei sind, dieses später auch auf das lokale Fernsehen ausgedehnt werden kann. Es ist auch sinnvoll, daß die Nachrichten und Informationen über das Geschehen im Zentralbereich des Oberzentrums Dortmund, die im Versuchsgebiet über das Kabel erhältlich sind, den Interessenten in der Region zugänglich gemacht werden. Die Ausstrahlung, Herr Ministerpräsident, sollte auch auf die Mittelzentren um den Standort Dortmund herum erfolgen, auf Castrop-Rauxel, auf Schwerte, auf Lünen und auf Witten.

Wenn es zur Zeit aus technischen Gründen noch nicht möglich ist, Glasfaser im Ortsnetz zu verlegen, so erwartet die SPD-Landtagsfraktion aber nach Lösung der technischen Probleme, daß Dortmund automatisch einbezogen wird, entweder bei der Ausdehnung des Verkabelungsgebietes oder bei der Umrüstung auf die Basis der Glasfaser. Auch diesen Technologiezug möchten wir nicht an Nordrhein-Westfalen und damit am Ruhrgebiet vorbeirollen lassen. Wir wollen dabei sein. (C

Die Entwicklung zum Medienplatz Dortmund erfolgt auf zwei unterschiedlichen, voneinander getrennten Schienen, die sich aber in der Anwendung später einmal ergänzen werden: Dies ist einmal der Modellversuch mit Breitbandverkabelung zur Erforschung eines breiteren Medienangebotes und zweitens die Einführung der neuen Technologien der Datenkommunikation und der Dienstleistungen im Aufgabenfeld der Deutschen Bundespost.

Die erste Schiene bietet dem Bürger im Medienbereich mehr Vielfalt und ein breiteres Spetrum an Information, Bildung, Kultur und Unterhaltungsprogrammen. Es ermöglicht auch, Abendprogramme für Schichtarbeiter zeitversetzt auszustrahlen sowie an ihre Wohnungen gebundenen Mitbürgern gezielte Programme anzubieten. Ebenso können unseren ausländischen Mitbürgern deutsch- oder muttersprachliche Programme zur Verfügung gestellt werden. Diese können eine Hilfe für deren Lebenssituation in der Bundesrepublik und insbesondere für die ausländischen Kinder und Jugendliche sein. Sie tragen damit zum gegenseitigen Verständnis bei.

Hierin steckt - das gebe ich offen zu - viel Hoffnung, über die Einzelentscheidung des Bürgers bei der Programmauswahl ein Stück geistiger, kultureller Vielfalt und ein der Entspannung dienendes Angebot zu vermitteln. Hier ist aber auch die Chance, den milliardenschweren Videoumsatz mit all seinen negativen Spielarten nicht nur durch Kontrolle, sondern durch ein positiv gestaltetes Angebot zurückzudrängen. (D

Die zweite Schiene am Medienplatz Dortmund, die neuen Technologien der Bundespost und deren Nutzung durch die Wirtschaft, bereitet den Arbeitnehmern, den Gewerkschaften wegen ihrer Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und deren Qualität große Sorgen. Weil wir als Sozialdemokraten diese Sorgen teilen, möchten wir, wie in § 1 Abs. 2 unseres Änderungsantrages festgelegt, die Nutzungsmöglichkeiten und Auswirkungen der neuen Technik, die Wirtschaftsstruktur, den Arbeitsmarkt und die Entwicklung der Informationsbeziehungen in die wissenschaftliche Untersuchung mit einbezogen wissen. Diese wisschenschaftliche Begleitung ist für uns das gemeinsame Dach für die beiden Entwicklungsschienen im Medienbereich und bei den neuen Technologien der Deutschen Bundespost.

Wir wollen keine technische Inovation verhindern. Wir möchten sie sogar fördern, aber den Menschen zugleich dienstbar machen. Um

(Wendzinski SPD)

die Entwicklung sozialverträglich und im Sinne der Humanisierung der Arbeitswelt einzusetzen, sind die Unternehmer aufgerufen, hier partnerschaftlich mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Wenn sich die Unternehmerschaft gegenüber den Gewerkschaften genauso aufgeklärt verhalten wird wie gegenüber den neuen Technologien, ist ein optimaler Erfolg mit Sicherheit möglich. Im Ergebnis werden die neuen Medien und die Individualkommunikationen dann gesellschaftlich beherrschbar sein.

Die Festlegung der Stadtteile in Dortmund, die an das Kabelnetz angeschlossen werden, erfolgt nicht mehr im Gesetz, sondern später durch eine Rechtsverordnung. Damit besteht mehr Flexibilität, auf kommende und durch den Versuch bedingte eigendynamische Entwicklungen einzugehen. Erweiterungsvorschläge über das jetzige Verkabelungsgebiet hinaus wie zum Beispiel für die Universität, die gesamte Stadtkrone, den IHK-Bereich und weitere Dienstleistungs- und Wohnzentren stehen wir positiv gegenüber. Wichtig ist aber dabei, daß die finanzielle Obergrenze des Landes mit 10 000 zu subventionierenden Haushalten nicht überschritten wird.

Der Offene Kanal bietet neue Möglichkeiten des Gedanken- und Meinungsaustausches, unabhängig von den vorhandenen Medienträgern. Er kann eine Bereicherung sein in der gesellschaftlichen, politischen Diskussion sowie in der kulturellen Szene. Hier können sich Bürgerzorn und Bürgerdiskussion ohne Zwischenfilter und ohne Zwischenstufen unmittelbar artikulieren. Der Offene Kanal verlangt aber auch Rücksichtnahme auf den Mitmenschen und Einhaltung der uns alle verpflichtenden Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaft. Er ist ein Versuch. Lassen wir uns von den Ergebnissen überraschen!

Die CDU-Fraktion geht beim Kabelpilotversuch Dortmund in einigen Grundsätzen von anderen Positionen aus; sie sind von Herrn Dr. Pohl dargestellt worden. Die SPD-Fraktion hat andere Positionen bezogen. Lassen Sie uns nicht streiten. Geben wir den Dortmunder Versuch am Medienplatz Dortmund eine optimale Entwicklungschance bei den neuen Medien und bei den zukunftsweisenden Technologien. Am Medienplatz Dortmund können Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Technik als gemeinsame Leistung zum Wohle dieses Landes und insbesondere des Ruhrgebietes sich voll entfalten. Versuchen wir, das Beste für den Bürger an Medienvielfalt und technische Innovation in einer zukunftsweisenden Technologie zu erreichen. Über notwendige und sinnvolle Änderungen, die sich aus dem Versuch in Dortmund und den übrigen Bereichen ergeben, kann später hier offen diskutiert und gestritten werden. (C)

Ein herzliches Glückauf dem Dortmunder Versuch! Er ist ein weiterer Markstein zur Umstrukturierung des Ruhrgebietes.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, so daß ich die Beratung hiermit schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst habe ich darauf aufmerksam zu machen, daß es im Änderungsantrag der Fraktion der SPD unter Nr. 1 letzter Satz heißt: "Artikel 1 des Bildschirmtext-Staatsvertrages vom 18. März 1983 bleibt unberührt." Hier muß es nicht "Artikel 1", sondern "Artikel 11" heißen. Ich bitte, das bei der Abstimmung zu bedenken.

Ich lasse nun zunächst abstimmen über die Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 9/1969, den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 9/634 für erledigt zu erklären. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir stimmen nun ab über den Gesetzentwurf, zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 9/2998. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Auch das ist einstimmig so beschlossen. (D)

Es folgt nun die Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 9/2990 unter Berücksichtigung des soeben angenommenen Änderungsantrages Drucksache 9/2998 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion so beschlossen und in zweiter Lesung verabschiedet worden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1983
(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 1983)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 9/2976
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird durch den Herrn Finanzminister eingebracht. - Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Posser, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung lege ich dem Landtag einen Zweiten Nachtrag zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das laufende Haushaltsjahr vor. Einziger Gegenstand dieses Nachtragshaushaltes ist die Erhöhung des Ansatzes für die Kokskohlenbeihilfe 1983 sowie die Deckung ihrer Mehrausgabe.

Der bisherige Ansatz für die Kokskohlenbeihilfe 1983 in Höhe von 246 Millionen DM basiert auf der Datenbasis des Vorjahres. Damals, also 1982, betrug der Wettbewerbspreis je Tonne Kokskohle 192,80 DM, der kostendeckende Preis der Ruhrkohle AG 220 DM, der Differenzbetrag somit 27,20 DM. Die Förderbeihilfe wurde unter Berücksichtigung eines Selbstbehaltes des Bergbaus von 4 DM und der Stahlindustrie von 1,50 DM
(B) auf 21,70 DM je Tonne festgesetzt. Inzwischen ist der durchschnittliche Wettbewerbspreis je Tonne Kokskohle in den Monaten Januar bis Oktober 1983 trotz des gestiegenen Dollarkurses auf 173,30 DM, d.h. um 19,50 DM, gesunken. Ursächlich hierfür war ein Überangebot an Energie und Einsatzrohstoffen.

Der kostendeckende Preis der Ruhrkohle AG hat sich, insbesondere weil die geringere Fördermenge durch die fixen Produktionskosten stärker belastet wird, je Tonne um 15 DM auf 235 DM erhöht. Die Differenz zwischen dem Wettbewerbspreis und dem kostendeckenden Preis, die im Vorjahr noch 27,20 DM betrug, ist damit auf 61,70 DM angestiegen.

In der Kokskohlenrunde am 25. November 1983 ist nach Anhörung des Bergbaus und der Stahlindustrie die Förderbeihilfe für 1983 bei beihilfefähigen Kokskohlelieferungen in Höhe von voraussichtlich 25 Millionen Tonnen auf 56,70 DM je Tonne festgesetzt worden. Der Selbstbehalt für den Bergbau beträgt, wie im Vorjahr, 4 DM, für die Stahlindustrie 1 D-Mark je Tonne.

Unter Berücksichtigung des auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallenden Drittel-Anteils an der Förderbeihilfe sowie an der Absatzbeihilfe 1983 ergibt sich nach Abzug der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ein nicht gedeckter Betrag von bis zu 240 Millionen DM. Der Bund beabsichtigt, den Haushaltsansatz 1984 um insgesamt 800 Millionen DM aufzustocken, um damit die Mehrausgaben für 1983 und für Abschlagszahlungen im ersten bis dritten Quartal 1984 abzudecken. Unter Berücksichtigung der Drittelparität der Kohlenländer ergibt sich für das Land Nordrhein-Westfalen eine Mehrbelastung von insgesamt 350 Millionen DM. Hiervon entfallen bis zu 240 Millionen DM auf die Kokskohlenbeihilfe 1983 und bis zu 110 Millionen DM auf Abschlagszahlungen für das erste bis dritte Quartal 1984. Das Land zahlt damit auch in diesem Jahr insgesamt wieder mehr als 1 Milliarde - genau: 1 123,8 Millionen - aus eigenen Mitteln für den Steinkohlebergbau.

Für 1984 wird die Landesregierung in einer Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1984 eine Aufstockung des Kokskohlenansatzes um 110 Millionen DM vorschlagen. Die Kokskohlenbeihilfe 1983 soll in Übereinstimmung mit dem Bund noch vor der Verabschiedung unseres Haushaltsplans 1984 gezahlt werden. Eine Einstellung des Mehrbetrages für die Kokskohlenbeihilfe 1983 in unseren Haushaltsentwurf 1984 war daher im Gegensatz zum Bund, der ja seinen Haushalt abgeschlossen hat, aus Zeitgründen nicht möglich. Der für die Kokskohlenbeihilfe 1983 zusätzlich benötigte Betrag muß daher durch einen Nachtrag zum Haushaltsgesetz 1983 bereitgestellt werden.

Zur Deckung der Mehrausgaben von 240 Millionen DM werden die Ansätze bei den Zinsen für Kapitalmarktmittel in Höhe von 200 Millionen DM sowie bei den Personalausgaben in Höhe von 40 Millionen DM zurückgenommen. Diese Kürzungen sind nach der Entwicklung der Ist-Ausgaben in den ersten elf Monaten des Jahres 1983 möglich.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, auf die Bedeutung dieses Tatbestandes aufmerksam machen. Wir sind in der Lage, auf Grund des Haushaltsvollzugs bis zum Ende des Monats November diesen Betrag von 240 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, ohne die Kreditermächtigung zu erhöhen. Zugleich wirft dies aber ein Schlaglicht auf die besonderen Belastungen unseres Landes. Ohne diese besonderen Belastungen könnten wir die im Haushaltsplan für das laufende Jahr vorgesehene Nettokreditermächtigung um mindestens diese 240 Millionen DM unterschreiten.

(Minister Dr. Posser)

A) Nach den bisher vorliegenden Zahlen ist der Vollzug unseres Landeshaushalts 1983 keineswegs ungünstiger als der Vollzug des Bundeshaushalts 1983. Wenn man bedenkt, daß wir nicht über zusätzliche unerwartete Einnahmen verfügen, wie etwa den Bundesbankgewinn beim Bund, so können wir nach den bisher vorliegenden Daten mit einiger Erleichterung auf die bisherige Entwicklung im Haushaltsvollzug verweisen. Eine endgültige Beurteilung werde ich abgeben können, nachdem die Ist-Zahlen des Monats Dezember und damit auch die Ist-Zahlen für das ganze Jahr 1983 vorliegen.

Namens der Landesregierung bitte ich das Hohe Haus, den Zweiten Nachtrag zum Haushaltsgesetz 1983 in der Ihnen vorliegenden Fassung anzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Frau Abg. Thoben für die Fraktion der CDU.

Frau Thoben CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute über einen Nachtragshaushalt in erster Lesung zu befinden, der Mehrausgaben von 240 Millionen DM vorsieht. Diese 240 Millionen DM werden gebraucht, um zusätzlichen Mittelbedarf zur Finanzierung der Kokskohlenbeihilfe bereitzustellen. Dieser Nachtrag bedeutet - das hat der Finanzminister eben ausgeführt -, daß die Ansätze, die 1983 im Haushalt für diesen Zweck vorgesehen waren, praktisch verdoppelt werden müssen, um den Verpflichtungen nachzukommen. B)

In den Äußerungen des Ministers ist auch deutlich geworden, daß das wahrscheinlich noch nicht die ganze Wahrheit ist, daß er bereits im Januar/Februar über einen Ergänzungshaushalt für den Haushalt 1984 - wiederum für denselben Zweck - erhöhte Ansätze hier vorlegen muß.

Sie haben auch darauf hingewiesen, Herr Minister, welche Vorkehrungen der Bund in seinem Haushalt, speziell was die Finanzierung der Kokskohlenbeihilfe betrifft, getroffen hat. Ich brauche diese deshalb hier nicht zu wiederholen. Allerdings reicht uns - und da bitte ich um Verständnis - der pauschale Hinweis auf die verminderten Mittelanforderungen im Bereich Finanzierung von Krediten und Personaleinsparungen nicht zur Beurteilung.

Es wäre deshalb gut, Sie würden dem Haushalts- und Finanzausschuß vor den abschließenden Beratungen einige konkretere Erläuterungen geben. Soviel Luft im Haushalt - das müssen Sie verstehen - ist aus der Sicht der Opposition so kurze Zeit nach Einbringung des Haushalts etwas überraschend. - Die Ausführungen über die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen will ich damit abschließen. (C)

Ich möchte aber auf folgendes hinweisen - und deshalb halte ich eine Debatte über diesen Nachtragshaushalt für sehr wichtig -: Bund und Land sind in Fragen der Kokskohlenbeihilfe politisch sowohl beim deutschen Steinkohlenbergbau als auch bei der Stahlindustrie im Wort.

(Beifall bei der CDU)

240 Millionen DM schlichter Nachtragshaushalt sind allerdings kein Pappenstiel. Das um so weniger, als sie für einen ganz bestimmten Verwendungszweck der Kohle notwendig werden. Bevor wir hier zustimmen, sollten wir uns bewußt machen - wir halten das jedenfalls für dringend erforderlich -, was wir da eigentlich tun. Auch das zählt nach Auffassung meiner Fraktion zur gemeinsamen Kohlepolitik, die wir vor wenigen Monaten erneut bekräftigt haben. Es reicht nicht, sich im gemeinsamen Schwur zu treffen; wir müssen die finanziellen Folgen sehen und sie offen aussprechen.

In bezug auf die Kokskohlenbeihilfe heißt das folgendes: Mit Gründung der Ruhrkohle AG wurde parallel ein Hüttenvertrag zwischen der Steinkohle und der deutschen Stahlindustrie abgeschlossen, der sicherstellte, daß auch nach Gründung der Ruhrkohle die deutsche Stahlindustrie ihren Bedarf an Kokskohle nicht im Ausland deckte, sondern weiterhin beim deutschen Steinkohlenbergbau einkaufte. Das war als langfristiger Bedarfsdeckungsvertrag nur deshalb erreichbar, weil es zu diesem Vertrag die politische Zusage gab, eventuell auftretende Preisdifferenzen zwischen billigerer Importkohle und der heimischen Steinkohle aus öffentlichen Mitteln abzufangen. Das ist über Jahre hinweg geschehen. Wir haben dazu nicht immer einen Nachtragshaushalt gebraucht. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß im Jahre 1977 zum Beispiel diese Differenz zwischen dem Preis der importierten Kohle und der heimischen Kohle bei 20 DM je Tonne lag. Diese Differenz schwankt jährlich, je nach Entwicklung des Weltmarktpreises, auch des Wechselkurses, auch der Menge, die die Stahlindustrie benutzt, aber auch - und das scheint mir wesentlich - auf Grund der Kostenentwicklung für die Erzeugung der heimischen Steinkohle. (D)

Der Preis für die inländische Steinkohle stieg zum Beispiel seit dem Jahre 1977, wo er bei

(Frau Thoben CDU)

(A) 160 DM je Tonne lag, bis zum Jahre 1983 auf 235 DM. Das bedeutet einen Anstieg des kalkulatorischen Kostenpreises innerhalb von sechs Jahren um 47 %. Man muß sich diese Zahl durchaus einprägen, wenn wir hier Beschlüsse fassen.

Insofern hat der Finanzminister recht: Das Einstellen der notwendigen Beträge ist in jedem Haushalt schwierig und problematisch, besonders weil die Wechselkurse nicht in die Zuständigkeit der Landesregierung fallen.

(Zuruf des Ministers Dr. Posser)

- Das weiß ich nicht; das sehen Sie so.

Im Haushalt 1983 - das hat der Finanzminister gesagt - ist ursprünglich von einer Preisdifferenz von rund 27 DM ausgegangen worden, wie im Vorjahr.

Inzwischen liegen wir bei 61,70 DM. Natürlich - das sollten wir hier gerade im Parlament vortragen - gibt es bei der Frage des kostendeckenden Preises und der Ermittlung der Preisdifferenz auch immer einen Poker zwischen den Beteiligten. Insofern ist es aus der Sicht meiner Fraktion unverzichtbar, in jedem Jahr einen Selbstbehalt zu vereinbaren. Es darf also nicht so sein, daß das, was die Beteiligten an Preisen vorlegen, durch die Politik abgesegnet und die Differenz zu den Preisen der Importkohle in den Haushalt eingestellt wird.

(B) (Beifall bei der CDU)

Soviel nur zum Verfahren! Jedenfalls ergibt sich für Nordrhein-Westfalen als Ergebnis der Kokskohlerunde der hier als Nachtragshaushalt eingebrachte Mehrbedarf. Wir hoffen sehr, daß wir damit allmählich die ganze Wahrheit im Bereich der Kokskohlefinanzierung für das Jahr 1983 erreichen.

Noch einmal die Zahlen insgesamt! Der Absatz von 25 Millionen Tonnen Steinkohlenkoks an die deutsche und ausländische Stahlindustrie kostet den Steuerzahler in Bund und Land für das Jahr 1983 je nach Schätzung: Im August hatte das Land mit 1,8 bis 1,9 Milliarden DM gerechnet. Aufgrund des gestiegenen Dollarkurses wird es etwas weniger - dank des gestiegenen Dollarkurses; sonst wäre Ihr Haushalt noch stärker in die Bredouille geraten. Wir kommen jetzt auf knapp 1,5 Milliarden DM für den einen Zweck: der Kohleverwendung im Inland.

(Zuruf von der SPD: Na und?)

- Na und! Meinen Sie nicht, daß das Größenordnungen sind, über die wir hier reden müssen? (C

(Beifall bei der CDU)

Ich meine schon, daß wir, auch wenn es um die deutsche Steinkohle geht, da nicht einfach abhaken dürfen, gleichgültig, welche Beträge auf uns zukommen. Ich meine das umso mehr, als damit ja nur ein Ausschnitt aus unserer gemeinsamen Kohlepolitik beschrieben ist. Ich darf hier in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, daß der Gesamtbetrag nach vorsichtigen Schätzungen für ein Jahr derzeit bei 8 Milliarden DM liegt. Ich bitte auch das in Erinnerung zu behalten, wenn wir hier über den Nachtragshaushalt reden.

In der Kohlerunde wurde ja - und das ist hier allseits positiv vermerkt worden - Einvernehmen, insbesondere auch mit der IG Bergbau, über eine Reihe anderer Anpassungsmaßnahmen, die dort nötig sind und durch eine finanzielle Beteiligung des Landes und des Bundes sichergestellt werden müssen, erzielt. Wir haben diese Einigung aus Sorge um die Sicherheit unserer Energieversorgung erzielt, auch aus Sorge um die Leute, die im Bergbau beschäftigt sind. Nordrhein-Westfalen kann sich - das ist hier festzuhalten - auf die Bundesregierung auch und gerade bei der Zwei-Drittel-Finanzierung der aus der Kohlepolitik folgenden Lasten verlassen.

Der Wirtschaftsminister dieses Landes legte in der nachfolgenden Kokskohlerunde, deren Ergebnisse wir heute als Nachtragshaushalt haben, noch auf folgende Feststellung wert, die ich für sehr wichtig halte: (D

> Über eine weitere Erhöhung der Investitionsbeihilfe für den Bergbau kann erst dann gesprochen werden,

- wenn ich darf, bitte ich um etwas Ruhe, weil ich wörtlich zitieren möchte -

> wenn die Bergbauunternehmen ihre Anpassungskonzepte vorgelegt haben und Bund und Bergbauländer deren eigene Anstrengungen zur Kostensenkung und zum Verlustausgleich haben prüfen können.

Wir stimmen dieser Zeitabfolge ausdrücklich zu

(Beifall bei der CDU)

und weisen zusätzlich darauf hin, daß die Haushaltsansätze auf Bundesebene, was die Investitionsbeihilfe angeht, für das Jahr 1984 deutlich über den Haushaltsansätzen 1983 liegen. Auch der Zukunftssicherung wird

(Frau Thoben CDU)

also, soweit die Bundesregierung dazu gefordert ist, hinreichend Rechnung getragen. Es ist gut, daß - wie ich dem Schreiben des Wirtschaftsministers an den Wirtschaftsausschuß zu den Ergebnissen der Kokskohlerunde entnehmen kann - die Landesregierung diese Einschätzung teilt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Es spricht jetzt Herr Abg. Wilczok für die SPD-Fraktion.

Wilczok SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Thoben, Sie haben bei der Vorbereitung Ihrer Rede zum allergrößten Teil die gleichen Unterlagen wie ich zur Verfügung gehabt. Sie werden also einiges von dem, was Sie gesagt haben, wieder hören. Es wird mir wohl nicht gelingen, das immer zu kürzen, weil - -

(Zuruf von der CDU)

- Ich versuche das ja; ich werde nicht so viele Minuten in Anspruch nehmen.

Meine Damen und Herren, mit der Einbringung eines Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes wird vorgeschlagen, den Ansatz für Zuschüsse zur Erleichterung der Produktion von Kokskohle und Hochofenkoks sowie des Absatzes an die Eisen- und Stahlindustrie in revierfernen Gebieten und im innergemeinschaftlichen Austausch um 240 Millionen DM auf 473 Millionen DM zu erhöhen, also gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz 1983 mehr als zu verdoppeln. Die Unternehmen des Steinkohlebergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie erhalten damit einen Ausgleich in Höhe der Differenz zwischen den höheren Produktionskosten des deutschen Bergbaues und den niedrigeren Weltmarktpreisen, abgesehen von einem Selbstbehalt, der für 1983 beim Bergbau 4 DM je Tonne und beim Stahl 1 DM je Tonne beträgt.

Der Beitrag des Landes ist auch auf dem Hintergrund der gemeinsamen Entschließung des Landtags vom 22. Juni 1983 zu sehen, der damit noch einmal die Bereitschaft Nordrhein-Westfalens bekräftigt hat, die schwierigen Probleme des Steinkohlebergbaues mit lösen zu helfen. Die SPD-Landtagsfraktion steht nach wie vor uneingeschränkt zu diesem Beschluß. Sie hat daher den Beitrag begrüßt, den die Landesregierung am 10. Oktober 1983 anläßlich der Kohlerunde im Zusammenhang mit der dort beschlossenen Absicherung der Anpassungsmaßnahmen für den deutschen Steinkohlebergbau erbracht hat.

Schon bei der Kohlerunde wurde die Notwendigkeit einer kräftigen Erhöhung der Kokskohle-Förderbeihilfe und der Investitionshilfe deutlich. Die Kokskohlerunde am 25. November 1983 mit dem Bund und den Kohleländern hat dabei die notwendigen Festlegungen für die Kokskohle gebracht. Wir begrüßen deshalb, daß auch bei dieser Gelegenheit vom Bundesminister für Wirtschaft auf Wunsch des Landes Nordrhein-Westfalen eine Erklärung abgegeben wurde, die die Feststellung zum Inhalt hat, daß das Ergebnis der Kokskohleverhandlungen die in der Kohlerunde zugesagten Gespräche mit den Unternehmen des Steinkohlebergbaues über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Investitionshilfe nicht präjudiziert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kohlepolitik als Teil der Energiepolitik sollte zumindest mittelfristig angelegt sein und langfristige Perspektiven aufweisen. Bezüglich des Koks- und Kokskohlebereichs ist es deshalb von großer Bedeutung, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaften eine Neuregelung für Kokskohle und Koks zur Versorgung der Eisen- und Stahlindustrsie der Gemeinschaften beabsichtigt. Die dabei beabsichtigte Stabilisierung der Lieferbeziehungen im innergemeinschaftlichen Austausch von Kokskohle und Koks wird begrüßt. Dies sehen wir in der beabsichtigten echten Gemeinschaftsfinanzierung, der Erhöhung der Beihilfesätze sowie der vorgesehenen längeren Laufzeit von fünf Jahren.

Die scharfe Degression der beihilfefähigen Mengen gefährdet jedoch die langfristige Stabilisierung. Die SPD-Landtagsfraktion schließt sich deshalb der vom Bundesrat am 1. Juli 1983 an die Bundesregierung gestellten Forderung an, daß die Finanzierung der Absatzbeihilfe zunächst auf der Grundlage des bisherigen Systems, allerdings mit erhöhten Beihilfesätzen und mit längerer Laufzeit, fortgeführt wird.

Sollte dies nicht erreichbar sein, wäre zumindest eine flache und erst später einsetzende Degression der beihilfefähigen Mengen an gelieferter Kokskohle oder eine Regelung ohne Degressionsbestimmungen, jedoch mit dem Vorbehalt einer späteren Überprüfung der beihilfefähigen Mengen, zum Beispiel nach halber Laufzeit, anzustreben. Wir müssen ja daran denken, daß der Hüttenvertrag, dessen Bestand wir ebenfalls am 22. Juni gefordert haben, 1988 ausläuft und daß wir nahtlose Übergänge finden müssen.

Zur Finanzierung der Mehraufwendungen von 240 Millionen DM ist keine weitere Aufnahme von Krediten vorgesehen. 200 Millionen DM

(Wilczok SPD)

(A) werden aus ersparten Zinsen geleistet, 40 Millionen DM beim Personalhaushalt eingespart. Dennoch muß erneut, auch angesichts unserer schwierigen Haushaltssituation, ein kritisches Wort zu dieser Sonderlast von Nordrhein-Westfalen - das Saarland ist ja bekanntlich seit 1977 davon freigestellt - gesagt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesen Tagen verkündet der Bund mit großem Stolz, daß er 1984 die Verfassungsgrenze bei Neuverschuldung und Investitionen einhalten wird.

(Dr. Worms CDU: Das trifft auch zu.)

- Herr Dr. Worms, ich komme doch noch mit Nordrhein-Westfalen. Ich nehme an, daß Sie eben die feinen Untertöne beim Finanzminister mitbekommen haben.

(Dr. Worms CDU: Er ist ja nicht da.)

- Aber er hat eben gesprochen, und Sie haben doch alles behalten. - Unser Haushalt 1983 weist hier eine Differenz von über 1,2 Milliarden DM auf. Der Finanzminister hat sich, wenn nicht alle Zeichen trügen, beim Haushaltsvollzug sehr erfolgreich bemüht, einen wesentlichen Abbau zu erreichen - dies bei einer nur mäßigen Einnahmeverbesserung. Er hat ja nicht, wie sein Kollege Stoltenberg beim Bund, die Chance, den Bundesbankgewinn noch um 2,5 Milliarden DM aufzustocken. Also nicht bei den Einnahmen - das war nur
(B) mäßig, 1,1 % bis Ende November mehr -, aber mit erheblichen Einsparungen hat er das erreicht. Auch das ist Ihren Kollegen im Finanzausschuß indirekt, also mit Prozentzahlen, bereits gesagt worden.

Würden wir nicht in diesem Jahr einschließlich der 240 Millionen DM, die wir jetzt im Nachtrag bereitstellen müssen, fast 1 Milliarde DM - genau sind es 977 Millionen DM - konsumtiver Bergbauausgaben leisten, könnten die Forderungen des Artikels 83 der Landesverfassung schon mit der Jahresrechnung 1983 erfüllt werden, und zwar selbst dann, wenn wir in diesem Fall als Land zu der 1 Milliarde DM entsprechend unserer Einwohnerzahl einen angemessenen Selbstbehalt leisten müßten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Thoben hat soeben unsere gemeinsame Entschließung vom 22. Juni 1983 angesprochen. Sie ist in der Tat der wichtigste Ausgangspunkt für unsere gemeinsamen Anstrengungen in Richtung Bund. Ich meine, man muß hier unsere Forderung nach angemessener Beteiligung im Finanzausgleich und auch bei den Bundesergänzungszuweisungen (I sehen; denn diese Leistung bringt Nordrhein-Westfalen in dieser Form allein auf. Ich kenne, verehrter Herr Kollege Worms, Ihre guten Beziehungen in Richtung Bundeskanzleramt.

(Dr. Worms CDU: Ernst, ich kann dich ja mal mitnehmen. - Heiterkeit)

- In Bottrop war er ja schon. - Ich hoffe und wünsche, daß im Interesse unseres Landes unsere gemeinsamen Bemühungen, dem Land und seinen Bürgern zu helfen, zum Ziele führen.

Die SPD-Fraktion stimmt der Überweisung der Vorlage an die zuständigen Ausschüsse zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Winkels: Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Wer der Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an den Wirtschaftsausschuß zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Sauerland/Paderborn-Gesetzes (I

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 9/2941
erste und zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 9/2974
erste Lesung

Meine Damen und Herren, beide Fraktionen haben im Ältestenrat vereinbart, daß der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 9/2941 heute in erster und zweiter Lesung beraten wird. Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 9/2974 wird heute nur in erster Lesung beraten und dem Ausschuß überwiesen. Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne nun die Beratung beider Gesetzentwürfe in erster Lesung und erteile als erstem Redner Herrn Abg. Mernizka für die Fraktion der SPD das Wort.

1) Mernizka SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der vorgerückten Zeit will ich mich kurz fassen. Ich glaube, man kann eine Vorbemerkung zu dieser Frage machen: Was lange währt, wird endlich gut. Es ist sicherlich gut, daß heute durch die Änderung des Sauerland/Paderborn-Gesetzes beschlossen wird, daß der Kreisname Siegen um Wittgenstein ergänzt wird und somit Siegen-Wittgenstein heißt.

Wenn ich mir erlauben darf anzudeuten, wie lange dieses Thema besonders in Wittgenstein und in Siegen behandelt wird, so kann man auf zehn Jahre Begehren zurückblicken. Zuerst bestand noch im alten Kreis Wittgenstein im Vorfeld der kommunalen Neugliederung die Forderung, den neuen Großkreis Siegen-Wittgenstein zu nennen, und dann in vielen, vielen Kreisausschuß- und Kreistagsbeschlüssen des neuen Großkreises. Auch darf ich noch erwähnen, daß alle wesentlichen Institutionen, daß alle Gemeinden in Wittgenstein mehrere Beschlüsse in Anträgen an den Landtag oder an den Innenminister gefaßt haben.

Ich glaube, das ist auch richtig, obwohl ich - das sage ich hier auch ganz deutlich - noch vor drei Jahren anderer Auffassung war, weil ich den Umfang der ganzen Sache nicht mit verantworten konnte. Jetzt bin auch in der Auffassung, daß es richtig ist, heute hier diese Gesetzesänderung zu beschließen; denn es ist sicherlich nicht von der Hand zu
3) weisen, daß Wittgenstein aufgrund seiner historischen Bedeutung, aber auch geografischen Situation ein Anrecht darauf hat, daß sein Name auch offiziell im Kreisnamen mit enthalten ist, wodurch zugleich die Identifikation der Bevölkerung mit diesem Kreis verbessert wird.

Es besteht für mich kein Zweifel - wir haben das ja auch in der Begründung des Gesetzentwurfs gesagt -, daß hiermit nicht verbunden werden kann, die kommunale Neugliederung oder etwas anderes infrage zu stellen. Wir stellen hier heute den Antrag speziell für den Kreis Siegen-Wittgenstein und nicht für andere. Wir meinen, dies ist eine politische Entscheidung. Die Begründung will ich nicht wiederholen; sie steht im Antrag.

(Wagner (Oberhausen) CDU: Das hätten Sie schon vor zwei Jahren haben können.)

Ich hätte es sehr begrüßt, wenn auch die Gemeinsamkeit für diese Initiative hätte hergestellt werden können.

(Wagner (Oberhausen) CDU: Unser Angebot wurde zweimal ausgeschlagen!)

Das wäre noch besser gewesen; denn ich habe immer vertreten, daß solche Fragen sich für eine parteipolitische Auseinandersetzung nicht eignen. Ich glaube, daß Herr Knipschild und ich - unabhängig von den verschiedenen Wegen, die gegangen worden sind - letztlich gemeinsam wollen, diesen Kreisnamen zu ändern, weil wir wissen, daß es ein ernstes Anliegen der Bevölkerung im ehemaligen selbständigen Kreis Wittgenstein ist, und weil wir wissen, daß es in gewissem Umfang auch eine wirtschaftliche Frage ist. Denn es gibt keinen Zweifel, meine Damen und Herren: Der Schwerpunkt der Wirtschaftskraft dieses Raumes liegt im Fremdenverkehr, im Kurortewesen, und es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, daß durch die Änderung dieses Kreisnamens auch eine offizielle Werbung über das hinaus, was durch die Fremdenverkehrs- und Kurortewerbung möglich ist, vonstatten gehen kann. (C)

Ich bitte also, meine Damen und Herren: Stimmen Sie dieser Änderung zu! Damit haben Sie sicherlich der Wittgensteiner Bevölkerung einen Dienst erwiesen; aber Sie haben auch vom Landtag aus eine Sache mitbestimmt, die man nicht nur regional, bezogen auf den südlichsten Zipfel dieses Landes, sehen kann, sondern die sicherlich in gewissem Umfang auch eine landespolitische Bedeutung hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Winkels: Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Abg. Knipschild; ich erteile ihm das Wort. (D)

Knipschild CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist ein Tag der Freude für die Bevölkerung einer Region, die in geografischer, topografischer und wirtschaftsstruktureller Hinsicht nicht zu den bevorzugten Teilen unseres Landes Nordrhein-Westfalen gehört und die mit der kommunalen Neugliederung 1975 ihren seit Jahrhunderten angestammten Eigennamen verloren hat.

Dies ist aber auch eine Stunde der Genugtuung für den Abgeordneten, der nun ein Anliegen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung seines Wahlkreises erfüllt sieht, das er mit dem Einzug in dieses Parlament von seinem Vorgänger sozusagen geerbt hat und für das er in den gut 3 1/2 Jahren Zugehörigkeit zu diesem Hause viele Aktivitäten investiert hat.

(Selle SPD: Und der SPD jetzt sehr dankbar ist! - Gegenruf von der CDU: Wenn ihr auf uns gehört hättet! - Selle SPD: Herr Knipschild weiß schon, was er richtigerweise sagt.)

(Knipschild CDU)

(A) - Herr Selle, Ihrer Person wende ich mich ganz speziell in diesem Zusammenhang noch zu, ich hoffe, in humorvoller Weise.

Mit Drucksache 9/2941 liegt uns ein Gesetzentwurf der Fraktion der SPD vor, der die strohtrockene und etwas überdimensionierte Überschrift trägt: "Gesetz zur Änderung des Sauerland/Paderborn-Gesetzes". Dieser Gesetzentwurf soll in erster und zweiter Lesung beraten und gleichzeitig damit soll das "Gesetz zur Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen" - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 9/2974 - in erster Lesung behandelt werden. Und dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es ganz einfach nur um die Änderung des Kreisnamens "Siegen" in "Siegen-Wittgenstein"!

Weshalb führe ich das in dieser Deutlichkeit so aus? Ich meine, wenn Namen etwas mit Selbstgefühl und Identifikation von Menschen zu tun haben und wenn Sprache das Verständigungsmittel der Menschen untereinander ist, dann wird an dieser Äußerlichkeit, an der Titulierung dieser hier zu beratenden Gegenstände, deutlich, wie schwer sich heute Staat und Verwaltungen damit tun, das Gefühl - das Gefühl! - ihrer Bürger in ihre Entscheidungen und Maßgaben einzubeziehen. Sollte es uns nicht zu denken geben, welche legislativen und exekutiven Verrenkungen dem heutigen Tag mit den vorliegenden Anträgen vorausgegangen sind?

(B) Im Volksmund gibt es das sehr populäre Sprichwort - Herr Mernizka, ich schließe mich dem an, was Sie gemeint haben -: "Was lange währt, wird endlich gut." Auch das bestätige ich. Ich habe ein anderes Sprichwort parat: "Aller guten Dinge sind drei." Dieses Sprichwort paßt sehr gut auf den heutigen Beratungsgegenstand. Nach zweimaligem vergeblichen Versuch seitens der CDU-Fraktion in diesem Hause im Februar 1980 und im Juli 1981 ist heute der dritte Anlauf im Gange und wird - hoffentlich einvernehmlich und gut - gelingen.

Insofern, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ist es völlig überflüssig, über die Vorgeschichte Ihres heutigen Antrages - ich betone "Ihres"; die Gemeinsamkeit ist leider in der letzten Stunde der Eingabe nicht mehr zustande gekommen - bei uns Motivationsforschung zu betreiben. Unsere Motive für einen solchen Antrag sind seit drei Jahren offenkundig. Ebenfalls wird es nach vollbrachter Tat völlig überflüssig sein, darüber zu streiten, wer die größeren Verdienste bei diesem längst überfälligen Vollzug des Begehrens der Wittgensteiner Bevölkerung hat. Die Bürger dort wissen um die Bemühungen der CDU seit vielen Jahren. Sie kennen aber auch die Mehrheitsverhältnisse in diesem Landtag und haben deshalb beharrlich, nachhaltig und, wie wir heute wissen, erfolgreich versucht, auch die Mehrheitsfraktion von ihrem berechtigten Begehren zu überzeugen. (

(Beifall bei der CDU)

Ob die näher rückenden Wahlen der nächsten Zeit, insbesondere die Kommunalwahl im Herbst 1984 und/oder die Landtagswahl im Frühjahr 1985, Ihren bisherigen Widerstand mehr als ihre Einsichts- und Lösungsbereitschaft abgebaut haben, mag offen bleiben; die Frage müßten Sie sich selbst beantworten.

Im übrigen, sehr verehrter Herr Kollege Selle, müßte dieses Parlament entsprechend Ihren prognostischen Fähigkeiten ab heute in die Gilde der Zirkusakrobaten aufgenommen werden, weil Sie ausweislich der Lokalpresse vom 9. Mai 1983 behauptet haben - ich zitiere wörtlich -: "Dann müßte der Landtag erst einen Salto mortale schlagen, ehe die Namensänderung hier noch einmal auf die Tagesordnung käme."

(Beifall bei der CDU - Selle SPD: Das beweist, wie hartnäckig wir dicke Bretter gebohrt haben.)

Nun müssen Sie noch vor Ablauf dieses Jahres hier erleben, daß dieser Antrag nicht nur auf der Tagesordnung steht, sondern daß er sogar noch von Ihrer Fraktion eingebracht worden ist. Der Gipfel wäre gewesen, Sie persönlich hätten ihn auch noch begründen müssen oder wollen. (I

(Selle SPD: Sie wissen gar nicht, wo wir überall Salti mortale geschlagen haben.)

Ich hoffe, Herr Kollege Selle, Sie haben genügend trainiert, damit Sie sich bei ihren akrobatischen Übungen keine Blessuren zuziehen. Die CDU-Fraktion jedenfalls möchte in Ermangelung artistischer Fähigkeiten und weil sie schon immer das heutige Ziel, aber auf geradem Wege und ohne Salto mortale, erreichen wollte, auf diese Turnübungen verzichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt der Umbenennung des Kreises Siegen in "Siegen-Wittgenstein" zu.

(Beifall bei der CDU)

Die große historische Bedeutung und die über 800jährige Geschichte dieses Namens recht-

(Knipschild CDU)

A) fertigen unseres Erachtens diese Entscheidung.

(Aigner SPD: Deswegen haben wir es auch getan.)

Nachdem von dieser Stelle aus von meinem Vorgänger Falke und auch schon von mir vor zweieinhalb Jahren die Einzelheiten der geschichtsträchtigen Bedeutung dieses Namens vorgetragen worden sind, möchte ich heute auf weitere Details verzichten. Lassen Sie mich aber einige Ausführungen zum Umgang mit der Historie machen. Wenn wir in jüngster Zeit immer vorsichtiger und zurückhaltender mit dem Abbruch denkmalwürdiger Bauten, mit der Liquidierung geschichtsträchtiger Namen und mit der Gefährdung wertvollen Kulturgutes werden, so ist das meiner Meinung nach die Folge eines notwendigen Umdenkens gegenüber mancher Gedankenlosigkeit der Vergangenheit. Auf diesem Sektor sollten wir über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam handeln.

(Zustimmung bei der CDU)

Darüber hinaus möchte ich auch heute noch einmal den zusätzlichen Aspekt erwähnen, den ich zu Beginn meiner Rede kurz streifte und der weniger von politischer und rationaler als von emotionaler Natur ist. Wir beklagen über die Parteigrenzen hinweg die zunehmende Kälte und Distanz zwischen Bürger und Staat. Staatsverdrossenheit und Bürgerfrustation gehören zu der Alltagserfahrung von uns
B) politisch Verantwortlichen. Ich bin fest davon überzeugt, daß unsere heutige gemeinsame Entscheidung dazu beiträgt, diese moderne Zeiterscheinung zumindest in einer kleinen Region unseres Landes, nämlich im Bereich Wittgenstein, zu reduzieren und die Heimatverbundenheit der Bürger dort zu stärken.

Die oft geäußerte Befürchtung, daß nun ein Dammbruch passiere und durch die Schaffung eines Präzedenzfalles viele "Neugliederungsgeschädigte" auf den Plan gerufen würden, halte ich für unbegründet. Erstens geht es im vorliegenden Falle auch nicht andeutungsweise um die Revidierung der Ergebnisse der kommunalen Neugliederung; diese ist auch zu keinem Zeitpunkt von den Bürgern dort begehrt worden, wenngleich damit nicht alle Ergebnisse der Gesetze von 1974 außerhalb jeder Kritik bleiben müssen, wie das selbst die höchsten Repräsentanten unseres Staates, nämlich der Bundespräsident und der Bundeskanzler, noch im Vorjahr einvernehmlich bekundet haben. Zweitens müßte eine gleiche historische Bedeutung, wie sie der Name "Wittgenstein" hat, im Lande erst aufgegriffen und vorgetragen werden. Und drittens soll der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur (C)
Änderung der Kreisordnung, zu dem Kollege Köhler gleich kurz Stellung nehmen wird, für die Regelung ähnlicher Fälle in Kraft gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich als Wahlkreisabgeordneter allen Bürgern danken, die seit der Neugliederung am 1. Januar 1975 zu keinem Zeitpunkt in der Verfolgung ihres Zieles, sich wieder "Wittgensteiner" nennen zu dürfen, müde geworden sind und nie resigniert haben.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere der Wittgensteiner Heimatverein hat sich mit seinem nachhaltigen und sehr sachlichen Einsatz in dieser Angelegenheit bleibende Verdienste erworben.

Ich danke ausdrücklich allen Kommunalpolitikern der Städte und Gemeinden sowie des Kreistages, deren Bemühungen heute ihren sichtbaren Erfolg zeitigen.

Auch ein Wort des Dankes, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich an den Herrn Ministerpräsidenten und an den Herrn Innenminister richten, die, so glaube ich, durch ihre Besuche in Bad Berleburg im vorigen Jahr die Pionierfunktion bei der Meinungsänderung in ihrer Fraktion bewirkt haben.

(Wendzinski SPD: Und Herr Denzer! Das war das Wichtigste!) (D)

- Und Herr Denzer; Verzeihung, ihn hätte ich mit erwähnen sollen.

Ich meine, daß ein solches Lob in dieser Angelegenheit auch einem Oppositionspolitiker einmal von der Zunge gehen sollte. Wir haben ja leider so selten Gelegenheit, Sie zu loben,

(Zustimmung bei der CDU)

so daß ich heute gern einmal die Ausnahme von der Regel sein möchte.

Ich bitte alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen, und danke für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld mit mir.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Winkels: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Müller von der Fraktion der SPD.

(A) Müller (Mülheim/Ruhr) SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem Tagesordnungspunkt bringt die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung der Kreisordnung ein. Es ist möglicherweise nicht ein weltumspannendes Problem, aber vielleicht doch eines, das die Gefühle zu mobilisieren vermag.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb wollen auch wir es mit der gebotenen Sensibilität behandeln.

Wir fragen uns allerdings, warum es einen gesonderten Gesetzentwurfes bedarf, wenn ohnehin jetzt die Gemeinde- und auch die Kreisordnung durch die Landesregierung novelliert werden und man eine solche Frage auch im Rahmen der Beratungen dieser Novellierung innerhalb der Ausschüsse hätte behandeln können.

Wir fragen uns, ob es wirklich ein Regelungsbedürfnis gibt, ob es dazu eines gesonderten Gesetzentwurfes bedarf. Gibt es Fälle - und wenn ja: wie viele und welche -, in denen der offenkundige mehrheitliche Wille der Bevölkerung in den Kreisen, einen anderen Namen zu erhalten, vom Innenminister nicht beachtet worden ist?

Vizepräsident Winkels: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Daners?

(B) (Müller (Mülheim/Ruhr) SPD: Aber sicher!)

- Bitte, Herr Abg. Daners!

Daners CDU: Herr Kollege, wären Sie bereit, mit uns darüber nachzudenken, was denn nun den Innenminister bewogen hat, jetzt eine erneute Änderung der Gemeindeordnung binnen kurzer Zeit vorzulegen, nachdem eine Änderung der Gemeindeordnung bereits auf dem Tisch lag?

Müller (Mülheim/Ruhr) SPD: Ja, selbstverständlich. Die Frage kann man heute schon beantworten; denn es war ja einvernehmlich geklärt worden, daß nach der letzten Änderung der Gemeindeordnung die Gemeinden und die Kreise befragt werden sollten, welche Erfahrungen sie damit gemacht haben. Diese Erfahrungsauswertung sollte der Novellierung zugrundegelegt werden. Dieses ist geschehen. Wir werden uns morgen und fortlaufend im Fachausschuß mit dieser Frage zu beschäftigen haben.

Wir fragen uns, ob nicht vielleicht doch mit diesem Gesetzentwurf der Eindruck erweckt werden soll, daß gleichsam bislang bestehender Bürgerwille seitens der Landesregierung oder des Innenministers unterdrückt worden sei. (C

Gibt es wirklich, meine Damen und Herren, eine Notwendigkeit, eine Regelung zu ändern, über die jahrzehntelang nie sonderlich Klage geführt worden ist und die auch immer einvernehmlich von der CDU mitgetragen worden ist - auch in Ihrer Regierungszeit?

Natürlich stellt sich die Frage - und wir werden diese mit Ihnen im Kommunalpolitischen Ausschuß diskutieren wollen -: Ist der von der CDU vorgeschlagene Weg der richtige, wenn schon dieser Paragraph der Kreisordnung geändert werden soll?

Die CDU sagt in ihrem Änderungsvorschlag, daß das Selbstverwaltungsrecht der Kreise gestärkt werden soll. Wenn dies dafür ein geeignetes Mittel ist, sind wir gern bereit, dies mitzutragen. Aber wir stellen schon heute die Frage, ob das dann nicht auch für die Gemeinden gelten müßte. Muß man nicht, wenn man das den Kreisen zugesteht, möglicherweise auch den Gemeinden das Recht zugestehen, von sich aus Namensänderungen mehrheitlich durchzusetzen? Gilt nicht gleiches Recht für alle?

Folgerichtig frage ich weiter: Provoziert man mit einer solchen Änderung von Gemeinde- und Kreisordnung nicht möglicherweise eine landesweite Diskussion über Namensänderungen und schließlich auch die Infragestellung der Ergebnisse der Gebietsreform der 70er Jahre, die in diesem Hause in dieser Form sicherlich niemand will? (D

Ist es wirklich so, meine Damen und Herren, daß der Name eines Kreises beziehungsweise einer Gemeinde nicht nur für die unmittelbar Betroffenen, die Bürger im Kreise und in der Gemeinde, von Bedeutung ist, sondern daß vielmehr ein überregionales öffentliches Interesse daran besteht, daß ein Kreis einen Namen hat, der einfach und klar ist, daß sich keine Verwechselungsgefahren hinter dieser Angelegenheit verbergen, daß der Name beständig ist, daß er kontinuierlich gebraucht wird, also möglichst selten geändert wird, und daß der geschichtliche Hintergrund, die Entwicklung der Gemeinde oder des Kreises im Namen möglichst aufscheinen soll, damit die Identifikation des Bürgers mit seiner unmittelbaren Heimat gestärkt wird? Und sind dies nicht Fragen, die auch der ordnenden, ausgleichenden Hand seitens des Landes - nicht nur des Regierungspräsidenten, wie Sie es in Ihrem Gesetzentwurf anheimstellen - bedürfen?

(Müller (Mülheim/Ruhr) SPD)

Den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Änderung des Kreisnamens Siegen, heute hier in zweiter Lesung zu behandeln, zeigt, daß man auch mit dem bestehenden Recht dem mehrheitlichen und klar vorgetragenen Bürgerwillen Rechnung tragen kann.

Ganz so einfach, wie die CDU es mit ihrem Gesetzentwurf hinsichtlich der damit, meine Damen und Herren, verbundenen Kosten sieht, nämlich daß vermutlich keine Kosten entstehen, scheint es nicht zu sein. Es ist schon so: Wenn Sie den Namen einer Gemeinde oder eines Kreises ändern, kommt es wie bei einer Straßenumbenennung für den Bürger praktisch auf einen Umzug heraus, weil alle möglichen Dateien und Angaben geändert werden müssen.

Vizepräsident Winkels: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

(Müller (Mülheim/Ruhr) SPD: Bitte, Herr Weiss!)

- Herr Abg. Weiss zu einer Zwischenfrage!

Weiss CDU: Herr Kollege, wenn ich Ihre Argumente, die dazu dienen sollen, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen, richtig verstehe, stellt sich mir die Frage: Muß ich denn davon ausgehen, daß Sie anschließend Ihren Antrag zurückziehen, weil die Argumente, die Sie vortragen, genau gegen Ihren eigenen Antrag sprechen?

Müller (Mülheim/Ruhr) SPD: Dann hätten Sie mich völlig mißverstanden, Herr Kollege Weiss. Wir werfen die Frage auf, ob die bestehenden rechtlichen Gegebenheiten nicht ausreichen, Änderungswünsche, die seitens der Gemeinden und Kreise bestehen, durchaus zufriedenstellend zu behandeln. Dies muß man doch wohl tun dürfen, wenn ein neuer Gesetzentwurf von Ihnen eingebracht wird, der neben dem, was hier als Gesetzentwurf für die Namensgebung Siegen-Wittgenstein steht, grundsätzlich neue Fragen aufwirft. Wir wollen diese Fragen ja gemeinsam mit Ihnen klären, aber nicht von vornherein unsere Zustimmung dazu signalisieren.

Wir wollen diese Fragen mit Ihnen gemeinsam im Kommunalpolitischen Ausschuß besprechen. Hoffentlich kommen wir dann, wie mit den meisten Regelungen zur Gemeinde- und Kreisordnung in der Vergangenheit geschehen, hier zu einem gemeinsamen Ergebnis. Auch wir sind nicht der Meinung, daß hier der Obrigkeitsstaat fröhliche Urständ feiern sollte, indem die Obrigkeit, das Land, wie ein Vater den Kindern ihren Namen gibt, ihn zuweist oder stiftet, gleichsam nach der biblichen Feststellung: "Ich nenne dich bei deinem Namen, du bist mein." Wir kleben nicht an unbegründeten Hoheitsrechten. Darum sind wir offen für jede Regelung, die den Interessen der Bürger wahrhaft dient und die Bürokratie und Anonymität des Verwaltungshandelns vermeidet. Wir sollten aber auch nicht in den Fehler verfallen, mit vermeintlichen neuen Freiheiten neuen Ärger zu provozieren oder uns und den Bürgern falsche und übertriebene Hoffnungen zu machen. (C)

Entscheidend bleibt die Frage, ob die bisherige Regelung in der Kreis- und auch in der Gemeindeordnung, was Namensänderungen betrifft, nicht ausreicht, dem deutlichen Mehrheitswillen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, so wie es übrigens in den meisten Bundesländern, neben Nordrhein-Westfalen, der Fall ist. Kommen wir in der Ausschußberatung zu einem anderen Ergebnis, dann sind wir gern bereit, das gemeinsam mit Ihnen zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Winkels: Jetzt hat Herr Abg. Köhler von der Fraktion der CDU das Wort.

Köhler CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden - Sie hörten es - den Gesetzentwurf Drucksache 9/2941 zustimmen. Das entspricht unserem Wollen, wie eigene Gesetzentwürfe in der Vergangenheit deutlich gemacht haben. Aber, Herr Kollege Müller, die etwas langwierige und traurige Entwicklung, die diesem Gesetz vorausgegangen ist, veranlaßt uns zu unserem Gesetzentwurf Drucksache 9/2974. Bei den Namen kommunaler Gebietskörperschaften haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, daß auch der andere etwas damit anfangen muß, derjenige, der nicht dort wohnt. Ich habe manchmal den Eindruck, daß das bei einigen Namen nicht mehr ganz einfach ist. Die Namen kommunaler Gebietskörperschaften beginnen, im Bewußtsein unserer Bürger, wie auch der Bundeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" beispielhaft deutlich gemacht hat, wieder an Bedeutung zu gewinnen. Ganz allmählich wächst die Erkenntnis, daß Namen etwas mit der Identität, der besonderen Eigenart, der Geschichte und der Tradition zu tun haben oder zu tun haben sollten. (D)

Kunstnamen - wir haben ja solche -, ein scheußliches Produkt, auch ein Zeugnis für die Einfallslosigkeit bei der kommunalen Neugliederung in vielen Bundesländern, erfüllen diese Voraussetzung nicht. Fragen Sie mal jemanden, wo der Main-Taunus-Kreis,

(Köhler CDU)

(A) der Werra-Meißner-Kreis und wie sie alle heißen, ist. Es gibt nicht die Möglichkeit des Anbindens für den Außenstehenden. Beispiele aus unserem Lande will ich aus Pietät nicht nennen.

(Zuruf von der SPD: Paderborn!)

- Paderborn ist bekannt, das ist ja eine gute Sache, das weiß jeder. Der Kreis Paderborn bleibt auch so. Das ist auch ein uralter Name, der nicht nur Tradition hat, sondern auch eine Programmaussage ist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe)

- Eine gute Programmaussage! Der Kreistag Siegen hatte ein feines Gespür für diese Zusammenhänge. Heute kommen wir endlich dem Petitum durch ein Gesetz nach. Daß ein solches in Zukunft nicht mehr erforderlich sein sollte, selbst dann, wenn der Name durch Gesetz verordnet ist, das sieht auch der Gesetzentwurf vor, den wir morgen behandeln. Da stellt sich genau die Frage, ob denn nun der Innenminister die geeignete Institution ist. Der Gesetzentwurf morgen sagt: Der Innenminister kann den Namen ändern. Der Gesetzentwurf, den wir morgen behandeln, sagt nicht, da bedürfe es einer Mehrheit des Kreistages. Er spricht nur davon, daß der Innenminister den Kreistag anhören muß. Hier ist die Frage nach der Bürgernähe gestellt, oder wie Sie es auszudrücken beliebten, nach dem Obrigkeitsstaat. Wir meinen, die Erfahrung der letzten
(B) Jahre hat uns gelehrt, daß uns sachgerechte, dem Wesen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie - ich lege Wert auf diese Feststellung - entsprechende, den Wählerwillen berücksichtigende und das verfassungsmäßige Recht der kommunalen Selbstverwaltung achtende Entscheidungen und Vorschläge vom Innenminister nicht immer vorgelegt worden sind. Diese Meinung ist unter Kommunalpolitikern, unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit, unstreitig. Doch selbst wenn wir den weisesten und kommunalfreundlichsten Innenminister aller Zeiten hätten, die Entscheidung über den Namen gebührt nicht ihm, sondern sie gebührt dem Gremium, das durch Wahl der Bürger zur Vertretung der Bürger berufen ist: dem Kreistag!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Winkels: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wilmbusse? - Bitte, Herr Abgeordneter!

Wilmbusse SPD: Herr Kollege Köhler, mit (C dieser Begründung müssen Sie eigentlich auch den Gemeinderäten die Zuständigkeit für solche Änderungen des Gemeindenamens zubilligen. Oder ist das nicht so?

Köhler CDU: Sie haben recht. Der Aufhänger war in diesem Fall das Siegerland-Gesetz und nicht eine Novellierung anderer Gesetze. Wir haben das an diesem Beispiel aufgehängt.

Dieser Vorschlag von uns ist selbstverwaltungsgerecht. Er läßt die Entscheidung da, wo sie verantwortet werden muß. Er bindet sie - ich bitte auch das zu beachten - aus guten Gründen, auf die ich nicht eingehen muß, an ein hohes Quorum. Es stellt die Entscheidung, weil das auch für jeden Kenner selbstverständlich ist, unter einen Genehmigungsvorbehalt. Sie können selbstverständlich mit uns darüber reden, ob die Genehmigung höher oder woanders angesiedelt werden muß. Darüber kann man selbstverständlich reden. Darüber läßt sich nachdenken, weil ja Kostenauswirkungen und Mehrfachnamen eine Rolle spielen. Wir meinen aber, die Entscheidung gehörte in den Kreistag.

Dazu noch einen Hinweis. Der Ministerpräsident hat kürzlich den Bericht und die Vorschläge der sogenannten Ellwein-Kommission, die er berufen hatte, der Öffentlichkeit vorgestellt. In diesem Bericht sind manche erwägenswerte Vorschläge enthalten. Ein besonderes Kapitel widmet dieser Bericht - er hat es so überschrieben - der "Stärkung der (D Gemeinden". Bei diesem Kapitel geht der Bericht zunächst einmal auf die Entwicklung seit 1945 ein. Er beschreibt - besser: er beklagt - die gegenwärtige Situation. Er hält deshalb eine Stärkung der Gemeindeautonomie für dringend geboten. Sie soll in drei Bereichen erfolgen: in der Stärkung der Satzungsautonomie, in der Stärkung der Finanzautonomie und in der Stärkung der Organisationsautonomie. Ich will mich mit den ersten beiden, weil sie mit dem Thema nichts zu tun haben, nicht befassen.

Zur Stärkung der Organisationsautonomie wird der Gesetzgeber zu einem weitgehenden Verzicht auf Verfahrensregelungen und dazu aufgefordert, die Ordnung der kommunalen Ebene und deren Organisationsautonomie zu respektieren.

Das, meine Damen und Herren, habe ich in den letzten Jahren zunehmend vermißt. In vielen Gesetzen sind kommunale Gebietskörperschaften behandelt worden - in dem, was wir morgen behandeln, steht wiederum so etwas -, als ob es sich um zu einer eigenen

(Köhler CDU)

A) Entscheidung unfähige und unmündige Kinder handelte. Das, was wir hier beantragen, ist ein ganz kleiner Teil. Er gehört in die Beratung des Gesamtgesetzes zweifelsfrei mit hinein. Aber ich meine, wenn es einmal einen Anlaß zur Namensänderung geben sollte, dann soll diese Namensänderung diejenige kommunale Gebietskörperschaft verantworten, die sich auf den Willen der Bürger stützt. Das wollen wir. Damit hätten wir ein Stück der so oft zitierten Bürgernähe zumindest möglich gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Winkels: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar lasse ich zunächst abstimmen über die Überweisung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU Drucksache 9/2974. Wer der Überweisung dieses Gesetzentwurfes an den Ausschuß für Kommunalpolitik zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nun den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 9/2941 in zweiter Lesung auf und eröffne die Beratung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist geschlossen.

B) Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 9/2941 in zweiter Lesung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 9/1390 (Neudruck)
zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU
Drucksache 9/2909

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
Drucksache 9/2993
zweite Lesung

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten. (C)

(Glocke des Präsidenten)

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und eröffne die Beratung. Als erstem Redner erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abg. Ostrop, das Wort.

Ostrop CDU: Meine Damen und Herren! Was der Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft mit Drucksache 9/2993 dem Landtag vorlegt, ist nicht so spektakulär, daß es Schlagzeilen machen würde. Trotzdem möchte ich den Bericht des Ausschusses und die Beschlußempfehlung mit kurzen Worten ergänzen. Es geschieht nämlich nicht alle Tage, daß aus der Mitte des Hauses ein Gesetz oder eine Gesetzesnovelle eingebracht wird. Noch seltener ist es, daß beide Fraktionen des Hauses gemeinsam eine Gesetzesinitiative ergreifen und auch in kürzester Zeit verabschieden. Dies ist hier der Fall.

Nach einer ersten Initiative der CDU, die in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen mündete, ist eine erste Korrektur des Landeswassergesetzes fällig. Die Richter des Oberverwaltungsgerichtes haben nämlich einen Gesetzestext im Landeswassergesetz anders verstanden, als Landesregierung und Parlament ihn gemeint haben, und es bestätigt sich erneut, daß vor Gericht und auf hoher See jedermann in Gottes Hand ist, also auch Landtag und Landesregierung. (D)

Dadurch entstand eine Rechtsunsicherheit, die zahlreiche Bauvorhaben im Lande Nordrhein-Westfalen verzögerte oder verhinderte. Dies wird heute beseitigt, und zwar so, daß die mit dem Landeswassergesetz angestrebte geordnete und umweltfreundliche Beseitigung von Abwässern nicht beeinträchtigt wird.

Vor und nach der Einbringung dieser Novelle sind zahlreiche Verbände, erst heute noch der Bundesverband der Deutschen Industrie, an uns herangetreten, um andere, nach ihrer Meinung notwendige Korrekturen des Landeswassergesetzes vorzuschlagen. Dies war nicht möglich, weil die Absprache zwischen den Fraktionen sich auf den einen Punkt beschränkte und es den Rahmen unserer Bemühungen gesprengt hätte, wenn wir uns anderen tatsächlich oder vermeintlich notwendigen Korrekturen zugewandt hätten.

Dies gilt auch für einen Hinweis des Landesrechnungshofes, der in anerkennenswerter Aufmerksamkeit die Frage aufgeworfen hat, ob

(Ostrop CDU)

(A) die nach dem Landeswassergesetz von der Behörde festzusetzende Abwasserabgabe in jedem Fall zu zahlen sei oder ob der Rechtsbehelf des Widerspruchs und eine Klage aufschiebende Wirkung haben. Wäre dies der Fall, so der Landesrechnungshof, könne zum Beispiel mit den im Haushaltsplan 1984 erwarteten Einnahmen aus der Abwasserabgabe in Höhe von 130 Millionen DM nicht in vollem Umfang gerechnet werden. Der Landesrechnungshof war alarmiert durch einen Beschluß des hessischen Verwaltungsgerichtshofes, wonach Widerspruch und Klage gegen Abwasserabgabebescheide aufschiebende Wirkung hätten.

Trotzdem hält der Ausschuß eine Gesetzesinitiative zur Zeit nicht für notwendig, weil das Oberverwaltungsgericht in Münster erst vor wenigen Tagen in einem Streitfall die sofortige Vollziehung eines beanstandeten Wasserabgabebescheides angeordnet hat. Dies bedeutet, daß ein Widerspruch gegen eine Abgabe keine aufschiebende Wirkung hat.

Schließlich haben wir auch auf Anregung der mitberatenden Ausschüsse einige Regelungen getroffen, die die Verwaltung vereinfachen und die Handhabung des Gesetzes praktikabler gestaltet haben. Wir hoffen, daß wir damit Herrn Ellwein und Ihnen und uns allen eine kleine Weihnachtsfreude gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

(B) Vizepräsident Winkels: Für die Fraktion der SPD erteile ich nunmehr das Wort Herrn Abg. Gorlas.

Gorlas SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch einmal durchgelesen, was ich zur ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes gesagt habe. Ich bin der Meinung, zur Sache ist eigentlich, zumindest aus unserer Sicht, alles gesagt worden. Darum will ich nur noch einige wenige Bemerkungen - auch in Anbetracht der Zeit - zu den Punkten machen, die wir im Ausschuß in der Beratung noch geändert haben.

Erstens! Ich bitte alle sprachlich sensiblen Mitbürger um Verzeihung für den von uns jetzt im Gesetz kreierten Begriff des unverschmutzten Abwassers, wie es da so schön heißt. Aber nachdem die Juristen von dem Begriff Abwasser Besitz ergriffen und ihn präzise definiert haben, ist auch reines Grundwasser, das in Wärmepumpen nur in der Temperatur geändert wird, Abwasser per Definition. Dieses abgekühlte Grundwasser wird durch die Gesetzesänderung, die wir jetzt vorgesehen haben, aus der Abwasserbeseitigungspflicht der Gemeinden herausgenommen, nicht aber das verschmutzte Wasser, mit dem man ebenfalls Wärmepumpen betreiben kann. (C

Zweitens! Eine weitere Ausnahme gilt für das Regenwasser, das auf überwiegend, wie es im Entwurf hieß, zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken anfällt. Wir haben, vor allen Dingen wegen der Praktikabilität, im Ausschuß beschlossen, im Gesetz von überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Gebieten zu sprechen. In jedem Fall ist allerdings sichergestellt, daß es zu keiner Beeinträchtigung des Wasserschatzes kommen kann.

Drittens! Eine ebenfalls den praktischen Vollzug erleichternde Änderung ist die in den Entwurf aufgenommene Formulierung, daß bei kleinen Kläranlagen ein baurechtliches Prüfzeichen für serienmäßig erstellte Anlagen eine Bauartzulassung ersetzt.

Ich habe die Hoffnung, meine Damen und Herren, daß die im Entwurf vorgeschriebenen Abwasserbeseitigungskonzepte von den Gemeinden zügig aufgestellt werden. Die Gemeinden brauchen diese Übersicht, und wir brauchen auch landesweit ein genaues Bild über die wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten, über die Prioritäten und auch über den jeweiligen Finanzbedarf. Wir erleben jetzt im Augenblick - und der Minister hat ja vor einigen Tagen in einer Pressekonferenz darauf hingewiesen -, wie durch die Nitratbelastung des Grundwassers plötzlich ein Problem auf uns zukommt. Die Ursache ist sicher, daß man sich im ländlichen Raum über solche langsam anlaufenden Belastungen nicht frühzeitig und ernsthaft genug Gedanken gemacht hat. (C

Wir sollten, glaube ich, auch prüfen, und zwar ernsthaft prüfen, ob es über die Finanzierungsmöglichkeiten von Land und Gemeinden hinaus nicht noch andere Möglichkeiten gibt, die Abwasserreinigung vor allen Dingen im ländlichen Raum, wo sie eben wegen der geringen Größe doch teurer ist, schneller auf den Stand zu bringen, den die Gesetzgeber, der Deutsche Bundestag und wir, als Norm festgesetzt haben. Ich meine, wenn wir schon Milliardenbeträge zur Verwaltung der Arbeitslosigkeit ausgeben und wenn über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Stadtwald vielleicht mittlerweile schon fünfmal gefegt wird, dann muß es doch möglich sein, auch solche Mittel für gesellschaftspolitisch dringend notwendige Aufgaben wie die Beseitigung des Drecks, den wir machen, zur Verfügung zu stellen. Ein beschäftigungspolitischer Impuls würde hier zugleich eine Verbesserung der Umwelt zur Folge haben. Ich meine, wir sind uns sicher darin einig,

(Gorlas SPD)

daß wir unseren Kindern eine bessere Umwelt hinterlassen wollen, als wir sie zum Beispiel im Ruhrgebiet von unseren Vätern übernommen haben.

Der Ausschuß hat beschlossen, daß der Gesetzentwurf Drucksache 9/1390 der CDU-Fraktion für erledigt erklärt wird. Dem Gesetzentwurf Drucksache 9/2909 unserem gemeinsamen Gesetzentwurf, bitte ich zuzustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsident Winkels: Für die CDU-Fraktion erteile ich nunmehr Herrn Abg. Voetmann das Wort.

Voetmann CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In zweiter Lesung beschäftigt sich heute das Parlament mit der Novellierung des Landeswassergesetzes. Nach nochmaliger Beratung im Ausschuß für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft liegt nunmehr der Gesetzentwurf beider Landtagsfraktionen zur endgültigen Beschlußfassung vor. Wir sind dankbar, daß damit die Initiative und die Bemühung der CDU-Fraktion für die vorgesehenen Änderungen im Landeswassergesetz zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden können, und dies mit Zustimmung der SPD-Fraktion, die hierzu zwar lange gebraucht hat, sich aber letztlich doch der Notwendigkeit dieser Novellierung nicht verschließen konnte.

Ich will hier nur noch die Eckwerte darstellen, die für unsere Fraktion für diese Änderung wichtig waren. Erstens: Wir wollten damit die Rechtsunsicherheit, die durch das OVG-Urteil vom Juni 1981 entstanden war, durch neue Rechtsnormen beseitigen.

Zweitens wollten wir den Gemeinden und Städten angemessene Fristen bei der schadlosen Beseitigung der anfallenden Abwässer einräumen, die bisher im Gesetz nicht vorgesehen waren. Drittens wollten wir durch entsprechende Übergangsvorschriften ein weiteres Bauen in Teilen des ländlichen Raumes auf Dauer sicherstellen.

Vor allem im ländlichen Raum können die Gemeinden ihrer Abwasserbeseitigungspflicht nur Schritt für Schritt in angemessenen Zeiträumen nachkommen. Um dies zu ermöglichen, mußten im Gesetz Übergangsvorschriften vorgesehen werden, nach denen auch noch private Abwasserbeseitigung zugelassen werden kann. Die nunmehr vorgesehenen Regelungen erlauben solche Übergangslösungen ausdrücklich. Hierzu ist es notwendig, daß die Städte und Gemeinden ein Abwasserbeseitigungskonzept erstellen. Damit dies im Lande einheitlich geschieht, erläßt die oberste Wasserbehörde hierzu Verwaltungsvorschriften.

Vom Städte- und Gemeindebund wurde hierzu vorgeschlagen, Darstellung und Form der Abwasserbeseitigungskonzepte durch eine Rechtsverordnung mit Zustimmung des zuständigen Ausschusses festzulegen und nicht durch eine einfache Verwaltungsvorschrift. Wir haben die Rechtsverordnung nicht in das Gesetz eingeführt, nachdem die Landesregierung erklärt hat, daß diese Verwaltungsvorschriften vor Erlaß dem Ausschuß vorgelegt werden. Das Gleiche gilt für jede Änderung dieser Verwaltungsvorschriften. Wir hoffen, daß auf diese Weise sichergestellt ist, daß die Abwasserbeseitigungskonzepte auch auf Dauer nur eine einfache Übersicht bleiben, die Auskunft über den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung in den Städten und Gemeinden, über die in den drei verschiedenen Zeitabschnitten vorgesehenen Maßnahmen und deren geschätzte Kosten geben. Sie dürfen auf keinen Fall zu einem umfangreichen und unnötigen Planungs- und Verwaltungsaufwand in den Städten und Gemeinden führen.

Ein Zweites, meine Damen und Herren! Die in den Abwasserbeseitigungskonzepten vorgesehenen Kostenschätzungen ergeben auch eine Übersicht über den Finanzbedarf für die Erstellung der noch notwendigen Abwasserbeseitigungsanlagen in den einzelnen Städten und Gemeinden. Wenn wir den Finanzaufwand der Städte und Gemeinden addieren, so erhalten wir auch eine Auskunft darüber, wie hoch der Mittelbedarf im ganzen Land ist. Nach unserer Auffassung ergibt sich hieraus eine Richtschnur für die Bereitstellung von Mitteln im Landeshaushalt für Abwasserbeseitigungsmaßnahmen. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung, daß sie ihre Haushaltsplanung für die Abwasserbeseitigung mit den Abwasserbeseitigungskonzepten der Städte und Gemeinden abstimmt, damit auch sichergestellt ist, daß die Realisierung von Abwasserbeseitigungsmaßnahmen der Städte und Gemeinden aus den jeweiligen Abwasserbeseitigungskonzepten nicht an fehlenden Landeszuschüssen scheitert. Nur wenn diese Abstimmung zwischen den Abwasserbeseitigungskonzepten der Städte und Gemeinden auf der einen und den für die Verwirklichung der vorgesehenen Baumaßnahmen notwendigen Landesmitteln auf der anderen Seite im Landeshaushalt gelingt, werden wir gemeinsam die schadlose Beseitigung der anfallenden Abwässer vorantreiben und den Gewässer-

(Voetmann CDU)

(A) schutz in unserem Land verbessern können. Hierzu müssen Städte und Gemeinden und das Land in gleicher Weise beitragen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einmal die Ziele der Gesetzesänderung zusammenfassen! Wir wollen erstens die durch das OVG-Urteil entstandene Rechtsunsicherheit beseitigen, zweitens durch die eingeführten Abwasserbeseitigungskonzepte den Gewässerschutz im Lande Nordrhein-Westfalen verbessern, drittens ein weiteres Bauen im ländlichen Raum durch die Einführung von Übergangsregelungen sicherstellen und viertens den Gemeinden eine schrittweise Erfüllung ihrer Abwasserbeseitigungspflicht entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und der Unterstützung durch das Land ermöglichen. Wir hoffen sehr, daß die hier vorgelegte Gesetzesänderung diesen Zielen gerecht wird.

Die CDU-Fraktion wird der Gesetzesvorlage zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Winkels: Das Wort hat jetzt Herr Minister Matthiesen.

Matthiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur zwei Sätze! Erster Satz: Die Landesregierung begrüßt die Novellierung des Landeswassergesetzes. Zweiter Satz: Der Minister verzichtet angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf seinen (B) Redebeitrag.

(Beifall)

Vizepräsident Winkels: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe daher die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über Nr. 1 der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft Drucksache 9/2993 abstimmen. Wer der Empfehlung des Ausschusses, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 9/1390 (Neudruck) für erledigt zu erklären, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir stimmen nun ab über Nr. 2 der Beschlußempfehlung und damit über den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU Drucksache 9/2909. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung verabschiedet. ((

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Verfassungsgerichtliches Verfahren

Antrag der Fraktion der GRÜNEN im Deutschen Bundestag auf Feststellung, daß die Bundesregierung dadurch gegen Artikel 44 GG verstoßen und den Bundestag in seinen sich hieraus ergebenden Rechten verletzt hat, daß sie sich weigerte, sämtliche Akten herauszugeben, die der 1. Untersuchungsausschuß des 10. Deutschen Bundestages - Flick-Ausschuß - in einem Schreiben seines Vorsitzenden an den Bundeskanzler vom 20. Juni 1983 angefordert hatte - BvE 11/83 -

Vorlage 9/1447

Beschlußempfehlung des Justizausschusses Drucksache 9/2978

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung des Justizausschusses und eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Justizausschusses Drucksache 9/2978 zustimmt, den bitte ich ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist einstimmig angenommen. ((

Ich rufe Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Anzeigesache gegen einen Abgeordneten

Beschlußempfehlung des Justizausschusses Drucksache 9/2994

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung des Justizausschusses und eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Justizausschusses Drucksache 9/2994 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist bei einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Beschlüsse zu Petitionen
- Übersichten 39 und 40 -

(Vizepräsident Winkels)

A) Mit den genannten Übersichten liegen Ihnen die Beschlüsse zu Petitionen vor. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 100 Abs. 6 der Geschäftsordnung fest, daß die Beschlüsse zu Petitionen durch Ihre Kenntnisnahme bestätigt sind.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen vormittag, 10.00 Uhr, wieder ein.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 16.02 Uhr

(C)

B)

(D)

Ausgegeben: 20. Dezember 1983

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend und einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 884439, zu beziehen.